

135 — 214

KONZERN- ABSCHLUSS

C

丙

C 丙 KONZERNABSCHLUSS

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG _____ 137

GESAMTERGEBNISRECHNUNG _____ 138

BILANZ _____ 139

KAPITALFLUSSRECHNUNG _____ 140

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG _ 141

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS
DER DEUTSCHE POST AG _____ 142

GRUNDLAGEN UND METHODEN _____ 142

1 Grundlagen der Rechnungslegung _____	142
2 Konsolidierungskreis _____	142
3 Wesentliche Geschäftsvorfälle _____	148
4 Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS _____	149
5 Währungsumrechnung _____	151
6 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	152
7 Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	159
8 Konsolidierungsmethoden _____	160

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG _____ 161

9 Segmentberichterstattung _____ 161

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-
UND-VERLUST-RECHNUNG _____ 164

10 Umsatzerlöse _____	164
11 Sonstige betriebliche Erträge _____	164
12 Materialaufwand _____	164
13 Personalaufwand/Mitarbeiter _____	165
14 Abschreibungen _____	165
15 Sonstige betriebliche Aufwendungen _____	166
16 Ergebnis aus assoziierten Unternehmen _____	166
17 Sonstiges Finanzergebnis _____	166
18 Ertragsteuern _____	166
19 Konzernjahresergebnis _____	167
20 Nicht beherrschende Anteile _____	167
21 Ergebnis je Aktie _____	168
22 Dividende je Aktie _____	168

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ _____ 169

23 Immaterielle Vermögenswerte _____	169
24 Sachanlagen _____	171
25 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien _____	172
26 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen _____	172
27 Langfristige finanzielle Vermögenswerte _____	172
28 Sonstige langfristige Vermögenswerte _____	173
29 Latente Steuern _____	173
30 Vorräte _____	173
31 Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen _____	173
32 Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte _____	174
33 Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte _____	174
34 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente _____	174
35 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten _____	174
36 Gezeichnetes Kapital _____	176
37 Andere Rücklagen _____	177
38 Gewinnrücklagen _____	178
39 Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital _____	178
40 Nicht beherrschende Anteile _____	179
41 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen _____	179
42 Sonstige Rückstellungen _____	185
43 Finanzschulden _____	187
44 Sonstige Verbindlichkeiten _____	189
45 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen _____	189

ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG _____ 190

46 Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung _____ 190

SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN _____ 191

47 Risiken und Finanzinstrumente des Konzerns _____	191
48 Eventualverbindlichkeiten _____	205
49 Sonstige finanzielle Verpflichtungen _____	205
50 Rechtsverfahren _____	206
51 Aktienbasierte Vergütung _____	207
52 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen _____	208
53 Honorare des Abschlussprüfers _____	211
54 Befreiungsvorschriften nach HGB und ausländischer lokaler Gesetzgebung _____	211
55 Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex _____	212
56 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag _____	212

VERSICHERUNG DER
GESETZLICHEN VERTRETER _____ 213

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES
UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS _____ 214

C.01 GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2011	2012
Umsatzerlöse	10	52.829	55.512
Sonstige betriebliche Erträge	11	2.050	2.168
Gesamte betriebliche Erträge		54.879	57.680
Materialaufwand	12	-30.544	-31.863
Personalaufwand	13	-16.730	-17.770
Abschreibungen	14	-1.274	-1.339
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15	-3.895	-4.043
Gesamte betriebliche Aufwendungen		-52.443	-55.015
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.436	2.665
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	16	60	2
Sonstige Finanzerträge		590	657
Sonstige Finanzaufwendungen		-1.391	-1.049
Fremdwährungsergebnis		-36	-37
Sonstiges Finanzergebnis	17	-837	-429
Finanzergebnis		-777	-427
Ergebnis vor Ertragsteuern		1.659	2.238
Ertragsteuern	18	-393	-458
Konzernjahresergebnis	19	1.266	1.780
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG		1.163	1.658
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile	20	103	122
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	21	0,96	1,37
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	21	0,96	1,32

C.02 GESAMTERGEBNISRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2011	2012
Konzernjahresergebnis		1.266	1.780
Währungsumrechnungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		193	7
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		-26	3
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		1	2
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		0	0
IAS-39-Hedge-Rücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		-5	-23
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		2	59
IAS-39-Neubewertungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		-7	-12
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		0	0
IFRS-3-Neubewertungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		-1	-2
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		0	0
Ertragsteuern auf sonstiges Ergebnis	18	-1	-7
Anteil assoziierter Unternehmen am sonstigen Ergebnis (nach Steuern)		10	-37
Sonstiges Ergebnis (nach Steuern)		166	-10
Gesamtergebnis		1.432	1.770
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG		1.331	1.650
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile		101	120

C.03 BILANZ

MIO €	Textziffer	31. Dez. 2011	31. Dez. 2012
AKTIVA			
Immaterielle Vermögenswerte	23	12.196	12.151
Sachanlagen	24	6.493	6.663
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	25	40	43
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	26	44	46
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	27	729	1.039
Sonstige langfristige Vermögenswerte	28	570	633
Aktive latente Steuern	29	1.153	1.257
Langfristige Vermögenswerte		21.225	21.832
Vorräte	30	273	322
Ertragsteueransprüche	31	239	127
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	32	9.089	9.112
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	33	2.498	252
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	34	3.123	2.400
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	35	1.961	76
Kurzfristige Vermögenswerte		17.183	12.289
Summe AKTIVA		38.408	34.121
PASSIVA			
Gezeichnetes Kapital	36	1.209	1.209
Andere Rücklagen	37	1.714	1.786
Gewinnrücklagen	38	8.086	8.956
Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	39	11.009	11.951
Nicht beherrschende Anteile	40	190	213
Eigenkapital		11.199	12.164
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	41	4.445	2.442
Passive latente Steuern	29	255	229
Sonstige langfristige Rückstellungen	42	2.174	1.972
Langfristige Rückstellungen		6.874	4.643
Langfristige Finanzschulden	43	1.366	4.413
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	44	347	276
Langfristige Verbindlichkeiten		1.713	4.689
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten		8.587	9.332
Kurzfristige Rückstellungen	42	2.134	1.663
Kurzfristige Finanzschulden	43	5.644	403
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45	6.168	5.991
Ertragsteuerverpflichtungen	31	570	534
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	44	4.106	4.004
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	35	0	30
Kurzfristige Verbindlichkeiten		16.488	10.962
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten		18.622	12.625
Summe PASSIVA		38.408	34.121

C.04 KAPITALFLUSSRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2011	2012
Konzernjahresergebnis auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallend		1.163	1.658
Konzernjahresergebnis auf nicht beherrschende Anteile entfallend		103	122
Ertragsteuern		393	458
Sonstiges Finanzergebnis		837	429
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		-60	-2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.436	2.665
Abschreibungen		1.274	1.339
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten		-54	-74
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen		-7	-97
Veränderung Rückstellungen		-897	-3.034
Veränderung sonstige langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		-63	-53
Ertragsteuerzahlungen		-455	-527
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens		2.234	219
Veränderung von Posten der kurzfristigen Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten			
Vorräte		-37	-51
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte		-406	-221
Verbindlichkeiten und sonstige Posten		580	-150
Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit	46.1	2.371	-203
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten		58	39
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		211	225
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte		16	35
Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten		285	299
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten		-84	-57
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		-1.716	-1.639
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte		-80	-336
Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte		-1.880	-2.032
Erhaltene Zinsen		72	46
Erhaltene Dividende		0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte		394	-10
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	46.2	-1.129	-1.697
Aufnahme langfristiger Finanzschulden		18	3.176
Tilgung langfristiger Finanzschulden		-338	-773
Veränderung kurzfristiger Finanzschulden		-97	-50
Sonstige Finanzierungstätigkeit		-60	31
Einzahlungen aus Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen und Partnerunternehmen		0	49
Auszahlungen für Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen		-1	-62
An Aktionäre der Deutsche Post AG gezahlte Dividende		-786	-846
An nicht beherrschende Anteilseigner gezahlte Dividende		-99	-78
Erwerb eigener Anteile		-21	-26
Einzahlungen aus der Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten		0	74
Zinszahlungen		-163	-296
Mittelabfluss/-zufluss aus Finanzierungstätigkeit	46.3	-1.547	1.199
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel		-305	-701
Einfluss von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel		13	-15
Zahlungsmittelveränderung im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten		0	-7
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung des Finanzmittelbestandes		0	0
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Berichtsperiode		3.415	3.123
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	46.4	3.123	2.400

C.05 EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €

	Andere Rücklagen						Gewinnrücklagen	Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital gesamt
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	IAS-39-Neubewertungsrücklage ¹	IAS-39-Hedge-Rücklage ¹	IFRS-3-Neubewertungsrücklage	Währungsumrechnungsrücklage				
Textziffer	36	37	37	37	37	37	38	39	40	
Stand 1. Januar 2011	1.209	2.158	86	-33	6	-682	7.767	10.511	185	10.696
Kapitaltransaktionen mit dem Eigner										
Dividende	0	0	0	0	0	0	-786	-786	-99	-885
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	0	0	0	0	0	-59	-59	0	-59
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung der nicht beherrschenden Anteile										
Erwerb eigener Anteile	-2	0	0	0	0	0	-20	-22	0	-22
Share Matching Scheme (Ausgabe)	0	33	0	0	0	0	0	33	0	33
Share Matching Scheme (Ausübung)	2	-21	0	0	0	0	20	1	0	1
								-833	-96	-929
Gesamtergebnis										
Konzernjahresergebnis	0	0	0	0	0	0	1.163	1.163	103	1.266
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0	165	0	165	-2	163
Übrige Veränderungen	0	0	4	-1	-1	0	1	3	0	3
								1.331	101	1.432
Stand 31. Dezember 2011	1.209	2.170	90	-34	5	-517	8.086	11.009	190	11.199
Stand 1. Januar 2012	1.209	2.170	90	-34	5	-517	8.086	11.009	190	11.199
Kapitaltransaktionen mit dem Eigner										
Dividende	0	0	0	0	0	0	-846	-846	-79	-925
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	0	0	0	0	-2	58	56	-22	34
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung der nicht beherrschenden Anteile										
Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten	0	74	0	0	0	0	0	74	0	74
Erwerb eigener Anteile	-2	0	0	0	0	0	-24	-26	0	-26
Share Matching Scheme (Ausgabe)	0	34	0	0	0	0	0	34	0	34
Share Matching Scheme (Ausübung)	2	-24	0	0	0	0	22	0	0	0
								-708	-97	-805
Gesamtergebnis										
Konzernjahresergebnis	0	0	0	0	0	0	1.658	1.658	122	1.780
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0	56	0	56	-2	54
Übrige Veränderungen	0	0	-91	27	-2	0	2	-64	0	-64
								1.650	120	1.770
Stand 31. Dezember 2012	1.209	2.254	-1	-7	3	-463	8.956	11.951	213	12.164

¹ Die bisher in einer Spalte IAS-39-Rücklagen zusammen ausgewiesene IAS-39-Hedge-Rücklage und IAS-39-Neubewertungsrücklage werden aus Transparenzgründen nunmehr getrennt gezeigt.

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POST AG

GRUNDLAGEN UND METHODEN

1 Grundlagen der Rechnungslegung

Als börsennotiertes Unternehmen hat die Deutsche Post AG ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37 v WpHG) vom 5. Januar 2007 dar.

Die Anforderungen der angewandten Standards wurden vollständig erfüllt und vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung und die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie den Anhang (Notes). Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung sowie die Erläuterungen und Angaben zum IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 basieren grundsätzlich auf denselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die auch dem Konzernabschluss 2011 zugrunde lagen. Ausnahmen bilden hier die unter [Textziffer 4](#) aufgeführten Änderungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, die vom Konzern seit dem 1. Januar 2012 verpflichtend anzuwenden sind. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unter [Textziffer 6](#) erläutert.

Das Geschäftsjahr der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen entspricht dem Kalenderjahr. Die in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragene Deutsche Post AG hat ihren Sitz in Bonn, Deutschland.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde mit Beschluss des Vorstands der Deutsche Post AG vom 18. Februar 2013 zur Veröffentlichung freigegeben.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (MIO €) angegeben.

2 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 sind neben der Deutsche Post AG grundsätzlich alle in- und ausländischen Unternehmen einbezogen, bei denen die Deutsche Post AG unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschaft verfügt oder auf andere Weise auf die Tätigkeit beherrschenden Einfluss nehmen kann. Die Unternehmen werden beginnend mit dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, ab dem der Konzern die Möglichkeit der Beherrschung erlangt.

Neben der Deutsche Post AG als Mutterunternehmen umfasst der Konsolidierungskreis die in unten stehender Tabelle aufgeführten Unternehmen.


Konsolidierungskreis		
	2011	2012
Anzahl der vollkonsolidierten Unternehmen (Tochterunternehmen)		
Inländisch	76	85
Ausländisch	754	730
Anzahl der quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen		
Inländisch	1	1
Ausländisch	13	3
Anzahl der at-Equity-bilanzierten Unternehmen (assoziierte Unternehmen)¹		
Inländisch	31	0
Ausländisch	28	8

¹ Die Beteiligung an der Deutsche Postbank AG wurde seit März 2011 gemäß IFRS 5 bewertet und ist im Februar 2012 abgegangen.

Die Verringerung der Anzahl der at-Equity-bilanzierten Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus dem Abgang der Deutsche Postbank AG und ihrer Tochtergesellschaften. Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB ist auf der Internetseite www.dp-dhl.com/de/investoren.html abrufbar.

Unternehmenserwerbe 2012

Name	Land	Segment	Kapitalanteil in %	Erwerbs- zeitpunkt
Tag Belgium SA, Brüssel (ehemals Dentsu Brussels SA)	Belgien	SUPPLY CHAIN	100	1. Februar 2012
intelliAd Media GmbH, München	Deutschland	BRIEF	100	9. Juli 2012
2 Sisters Food Group (2SFG), Heathrow	Großbritannien	SUPPLY CHAIN	Asset Deal	27. Juli 2012
All you need GmbH, Berlin	Deutschland	BRIEF	82	24. Oktober 2012 ^{1, 2}
Exel Saudia LLC, Al Khobar	Saudi-Arabien	SUPPLY CHAIN	Geänderte vertragliche Bedingungen	16. Oktober 2012 ²
Luftfrachtsicherheit- Service GmbH, Frankfurt am Main	Deutschland	GLOBAL FORWARDING, FREIGHT	50	27. August 2012

¹ Erworben mit bestehender Wiederveräußerungsabsicht (IFRS 5),  Textziffer 35

² Sukzessiver Erwerb

UNWESENTLICHE UNTERNEHMENSERWERBE 2012

Bis zum 31. Dezember 2012 wurden von Deutsche Post DHL Unternehmen erworben, die sich weder einzeln noch in Summe wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ausgewirkt haben.

Tag Belgium ist im Kommunikationsbereich tätig und spezialisiert auf Design, Produktion und Lokalisierung von Print-Medien. intelliAd Media ist ein Technologieanbieter für Bid-Management-Tools im Bereich Suchmaschinenwerbung.

Die Geschäftsaktivitäten der 2SFG erstrecken sich auf den Bereich Catering für Fluggesellschaften.

Deutsche Post DHL hat ihre bisher mit 33 % gehaltenen Anteile an dem Mobile-Commerce-Supermarkt All you need GmbH auf 82 % aufgestockt. Darüber hinaus wurde über eine disquotale Kapitalerhöhung der Anteil auf 90,25 % aufgestockt. Die Anteile wurden mit Weiterveräußerungsabsicht erworben, da sich Deutsche Post DHL auf die Übernahme und Weiterentwicklung der logistischen Infrastruktur konzentrieren möchte.

Das bisher quotenkonsolidierte Gemeinschaftsunternehmen Exel Saudia LLC, an dem Deutsche Post DHL unverändert 50 % der Anteile hält, wird aufgrund geänderter vertraglicher Vereinbarungen vollkonsolidiert. Im Rahmen der Übergangskonsolidierung wurde bei Abgang des Altanteils ein Firmenwert in Höhe von 6 MIO € ermittelt. Aus der Transaktion entstand ein Gewinn von 11 MIO €, der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wird.

Deutsche Post DHL hat an der Luftfrachtsicherheit-Service GmbH Anteile in Höhe von 50 % erworben. Aufgrund vertraglicher Regelungen wird die Gesellschaft vollkonsolidiert.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe 2012

MIO €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
1. Januar bis 31. Dezember			
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte	6	–	6
Kurzfristige Vermögenswerte	22	–	22
Flüssige Mittel	5	–	5
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	6	–	6
	39	–	39
PASSIVA			
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	3	–	3
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	11	–	11
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten	1	–	1
	15	–	15
Nettovermögen			24
davon nach IFRS 5			5

Die Ermittlung des Firmenwerts zeigt die folgende Tabelle:

Firmenwert 2012

MIO €	Beizulegender Zeitwert
Barkaufpreis	30
Zeitwert der bereits bestehenden Beteiligung ¹	25
Summe Anschaffungskosten	55
Abzüglich Nettovermögen	24
Unterschiedsbetrag	31
Abzüglich Unterschiedsbetrag nach IFRS 5	0
Zuzüglich negativer Firmenwert	2
Zuzüglich nicht beherrschende Anteile ²	6
Abzüglich eines zugeordneten Firmenwerts aus Übergangskonsolidierung	6
Firmenwert	33

¹ Gewinn aus Übergangskonsolidierung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

² Die nicht beherrschenden Anteile werden zum Buchwert angesetzt.

Aus den Kaufpreisallokationen von Tag Belgium und Luftfrachtsicherheit-Service GmbH entstanden negative Firmenwerte in Höhe von 2 MIO €, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Die negativen Firmenwerte resultieren aus der Abdeckung möglicher Geschäftsrisiken.

Die Gesellschaften trugen seit dem Erstkonsolidierungszeitpunkt mit 16 MIO € zum Konzernumsatz sowie mit 0 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären diese Gesellschaften schon zum 1. Januar 2012 erworben worden, hätten sie zusätzlich mit 25 MIO € zum Konzernumsatz sowie mit 2 MIO € zum Konzern-EBIT beigetragen.

Für die Unternehmenserwerbe des Geschäftsjahres 2012 wurden variable Kaufpreise vereinbart, die in der folgenden Tabelle dargestellt werden:

Bedingte Gegenleistungen 2012

Grundlage	Zeitraum für Geschäftsjahre von bis	Bandbreite der Ergebnisse	Zeitwert der Zahlungsverpflichtung
Umsatzerlöse und Vertriebsmarge	2012 bis 2014	0 bis 9 MIO €	4 MIO €

Die Transaktionskosten für die unwesentlichen Unternehmenserwerbe lagen unter 1 MIO €.

Für die im Geschäftsjahr 2012 erworbenen Gesellschaften wurden 24 MIO € gezahlt. Für bereits in Vorjahren erworbene Gesellschaften wurden 38 MIO € gezahlt. Der Barkaufpreis der erworbenen Gesellschaften wurde durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen.

Unternehmenserwerbe 2011

Name	Land	Segment	Anteil in %	Erwerbszeitpunkt
Adcloud GmbH (Adcloud), Köln	Deutschland	BRIEF	100	1. April 2011
Eurodifarm srl. (Eurodifarm), Lodi	Italien	SUPPLY CHAIN	100	11. Mai 2011
Standard Forwarding LLC (Standard Forwarding), East Moline	USA	GLOBAL FORWARDING, FREIGHT	100	1. Juni 2011
Tag EquityCo Limited (Tag Equity), Grand Cayman	Cayman Islands	SUPPLY CHAIN	100	11. Juli 2011
LifeConEx LLC (LifeConEx), Plantation	USA	GLOBAL FORWARDING, FREIGHT	100	29. Juli 2011
Post Logistics Australasia, Melbourne (Post Logistics Australasia)	Australien	SUPPLY CHAIN	Asset Deal	1. Oktober 2011

ERWERB TAG EQUITY 2011

Mitte Juli 2011 erwarb Deutsche Post DHL die Gesellschaft Tag EquityCo Limited, Cayman Islands, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften. Tag Equity ist ein internationaler Dienstleister für die Umsetzung und Produktion von Marketingaktivitäten. Die Gesellschaft wurde dem Geschäftsfeld Williams Lea im Segment SUPPLY CHAIN zugeordnet. Die finale Kaufpreisallokation wird in den folgenden Tabellen dargestellt:

Finale Kaufpreisallokation Tag Equity 2011

MIO €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte	13	–	13
Kundenbeziehung	–	47	47
Markenname	–	4	4
Software	–	11	11
Kurzfristige Vermögenswerte	54	–	54
Flüssige Mittel	5	–	5
	72	62	134
PASSIVA			
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	–	–	–
Passive latente Steuern	–	16	16
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	102	–	102
	102	16	118
Nettovermögen			16

Die Kundenbeziehungen werden linear über 20 Jahre, die Software wird über fünf Jahre abgeschrieben. Die Nutzungsdauer des Markennamens ist unbestimmt.

Firmenwert Tag Equity 2011

MIO €	Beizulegender Zeitwert
Anschaffungskosten	91
Abzüglich Nettovermögen	16
Firmenwert	75

Die Transaktionskosten für diesen Erwerb betragen 6 MIO €. Darüber hinaus wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 33 MIO € abgelöst.

Die Gesellschaften trugen 2011 seit dem Erstkonsolidierungszeitpunkt mit 76 MIO € zum Konzernumsatz sowie mit 11 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären die Gesellschaften schon zum 1. Januar 2011 einbezogen worden, hätten sie sich mit zusätzlich 67 MIO € auf den Konzernumsatz sowie mit zusätzlich 8 MIO € auf das Konzern-EBIT ausgewirkt.

UNWESENTLICHE UNTERNEHMENSERWERBE 2011

Bis zum 31. Dezember 2011 wurden von Deutsche Post DHL weitere Tochterunternehmen erworben, die sich weder einzeln noch in Summe wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ausgewirkt haben.

Adcloud ist ein Spezialanbieter für die Vermarktung und Platzierung von Werbeflächen auf Internetseiten.

Eurodifarm ist Spezialist für temperaturgeführte Distribution von pharmazeutischen und diagnostischen Produkten.

Der Erwerb von Standard Forwarding, einem amerikanischen Speditionsunternehmen, dient der Kapazitätserweiterung im Geschäftsfeld Freight.

Deutsche Post DHL hat die bisher von der LCAG USA Inc., USA, gehaltenen Anteile an ihrem Gemeinschaftsunternehmen LifeConEx LLC, USA, zu 100 % übernommen. Das Unternehmen ist ein Logistikanbieter von geschlossenen Kühlketten für die Life-Sciences-Industrie. Aus der Übergangskonsolidierung wurde ein Gewinn von 1,3 MIO € realisiert, der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wurde.

DHL Supply Chain Pty. Limited, Australien, hat von der Post Logistics Australasia im Rahmen eines Asset Deal Vermögenswerte und Schulden, die im Zusammenhang mit Transport- und Lagerdienstleistungen stehen, übernommen.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe 2011

MIO €		Beizulegender Zeitwert	
1. Januar bis 31. Dezember	Buchwert	Anpassung	Zeitwert
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte	17	–	17
Kurzfristige Vermögenswerte	26	–	26
Flüssige Mittel	9	–	9
	52	–	52
PASSIVA			
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	6	–	6
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	42	–	42
	48	–	48
Nettovermögen			4

Firmenwert 2011

MIO €	Beizulegender Zeitwert
Barkaufpreis	63
Zeitwert der bereits bestehenden Beteiligung ¹	1
Summe Anschaffungskosten	64
Abzüglich Nettovermögen	4
Firmenwert	60

¹ Gewinn aus Übergangskonsolidierung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Die Transaktionskosten für die unwesentlichen Unternehmenserwerbe des Jahres 2011 betragen 2,6 MIO €.

Für die Unternehmenserwerbe wurden variable Kaufpreise vereinbart, die in der folgenden Tabelle dargestellt werden:

Bedingte Gegenleistungen 2011

Grundlage	Zeitraum für Geschäfts- jahre von bis	Bandbreite der Ergebnisse	Zeitwert der Zahlungs- verpflichtung
Umsatzerlöse und Rohertrag ¹	2011 bis 2013	0 bis 2 MIO €	2 MIO €
EBITDA	2011 und 2012	unbegrenzt	1 MIO €
Umsatzerlöse und EBITDA	2011 bis 2013	0 bis 3 MIO €	2 MIO €

¹ Aufgrund geänderter Vereinbarungen sowie Ertragsprognosen haben sich sowohl Bandbreite als auch Zeitwert geändert.

Die unwesentlichen Gesellschaftserwerbe des Jahres 2011 trugen 2011 seit dem Erstkonsolidierungszeitpunkt mit 68 MIO € zum Konzernumsatz bzw. mit –3 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären die Gesellschaften schon zum 1. Januar 2011 einbezogen worden, hätten sie keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernumsatz und das Konzern-EBIT gehabt.

Bis zum 31. Dezember 2011 wurden für den Erwerb von Tochtergesellschaften 98 MIO € sowie 8 MIO € für bereits in Vorjahren erworbene Tochtergesellschaften aufgewandt. Darüber hinaus sind Deutsche Post DHL durch Kaufpreisanpassungen für in Vorjahren erworbene Unternehmen 8 MIO € zugeflossen. Die Barkaufpreise der erworbenen Gesellschaften wurden durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2012

SEGMENT EXPRESS

Ende Juni 2012 wurden die Verkäufe der Gemeinschaftsunternehmen Express Couriers Limited (ECL), Neuseeland, sowie der Parcel Direct Group Pty Limited (PDG), Australien, vollzogen. Käufer ist das ehemalige Partnerunternehmen New Zealand Post.

SEGMENT GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Im ersten Quartal 2012 wurde die Gesellschaft DHL Global Forwarding & Co. LLC (DHL Oman), Oman, entkonsolidiert, da die Gründe zur Vollkonsolidierung weggefallen sind. Die Gesellschaft wird seit Februar 2012 als At-Equity-Unternehmen einbezogen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2012

MIO €	DHL Oman	ECL, PDG	Gesamt
1. Januar bis 31. Dezember			
Langfristige Vermögenswerte	0	38	38
Kurzfristige Vermögenswerte	8	19	27
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte ¹	0	0	0
Flüssige Mittel	1	9	10
Aktiva	9	66	75
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	0	24	24
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	6	41	47
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten ¹	0	0	0
Passiva	6	65	71
Nettovermögen	3	1	4
Gesamte erhaltene Gegenleistung	1 ²	49	50
Erträge (+)/Aufwendungen (-) aus der Währungsumrechnungsrücklage	0	-4	-4
Nicht beherrschende Anteile	2	0	2
Entkonsolidierungsgewinn (+)	0	44	44

¹ Daten vor Entkonsolidierung

² Zeitwert der bestehenden Beteiligung

Die Abgangserträge sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen, die Abgangsverluste unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2011

SEGMENT SUPPLY CHAIN

Im April 2011 hat Deutsche Post DHL die im Speditionsgeschäft tätige Gesellschaft Exel Transportation Services Inc., USA, einschließlich der Gesellschaften Exel Trucking Inc., USA, sowie Exel Transportation Services Inc. (Canadian Branch), Kanada, an das amerikanische Unternehmen Hub Group verkauft.

SEGMENT EXPRESS

DHL Express Canada hat Ende Juni 2011 ihr kanadisches Express-Inlandsgeschäft an das Transportunternehmen TransForce verkauft. Beide Gesellschaften haben eine auf zehn Jahre angelegte strategische Allianz geschlossen. Das inländische Expressgeschäft soll über die TransForce-Tochter Loomis Express abgewickelt werden. Die internationalen Expressdienstleistungen werden weiterhin von DHL Express Canada angeboten.

In der Spalte „Sonstiges“ wird der Verkauf von vier chinesischen Gesellschaften sowie der Verkauf von Vermögenswerten der australischen Western Australia und der Verkauf der Northern Kope Parcel Express, Australien, ausgewiesen.

SEGMENT GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Im dritten Quartal 2011 wurde ein Teil des Transport- und Warehousegeschäfts der DHL Freight Netherlands B.V., Niederlande, veräußert. Die Effekte werden in der Spalte „Sonstiges“ ausgewiesen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2011

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2011

MIO €	Exel Transportation Services	DHL Express Canada	Sonstiges	Gesamt
1. Januar bis 31. Dezember				
Langfristige Vermögenswerte	0	11	2	13
Kurzfristige Vermögenswerte	0	2	0	2
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte ¹	113	0	18	131
Flüssige Mittel	0	0	10	10
Aktiva	113	13	30	156
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	0	5	11	16
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten ¹	62	0	11	73
Passiva	62	5	22	89
Nettovermögen	51	8	8	67
Gesamte erhaltene Gegenleistung	55	10	2	67
Erträge aus der Währungsumrechnungsrücklage	24	1	1	26
Nicht beherrschende Anteile	0	0	3	3
Entkonsolidierungsgewinn (+)/-verlust (-)	28	3	-2	29

¹ Daten vor Entkonsolidierung

Gemeinschaftsunternehmen

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung, die den wesentlichen einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen zuzurechnen sind:

Zum 31. Dezember

MIO €	2011 ¹	2012 ¹
BILANZ		
Immaterielle Vermögenswerte	100	0
Sachanlagen	24	14
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	73	68
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	17	9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Verbindlichkeiten	66	40
Rückstellungen	17	32
Finanzschulden	63	2
GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG		
Umsatzerlöse ²	271	120
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	22	9

¹ Quotierte Einzelabschlussdaten

² Umsatzerlöse ohne Konzerninnenumsätze

Bei den einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich im Wesentlichen um AeroLogic GmbH, Deutschland, Bahwan Exel LLC, Oman, Danzas DV LLC, Russland, sowie EV Logistics, Kanada.

Weitere Angaben zur Höhe des Anteilsbesitzes finden sich in der Anteilsbesitzliste, die auf der Internetseite unter www.dhl.com/de/investoren.html abrufbar ist.

3 Wesentliche Geschäftsvorfälle

Verkauf Deutsche-Postbank-Anteile

Im Rahmen des Verkaufs von Deutsche-Postbank-Aktien wurden mit der Fälligkeit einer Pflichtumtauschleihe Ende Februar 2012 weitere 27,4 % der Anteile an der Deutsche Postbank AG an die Deutsche Bank AG übertragen.

Weiterhin hat die Deutsche Post AG die Verkaufsoption für die restlichen 12,1 % der gehaltenen Postbank-Anteile ausgeübt. Beide Transaktionen sind Teil eines im Januar 2009 zwischen beiden Unternehmen vereinbarten dreistufigen Anteilsverkaufs. Mit der vollzogenen zweiten und dritten Stufe der Transaktion hält die Deutsche Post AG keine Anteile mehr an der Deutsche Postbank AG.

Die letztmalige bilanzielle Bewertung der Finanzinstrumente im Zusammenhang mit dem Postbank-Verkauf erfolgte im Februar 2012 und entfällt seitdem vollständig.

Die Effekte aus dem Postbank-Verkauf stellen sich bis zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

Abgangseffekte Deutsche Postbank AG

MIO €	Februar 2012
Pflichtumtauschleihe	2.946
Barsicherheit	1.305
Forward	-1.265
Put-Option	-566
Gesamt	2.420
Abzüglich Beteiligungsbuchwert	1.916
Gesamt	504
Abzüglich Aufwendungen aus der Währungsumrechnungsrücklage	44
Zuzüglich Erträge aus den IAS-39-Rücklagen	81
Abgangsgewinn	541
Sonstige Effekte durch Postbank-Verkauf	-355
Gesamteffekt	186

Aus dem Abgang der Postbank-Anteile ergab sich somit ein Gesamteffekt in Höhe von 186 MIO €, der im Finanzergebnis ausgewiesen wird. Die folgende Tabelle zeigt die sonstigen Effekte des Postbank-Verkaufs in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung.

Sonstige Effekte durch Postbank-Verkauf

MIO €	2011	2012
Zinsaufwand Umtauschanleihe	-130	-20
Zinsaufwand Barsicherheit	-50	-8
Ergebnis aus Folgebewertung des Forward	-160	-228
Ergebnis aus Optionsbewertungen	-71	-99
Wertminderung aus Bewertung der Anteile vor Umgliederung gemäß IFRS 5	-63	0
Wertaufholung der Anteile gemäß IFRS 5	115	0
Gesamt	-359	-355

In der Zeile „Wertminderung aus Bewertung der Anteile vor Umgliederung gemäß IFRS 5“ wurden im Vorjahr Wertminderungen in Höhe von 136 MIO € mit Zuschreibungen in Höhe von 251 MIO € saldiert ausgewiesen.

Rückforderung Beihilfe

Um die Beihilfeentscheidung der EU-Kommission vom 25. Januar 2012 umzusetzen, hat die Bundesregierung die Deutsche Post AG am 29. Mai 2012 aufgefordert, 298 MIO € inklusive Zinsen zu zahlen. Die Deutsche Post AG hat den Betrag am 1. Juni 2012 in Abstimmung mit der Bundesregierung auf ein Treuhandkonto eingezahlt und gegen den Rückforderungsbescheid Klage erhoben. Die EU-Kommission hatte 2007 ein Beihilfeverfahren eröffnet und war in der Beihilfeentscheidung zu dem Ergebnis gelangt, dass die Berücksichtigung der Beamtenpensionslasten bei den behördlichen Preisgenehmigungen durch die Bundesnetzagentur zu einer rechtswidrigen Beihilfe für die Deutsche Post AG geführt habe. Die Deutsche Post AG hält diese Entscheidung für rechtswidrig und hat dagegen am 4. April 2012 Klage beim Europäischen Gericht in Luxemburg erhoben. Die Bundesrepublik Deutschland hat ebenfalls Klage eingereicht.

Die EU-Kommission hat die Berechnung der Beihilferückforderung bislang noch nicht abschließend akzeptiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass von der Deutsche Post AG eine höhere Zahlung verlangt wird. Die EU-Kommission hatte in ihrer Beihilfeentscheidung vom 25. Januar 2012 die Höhe der angeblich unzulässigen staatlichen Beihilfe nicht abschließend festgesetzt. Diese ist von der Bundesrepublik zu berechnen. Die geleistete Zahlung wurde nur in der Bilanz in den langfristigen Vermögenswerten erfasst, die Ertragslage blieb davon unberührt. Weitere Angaben zu dem Beihilfeverfahren finden sich unter [Textziffer 50](#).

Umsatzsteuernachzahlung

Mit Ankündigung im Juni 2012 hat die Finanzverwaltung im dritten Quartal 2012 die Steuerbescheide gegenüber der Deutsche Post AG geändert. Die Entscheidung ist das Ergebnis einer umfassenden Prüfung komplexer steuerrechtlicher Sachverhalte und umfasst den Zeitraum 1998 bis 30. Juni 2010. Das geänderte Umsatzsteuerrecht für Postdienstleistungen ist am 1. Juli 2010 in Kraft getreten. Die Umsatzsteuernachzahlung betrug abzüglich ausstehender Steuererstattungsansprüche 482 MIO € und wurde bis zum Ende des dritten Quartals geleistet. Ein großer Teil des Nachzahlungsbetrages betrifft Steuerthemen, für die der Konzern bereits teilweise Rückstellungen gebildet hatte. Für das Geschäftsjahr ergaben sich eine EBIT-Belastung in Höhe von 181 MIO € sowie 115 MIO € Zinsaufwendungen.

Emission von Anleihen und Wandelanleihe

Im Juni 2012 wurden von der Deutsche Post Finance B. V. zwei neue Anleihen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von nominal 1,25 MRD € im Rahmen des Debt Issuance Programme (DIP) am Markt platziert. Die Anleihen sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert. Die Anleihen werden am 27. Juni 2017 bzw. 2022 fällig, ➔ [Textziffer 43](#).

Anfang Dezember 2012 hat die Deutsche Post AG zum Zwecke der Ausfinanzierung von Pensionsverpflichtungen Anleihen mit einem Nominalwert von 2 MRD € begeben. Es handelt sich hierbei um zwei Anleihen mit einem Nominalwert von 300 MIO € bzw. 700 MIO € sowie um eine Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG mit einem Nominalwert von 1 MRD €. Die Wandelanleihe ist ausgestaltet mit einem Wandlungsrecht, das ausübbar ist vom 16. Januar 2013 bis 21. November 2019, und einer Call-Option, die der Deutsche Post AG das Recht einräumt, die Anleihe vorzeitig zum Nominalbetrag zuzüglich der aufgelaufenen Stückzinsen zu kündigen, wenn der Aktienkurs der Deutsche-Post-Aktie 130 % des dann gültigen Wandlungspreises nachhaltig übersteigt. Die Option ist erstmals ausübbar am 6. Dezember 2017 und letztmalig am 16. November 2019. Aufgrund der vertraglichen Gestaltung der Wandelanleihe ist diese in eine Fremdkapital- und eine Eigenkapitalkomponente aufzuteilen. Das Eigenkapitalinstrument in Höhe von 74 MIO € wird unter der Kapitalrücklage, die Fremdkapitalkomponente von 920 MIO € unter den Finanzschulden (Anleihen) ausgewiesen. In den vorgenannten Beträgen sind Transaktionskosten in Höhe von 0,5 MIO € und 5,8 MIO € berücksichtigt. Weitere Angaben zu der Wandelanleihe finden sich unter ➔ [Textziffer 43](#).

4 Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind verpflichtend am bzw. nach dem 1. Januar 2012 anzuwenden:

	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
Änderungen zu IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben – Übertragung finanzieller Vermögenswerte“	1. Juli 2011	Erweiterte Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte, um ein besseres Verständnis der Auswirkungen der beim Unternehmen verbleibenden Risiken zu ermöglichen. Die Neuerung hat keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, die durch die EU anerkannt wurden, deren verpflichtende Anwendung in der Zukunft liegt

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind bereits durch die Europäische Union anerkannt worden. Eine verpflichtende Anwendung ist jedoch erst für die Zukunft vorgesehen.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
Änderungen zu IAS 1 „Darstellung des Abschlusses – Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses“ (16. Juni 2011)	1. Juli 2012	Die im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Posten müssen künftig gesondert nach Posten unterteilt werden, die in Folgeperioden in den Gewinn oder Verlust umgliedert werden (sogenanntes Recycling), und solche, die nicht „recycled“ werden. Die Darstellung wird angepasst. Weitere Auswirkungen ergeben sich nicht.
Änderungen zu IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ (16. Juni 2011)	1. Januar 2013	Wesentliche Auswirkungen werden sich auf die Erfassung und Bewertung des Aufwands für leistungsorientierte Altersversorgungspläne und Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ergeben. Darüber hinaus werden entsprechende Auswirkungen auf die Bilanz und teilweise geänderte Angabepflichten zu berücksichtigen sein. Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen sind insbesondere die zukünftige sofortige Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste (Umbewertungen) im sonstigen Ergebnis sowie die zukünftige einheitliche Verzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit dem Abzinsungssatz von Bedeutung. Des Weiteren sind insbesondere die zukünftig detaillierteren Vorschriften zur Erfassung der Verwaltungskosten zu nennen. Im Zusammenhang mit den Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses wird sich eine geänderte Einordnung ergeben. Der Personalaufwand für das Geschäftsjahr 2012 bleibt aufgrund der Anwendung von IAS 19R annähernd konstant. Im Geschäftsjahr 2013 wird sich der Personalaufwand im Vergleich zum angepassten Geschäftsjahr 2012 um rund 10 Mio € erhöhen. Das Finanzergebnis des Geschäftsjahres 2012 wird sich durch die Anpassung um rund 29 Mio € verringern; das Finanzergebnis im Geschäftsjahr 2013 wird sich im Vergleich zum angepassten Geschäftsjahr 2012 um rund 121 Mio € verbessern. Die Rückstellungen für leistungsorientierte Altersversorgungspläne und Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses werden sich zum 31. Dezember 2012 um insgesamt ca. 3,1 MRD € erhöhen, bei gleichzeitiger Reduzierung des sonstigen Ergebnisses um ca. 3,1 MRD €. Die Änderungen werden ab Beginn des Geschäftsjahres 2013 angewandt.
Änderungen zu IAS 12 „Ertragsteuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte“ (20. Dezember 2010)	1. Januar 2013 ¹	Die Änderung beinhaltet die Einführung einer verpflichtenden Ausnahmevorschrift bezüglich der Behandlung temporärer steuerlicher Differenzen bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien im Zusammenhang mit der Anwendung des Zeitwertmodells nach IAS 40. Die Neuregelung ist für Länder, in denen Nutzung und Veräußerung derartiger Vermögenswerte unterschiedlich besteuert werden, bedeutsam. Im Rahmen dieser Änderung wurde SIC-21 „Ertragsteuern – Realisierung von neu bewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten“ in IAS 12 integriert. Die Änderung hat keine Auswirkung auf den Konzernabschluss.
Änderungen zu IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“ (16. Dezember 2011)	1. Januar 2014	Es erfolgt eine Klarstellung der Voraussetzungen für die Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz. Ein Saldierungsanspruch muss für alle beteiligten Vertragsparteien sowohl im gewöhnlichen Geschäftsverlauf als auch bei Insolvenz rechtlich durchsetzbar sein und am Abschlussstichtag bereits bestehen. Es wird festgelegt, welche Systeme mit Bruttoausgleich als Nettoausgleich im Sinne des Standards angesehen werden können. Die Änderung wird keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses haben. Im Einzelfall kann es zu erweiterten Anhangangaben kommen.
Änderungen zu IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“ (16. Dezember 2011)	1. Januar 2013	Mit der Ergänzung des IAS 32 zur Darstellung der Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgen mit den in diesem Zusammenhang stehenden Ergänzungen des IFRS 7 umfangreiche Anhangangaben bezüglich der Aufrechnungsansprüche, insbesondere auch jener, die nach IFRS nicht zu einer Saldierung führen. Die Änderung wird keinen wesentlichen Einfluss auf den Abschluss haben.
IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Einführung einer einheitlichen Definition für den Beherrschungsbegriff für sämtliche Unternehmen, die in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Zur Bestimmung eines Beherrschungsverhältnisses enthält der Standard ebenfalls umfassende Vorgaben. IFRS 10 ersetzt IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ sowie SIC-12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“. Zweckgesellschaften, die bisher auf Grundlage des SIC-12 konsolidiert wurden, unterliegen nun IFRS 10. Die bisherigen Zwischenergebnisse der Überprüfung lassen auf keine wesentliche Auswirkung auf den Konzern schließen.
IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Mit IFRS 11 wird IAS 31 „Anteile an Gemeinschaftsunternehmen“ ersetzt. Das Wahlrecht der Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen wird abgeschafft. Mit IFRS 11 werden jedoch nicht zwingend alle gegenwärtig anteilmäßig einbezogenen Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren sein. IFRS 11 definiert einheitlich den Begriff „gemeinsame Vereinbarungen“ und differenziert diesen nach gemeinschaftlichen Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen. Der Anteil an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit wird auf der Grundlage der direkten Rechte und Pflichten erfasst, während der Anteil am Ergebnis eines Gemeinschaftsunternehmens nach der Equity-Methode zu bilanzieren ist. Die zwingende Anwendung der Equity-Methode auf Gemeinschaftsunternehmen erfolgt künftig gemäß den Vorschriften des überarbeiteten IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“. Die bisherigen Zwischenergebnisse der Überprüfung lassen auf keine wesentliche Auswirkung auf den Konzern schließen.
IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Zusammenführung der Angabepflichten zu sämtlichen Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten Zweckgesellschaften in einem Standard. Es müssen quantitative und qualitative Angaben zu der Art der Risiken und finanziellen Auswirkungen gemacht werden, die mit dem Engagement des Unternehmens bei seinen Beteiligungsunternehmen verbunden sind. Mit IFRS 12 kommt es zu einer Ausweitung der Anhangangaben.
IFRS 13 „Bewertung zum beizulegenden Zeitwert“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2013	Es werden standardübergreifende einheitliche Bewertungsmaßstäbe für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) vorgegeben. Es wird eine konkrete Darstellung der Verfahren, die für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts angewandt werden, gefordert. Die Anwendung des neuen Standards wird zu weiteren Anhangangaben führen.
IAS 27 „Einzelabschlüsse (revised 2011)“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Einhergehend mit den neuen Standards IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wurde der bisherige Standard IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ überarbeitet und in IAS 27 „Einzelabschlüsse (revised 2011)“ umbenannt. Er enthält nur noch die Vorschriften, die auf separate Einzelabschlüsse anzuwenden sind. Die Änderung wird keinen Einfluss auf den Abschluss haben.

¹ Die Standards wurden mit einem von den Originalstandards abweichenden Erstanwendungszeitpunkt in europäisches Recht übernommen.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (revised 2011)“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Einhergehend mit den neuen Standards IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wurde der bisherige Standard IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen“ überarbeitet und in „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode ausgedehnt. Die bisherigen Regelungen des SIC-13 „Gemeinschaftlich geführte Unternehmen – Nichtmonetäre Einlagen durch Partnerunternehmen“ werden in den IAS 28 integriert. Die Änderung wird keinen wesentlichen Einfluss auf den Abschluss haben.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:

Änderungen zu IFRS 1 „Schwerwiegende Hochinflation und Beseitigung fixer Daten für erstmalige Anwender“, veröffentlicht am 20. Dezember 2010, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach 1. Januar 2013¹ beginnen.

IFRIC 20 „Kosten der Abraumbeseitigung während des Abbaubetriebs im Tagebau“, veröffentlicht am 19. Oktober 2011, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach 1. Januar 2013 beginnen.

¹ Die Standards wurden mit einem von den Originalstandards abweichenden Erstanwendungszeitpunkt in europäisches Recht übernommen.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, bei denen die Anerkennung durch die EU noch aussteht (Endorsement-Verfahren)

Der IASB und das IFRIC haben im Geschäftsjahr 2012 sowie in den Vorjahren weitere Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2012 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS setzt voraus, dass die noch ausstehende Anerkennung durch die EU erfolgt.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
IFRS 9 „Finanzinstrumente“ (12. November 2009)	1. Januar 2015	Einführung neuer Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten mit dem Ziel, IAS 39 abzulösen. 2010 erfolgte die Ergänzung bzgl. finanzieller Verbindlichkeiten. Die Übernahme der Exposure Drafts zu „Fortgeführte Anschaffungskosten und Impairment“ und zum „Hedge Accounting“ in den IFRS 9 wird diskutiert. Die entsprechenden Auswirkungen auf den Konzern für die bereits verabschiedeten Teile des IFRS 9 werden geprüft. Die Entscheidung über eine Anerkennung des Standards durch die EU ist derzeit noch offen.
Änderungen an IFRS 9 „Finanzinstrumente“ und IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ (16. Dezember 2011)	1. Januar 2015	Veröffentlichung des verpflichtenden Erstanwendungszeitpunkts sowie weitere Konkretisierungen zu den Übergangsvorschriften. Die von IFRS 9 geforderten Anhangangaben wurden als Änderung an IFRS 7 hinzugefügt.
Improvements to IFRS 2009–2011 Cycle (17. Mai 2012)	1. Januar 2013	Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“, IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“, IAS 16 „Sachanlagen“, IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ sowie IAS 34 „Zwischenberichterstattung“. Die Änderungen werden keinen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses haben.
Änderungen zu IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12: Übergangsbestimmungen (28. Juni 2012)	1. Januar 2013 ¹	Die Änderungen betreffen die Übergangsbestimmungen im Zusammenhang mit der erstmaligen Anwendung der Standards. Die Änderungen sind entsprechend dem Anwendungszeitpunkt von IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 anzuwenden.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:

Änderungen zu IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der IFRS: Darlehen der öffentlichen Hand“, veröffentlicht am 13. März 2012, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12, IAS 27 „Investmentgesellschaften“, veröffentlicht am 31. Oktober 2012, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

¹ Die Standards werden voraussichtlich mit einem von den Originalstandards abweichenden Erstanwendungszeitpunkt in europäisches Recht übernommen werden (1. Januar 2014).

5 Währungsumrechnung

Die in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währungen in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung ausländischer Gesellschaften wird durch das primäre Wirtschaftsumfeld bestimmt, in dem sie hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Innerhalb des Konzerns entspricht die funktionale Währung im Wesentlichen der lokalen Währung. Entsprechend werden im Konzernabschluss die Vermögenswerte und Schulden mit den Stichtagskursen, die periodischen Aufwendungen und Erträge

grundsätzlich mit den monatlichen Stichtagskursen umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Geschäftsjahr 2012 wurden 56 Mio € (Vorjahr: 165 Mio €) im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital ausgewiesen. Siehe hierzu die Gesamtergebnis- und Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Durch Unternehmenszusammenschlüsse nach dem 1. Januar 2005 entstandene Geschäfts- oder Firmenwerte werden als Vermögenswerte des erworbenen Unternehmens behandelt und entsprechend in der funktionalen Währung des erworbenen Unternehmens geführt.

Die Kurse der für den Konzern wesentlichen Währungen stellen sich wie folgt dar:

Währung	Land	Stichtagskurse		Durchschnittskurse	
		2011 1 EUR =	2012 1 EUR =	2011 1 EUR =	2012 1 EUR =
USD	USA	1,2935	1,3191	1,3994	1,2928
CHF	Schweiz	1,2166	1,2075	1,2319	1,2043
GBP	Großbritannien	0,8355	0,8156	0,8711	0,8116
AUD	Australien	1,2719	1,2719	1,3445	1,2445
JPY	Japan	100,1169	113,6625	111,3393	103,4778
CNY	China	8,1422	8,2180	9,0259	8,1458
SEK	Schweden	8,9254	8,5912	9,0081	8,6853

Bei konsolidierten Unternehmen, die ihre Geschäfte in hochinflationären Volkswirtschaften betreiben, werden die bilanziellen Wertansätze der nichtmonetären Vermögenswerte grundsätzlich gemäß IAS 29 indiziert und spiegeln damit die aktuelle Kaufkraft am Bilanzstichtag wider.

In den in lokaler Währung aufgestellten Abschlüssen der konsolidierten Gesellschaften werden Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß IAS 21 zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen erfasst. Im Geschäftsjahr 2012 ergaben sich in Höhe von 178 Mio € Erträge (Vorjahr: 185 Mio €) und 181 Mio € Aufwendungen (Vorjahr: 189 Mio €) aus Währungsumrechnungsdifferenzen. Abweichend davon werden Währungsumrechnungsdifferenzen, die auf Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb beruhen, im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital erfasst.

6 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zugrunde. Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt nach dem Grundsatz historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit Ausnahme bestimmter Positionen, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die gewöhnliche Geschäftstätigkeit von Deutsche Post DHL liegt in der Erbringung von logistischen Dienstleistungen. Alle Erträge, die im Zusammenhang mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stehen, werden als Umsatzerlöse in der Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt. Alle anderen Erträge werden als sonstige betriebliche Erträge gezeigt. Der Ansatz von Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen erfolgt grundsätzlich dann, wenn die Leistung erbracht, die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist und der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern wahrscheinlich zufließen wird. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter den immateriellen Vermögenswerten werden originäre und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Firmenwerte ausgewiesen.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Im Konzern betrifft dies selbst entwickelte Software. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr der Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Die Herstellungskosten der selbst entwickelten Software enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Gegebenenfalls anfallende Fremdkapitalkosten sind bei qualifizierten Vermögenswerten Bestandteil der Herstellungskosten. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung von immateriellen Vermögenswerten anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Aktivierte Software wird entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear über zwei bis fünf Jahre abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögenswerte werden ihrer Nutzungsdauer entsprechend linear abgeschrieben. Lizenzen werden entsprechend ihrer Vertragslaufzeit abgeschrieben. Bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von fünf bis 20 Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Immaterielle Vermögenswerte, für die keine rechtlichen, wirtschaftlichen, vertraglichen oder sonstigen Faktoren vorliegen, die eine Nutzungsdauer beschränken könnten, haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf Wertminderungsbedarf geprüft. Hierunter fallen z. B. grundsätzlich Markennamen aus Unternehmenszusammenschlüssen. Der Werthaltigkeitstest unterliegt den Grundsätzen, die unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschrieben werden.

Sachanlagen

Die Bilanzierung von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, Bau oder der Herstellung zugeordnet werden können, werden aktiviert. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Sachanlagegegenstände anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich nach der linearen Methode. Die Nutzungsdauern der wesentlichen Anlageklassen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Nutzungsdauern

	Jahre ¹
Gebäude	20 bis 50
Technische Anlagen und Maschinen	10 bis 20
Flugzeuge	15 bis 20
IT-Ausstattung	4 bis 5
Transportausstattung und Fuhrpark	4 bis 18
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	8 bis 10

¹ Es handelt sich hierbei um die vom Konzern vorgegebenen Maximalwerte. Die tatsächlichen Nutzungsdauern können aufgrund bestimmter Faktoren, wie vertragliche Regelungen, regionale und zeitliche Begebenheiten, unterhalb dieser Vorgaben liegen.

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen, siehe Punkt „Wertminderungen“.

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien daraufhin geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Liegen solche Hinweise vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen. Hierbei wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt und dem entsprechenden Buchwert gegenübergestellt.

Nach IAS 36 entspricht der erzielbare Betrag dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert. Maßgeblich ist der höhere Wert. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der erwarteten Free Cashflows vor Steuern. Als Diskontierungszinssatz wird ein den Marktbedingungen entsprechender Zinssatz vor Steuern verwendet. Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die Cash Generating Unit (CGU) bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann und die unabhängige Cashflows generiert. Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertminderung des Vermögenswerts. Ergibt sich nach einer vorgenommenen Wertminderung zu einem späteren Zeitpunkt ein höherer erzielbarer Betrag des Vermögenswerts oder der CGU, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe des erzielbaren Betrags. Die Wertaufholung ist begrenzt auf den fortgeführten Buchwert, der sich ohne die Wertminderung in der Vergangenheit ergeben hätte. Die vorzunehmende Zuschreibung erfolgt ergebniswirksam. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen auf Firmenwerte sind nicht zulässig.

Seit Januar 2005 werden Firmenwerte gemäß IFRS 3 nach dem sogenannten „Impairment-only Approach“ bilanziert. Dieser legt fest, dass ein Firmenwert im Rahmen der Folgebewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten abzüglich ggf. kumulierter Korrekturen aus außerplanmäßigen Wertminderungen zu bewerten ist. Damit darf ein erworbener Firmenwert nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern muss, ebenso wie immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer, unabhängig vom Vorliegen von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 unterzogen werden. Daneben bleibt die Verpflichtung zu einer Werthaltigkeitsprüfung bei Vorliegen von Anzeichen für eine Wertminderung bestehen. Aus Unternehmenserwerben resultierende Firmenwerte werden

den CGU bzw. Gruppen von CGU zugeordnet, die aus den Synergien des Erwerbs Nutzen ziehen sollen. Solche Gruppen stellen die niedrigste Berichtsebene dar, auf der das Management den Firmenwert für interne Steuerungszwecke kontrolliert. Der Buchwert einer CGU, die einen Firmenwert enthält, wird jährlich auf Werthaltigkeit überprüft und zusätzlich, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise für eine mögliche Wertminderung vorliegen. Im Falle von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit CGU, die einen Firmenwert enthalten, werden zunächst bestehende Firmenwerte reduziert. Übersteigt der Wertminderungsbedarf den Buchwert des Firmenwerts, wird die Differenz auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der CGU verteilt.

Finance Lease

Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, in der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht an der Nutzung eines Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum überträgt. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasinggegenständen wird gemäß IAS 17 dann dem Leasingnehmer zugerechnet, wenn dieser die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand trägt. Sofern das wirtschaftliche Eigentum dem Konzern als Leasingnehmer zuzurechnen ist, erfolgt die Aktivierung zum Zeitpunkt des Nutzungsbeginns entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser den Zeitwert unterschreitet. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit unter den langfristigen Verbindlichkeiten passiviert. Die Folgebewertung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Operating Lease

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist der Konzern das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt. Als Leasingnehmer werden die geleisteten Leasingraten als Mietaufwendungen im Materialaufwand ausgewiesen. Die Erfassung der Mietaufwendungen und Mieterträge erfolgt auf linearer Basis.

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden gemäß IAS 28 („Anteile an assoziierten Unternehmen“) nach der Equity-Methode bewertet. Ausgehend von den Anschaffungskosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile wird der jeweilige Beteiligungsbuchwert jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschüttete Dividenden und sonstige Veränderungen im Eigenkapital der assoziierten Gesellschaften erhöht bzw. vermindert, soweit diese auf die Anteile der Deutsche Post AG bzw. auf deren einbezogene Tochterunternehmen entfallen. Die Behandlung der in den Beteiligungsbuchwerten enthaltenen Firmenwerte erfolgt gemäß IFRS 3. Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Zu den finanziellen Vermögenswerten zählen insbesondere Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, ausgereichte Kredite und Forderungen und zu Handelszwecken gehaltene derivative finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Verbindlichkeiten umfassen eine vertragliche Verpflichtung, Zahlungsmittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Anleihen und Finanzierungsleasing sowie derivative Finanzverbindlichkeiten.

Wahlrecht der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Der Konzern hat die Fair Value Option erstmals für das Geschäftsjahr 2006 angewendet. Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten beim erstmaligen Ansatz erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn dies Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting Mismatch) beseitigt oder erheblich verringert. Von dem Wahlrecht macht der Konzern zur Vermeidung von Accounting Mismatches Gebrauch.

Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert, dabei werden vier Kategorien für Finanzinstrumente unterschieden.

KATEGORIE „ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE“

Diese Finanzinstrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte und werden, soweit verlässlich bestimmbar, mit ihrem Zeitwert angesetzt. Ist ein Zeitwert nicht ermittelbar, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten. Wertschwankungen zwischen den Bilanzstichtagen werden grundsätzlich erfolgsneutral in das sonstige Ergebnis (Neubewertungsrücklage) eingestellt. Die Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei nachhaltigem Absinken des Zeitwerts unter die Anschaffungskosten erfolgswirksam. Ergibt sich zu einem späteren Bilanzstichtag die Tatsache, dass der beizulegende Wert eines Schuldinstruments infolge von Ereignissen, die nach dem Zeitpunkt der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, objektiv gestiegen ist, sind die Wertminderungen in entsprechender Höhe zurückzunehmen. Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten dürfen nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden. Werden die Eigenkapitalinstrumente zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, darf eine Wertaufholung nur erfolgsneutral erfolgen. Für Eigenkapitalinstrumente, die zu Anschaffungskosten bilanziert sind, ist eine Wertaufholung ausgeschlossen. „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind den langfristigen Vermögenswerten zuzuordnen, sofern nicht die Absicht besteht, sie innerhalb

von zwölf Monaten nach Bilanzstichtag zu veräußern. In dieser Kategorie werden insbesondere Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen, Wertpapiere und sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

KATEGORIE „BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE VERMÖGENSWERTE“

Finanzinvestitionen sind dieser Kategorie zuzurechnen, wenn die Absicht besteht, das Instrument bis zur Endfälligkeit zu halten, und die wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf schließen lassen. Diese Instrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

KATEGORIE „AUSLEIHUNGEN UND FORDERUNGEN“

Es handelt sich um nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden, sofern sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden, am Bilanzstichtag zu Anschaffungskosten bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Buchwerte der Geldmarktforderungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd den Zeitwerten. „Ausleihungen und Forderungen“ zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit deren Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt, ansonsten werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Bestehen an der Einbringbarkeit von Forderungen Zweifel, werden diese zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen oder pauschalierter Einzelwertberichtigung angesetzt. Eine Wertminderung bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Die Wertminderung wird über ein Wertberichtigungskonto und erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

KATEGORIE „ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE VERMÖGENSWERTE“

Alle zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente sowie Derivate, die nicht im Hedge Accounting stehen, sind dieser Kategorie zuzuordnen. Sie werden grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Sämtliche Marktwertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Bilanzierung aller Finanzinstrumente dieser Kategorie erfolgt zum Handelstag. Vermögenswerte dieser Kategorie werden als kurzfristige Vermögenswerte ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden.

Um Ergebnisschwankungen aus Marktwertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten zu vermeiden, wird – soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – Hedge Accounting angewandt. Gewinne und Verluste aus Grundgeschäft und Derivat werden zeitgleich im Ergebnis erfasst. Nach Art des Grundgeschäfts und des zu sichernden Risikos werden im Konzern Fair Value und Cashflow Hedges designiert.

Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung werden die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Wert zu bewerten sind, auf ihre Werthaltigkeit untersucht. Ein Wertminderungsaufwand ergibt sich im Vergleich zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, ist ein Wertminderungsaufwand erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand bzw. im Finanzergebnis zu erfassen. Wertminderungen sind zurückzunehmen, soweit sich nach dem Bilanzstichtag objektive Sachverhalte ergeben, die für eine Wertaufholung sprechen. Die Zuschreibung kann nur bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ergeben hätten, wenn die Wertminderung nicht erfasst worden wäre, vorgenommen werden. Im Konzern werden Wertminderungen vorgenommen, wenn der Schuldner erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, gegen ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, wenn sich das technologische, ökonomische, rechtliche Umfeld sowie das Marktumfeld des Emittenten wesentlich verändert oder der Fair Value eines Finanzinstruments andauernd unter die fortgeführten Anschaffungskosten sinkt.

Ein Fair Value Hedge sichert den beizulegenden Zeitwert von bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Die Änderung des Zeitwerts der Derivate sowie die Marktwertänderung des Grundgeschäfts, die auf dem abgesicherten Risiko basiert, werden zeitgleich ergebniswirksam erfasst.

Ein Cashflow Hedge sichert die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme aus bilanzierten Vermögenswerten und Schulden (im Fall von Zinsrisiken), geplante und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Transaktionen und festkontrahierte, bilanzunwirksame Verpflichtungen, aus denen ein Währungsrisiko resultiert. Der effektive Teil eines Cashflow Hedge ist in der Hedge-Rücklage im Eigenkapital zu erfassen. Ineffektivitäten aus der Wertänderung des Sicherungsinstruments sind erfolgswirksam zu buchen. Die mit den Sicherungsmaßnahmen verbundenen Gewinne und Verluste bleiben zunächst im Eigenkapital stehen und sind später in der Periode erfolgswirksam zu erfassen, in der der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verbindlichkeit das Periodenergebnis beeinflusst. Resultiert eine Absicherung einer festkontrahierten Transaktion später im Ansatz eines nicht-finanziellen Vermögenswerts, sind die im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste dem Vermögenswert bei Zugang zuzurechnen (Basis-Adjustment).

Absicherungen von Nettoinvestitionen (Net Investment Hedges) in ausländische Gesellschaften werden wie Cashflow Hedges behandelt. Der Gewinn oder Verlust aus dem effektiven Teil des Sicherungsgeschäftes wird im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital erfasst; der Gewinn oder Verlust des ineffektiven Teils ist unmittelbar in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen. Die erfolgsneutral erfassten Gewinne oder Verluste verbleiben bis zum Abgang oder Teilabgang der Nettoinvestition im Eigenkapital. Ausführliche Angaben zu den Sicherungsgeschäften finden sich unter

☛ [Textziffer 47.2.](#)

Die Erfassung von finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von marktüblichen Käufen und Verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag, ausgenommen hiervon sind Held-for-Trading-Instrumente, insbesondere Derivate. Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die Rechte auf den Erhalt der Cashflows aus dem Vermögenswert ausgelaufen sind. Bei Übertragung eines finanziellen Vermögenswerts wird nach den Abgangsregelungen nach IAS 39 überprüft, ob eine Ausbuchung erfolgt. Mit dem Abgang entsteht ein Veräußerungsgewinn/-verlust. Die in den Vorperioden erfolgsneutral erfassten Wertänderungen sind zum Veräußerungszeitpunkt zwingend aufzulösen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die Zahlungsverpflichtungen daraus ausgelaufen sind.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind gemäß IAS 40 solche Immobilien, die zur Erzielung von Mieterinnahmen und/oder zur Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden. Die Bewertung erfolgt nach dem Anschaffungskostenprinzip. Die abnutzbaren Investment Properties werden über eine Laufzeit von fünf bis 50 Jahren linear abgeschrieben. Der beizulegende Zeitwert wird anhand von Gutachten ermittelt. Die Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Vorräte

Vorräte sind diejenigen Vermögenswerte, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden, die sich in der Herstellung befinden oder die im Zuge der Herstellung von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden. Sie sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Wertberichtigungen werden für veraltete Vorräte sowie Bestände mit geringer Umschlaghäufigkeit vorgenommen.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß IAS 20 zu ihrem beizulegenden Zeitwert nur dann erfasst, wenn eine angemessene Sicherheit dafür besteht, dass die damit verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen gewährt werden. Die Zuwendungen werden erfolgswirksam behandelt und grundsätzlich in den Perioden verrechnet, in denen die Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, anfallen. Erfolgen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten, werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Bei den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten handelt es sich um Vermögenswerte, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Die Veräußerung muss erwartungsgemäß innerhalb von einem Jahr ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als abgeschlossener Verkauf in Betracht kommen. Dabei kann es sich um einzelne langfristige Vermögenswerte, um Gruppen von Vermögenswerten (Veräußerungsgruppen), um Unternehmensbestandteile bzw. um ein ausschließlich mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenes Tochterunternehmen handeln (aufgegebene Geschäftsbereiche). Verbindlichkeiten, die zusammen mit Vermögenswerten in einer Transaktion abgegeben werden sollen, sind Bestandteil einer Veräußerungsgruppe oder eines aufgegebenen Geschäftsbereiches und werden als „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ebenfalls gesondert ausgewiesen. Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger ist als der Buchwert. Ergebnisse aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung stehender Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden bis zur endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Bewertung von zur Veräußerung bestimmten Geschäftsbereichen mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten werden als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen. Dies gilt auch für Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit bzw. aus der Veräußerung dieser Unternehmensbereiche.

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Bargeld, Sichteinlagen, andere kurzfristige liquide finanzielle Vermögenswerte mit einer ursprünglichen Laufzeit von maximal drei Monaten und sind zum Nennwert angesetzt. Ausgenutzte Kontokorrentkredite werden in der Bilanz als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile stellen die proportionalen Minderheitsanteile am Eigenkapital der Tochterunternehmen dar und werden zum Buchwert angesetzt. Werden Anteile von anderen Gesellschaftern erworben bzw. veräußert, ohne Auswirkung auf das bestehende Beherrschungsverhältnis zu haben, wird dies als Eigenkapitaltransaktion dargestellt. Die Differenz zwischen dem erworbenen bzw. veräußerten anteiligen Nettovermögen von bzw. an andere(n) Gesellschafter(n) und dem Kaufpreis wird direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Bei der Erhöhung der nicht beherrschenden Anteile um das anteilige Nettovermögen wird diesem kein Anteil am Firmenwert zugeordnet.

Aktienbasierte Vergütung

In die Bewertung des aktienorientierten Vergütungssystems für Führungskräfte (Share Matching Scheme, sms), das gemäß IFRS 2 grundsätzlich als aktienbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente zu klassifizieren ist, fließen Annahmen zur Aktienkursentwicklung der Aktie der Deutsche Post AG sowie Annahmen zur Mitarbeiterfluktuation ein. Zudem werden Annahmen bezüglich des Verhaltens der Führungskräfte zur weiteren Wandlung von Anteilen ihres Bonusanspruchs getroffen. Da es sich um ein jährlich aufgelegtes Programm zur aktienorientierten Vergütung handelt, ist der jeweilige Gewährungstag jeder Jahrestranche der 1. Januar des jeweiligen Jahres. Alle Annahmen werden quartalsweise überprüft. Der resultierende Personalaufwand wird entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung zeitratierlich erfolgswirksam erfasst. Verpflichtungen, die ohne Wahlrecht der Führungskraft zukünftig in Aktien der Deutsche Post AG beglichen werden, werden gemäß IFRS 2 im Eigenkapital erfasst.

Die Bewertung der ausgegebenen Stock Appreciation Rights (SAR) für Vorstand und Führungskräfte erfolgt gemäß IFRS 2 auf Basis eines finanzmathematischen Optionspreismodells. Die SAR werden zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag bewertet. Der ermittelte Wert der voraussichtlich ausübbar werdenden SAR wird als Personalaufwand entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung zeitratierlich erfolgswirksam erfasst. In gleichem Umfang werden Rückstellungen gebildet.

Pensionsverpflichtungen

In vielen Ländern unterhält der Konzern leistungsorientierte Altersversorgungssysteme (Defined Benefit Pension Plans) auf der Grundlage der ruhegehaltstfähigen Vergütung der Mitarbeiter und ihrer Dienstzeiten. Diese Versorgungssysteme werden über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt nach der in IAS 19 vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Hierbei sind bestimmte versicherungsmathematische Annahmen zu treffen. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 in der bisherigen Fassung nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums aus Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen (10-%-Korridor). Der übersteigende Betrag wird über die erwartete Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Die in den Pensionsaufwendungen enthaltenen Bestandteile Zinsaufwand und erwartete Erträge aus Planvermögen werden im Finanzergebnis gezeigt, die anderen Bestandteile im Personalaufwand.

Der Konzern unterhält außerdem eine Reihe von beitragsorientierten Altersversorgungssystemen (Defined Contribution Pension Plans). Die Beiträge zu diesen Pensionsplänen werden im Personalaufwand erfasst.

Darüber hinaus nimmt der Konzern in einigen Fällen an gemeinschaftlichen Versorgungsplänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer Plans) teil. Hier stellen die Einrichtungen den teilnehmenden Unternehmen keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, die die anteilige Zuordnung von Verpflichtung, Planvermögen und Aufwand erlauben. Aus diesem Grund werden diese Pläne entsprechend den Vorschriften für beitragsorientierte Altersversorgungspläne berücksichtigt.

ALTERSVERSORGUNGSSYSTEME FÜR BEAMTE IN DEUTSCHLAND

Die Deutsche Post AG leistet für Beamte aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Beiträge an beitragsorientierte Altersversorgungssysteme.

Nach den Vorschriften des Gesetzes zum Personalrecht der Beschäftigten der früheren Deutschen Bundespost (PostPersRG), eingeführt als Art. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG), erbringt die Deutsche Post AG über eine seit Anfang 2001 gemeinsame Postbeamtenversorgungskasse der Postnachfolgeunternehmen, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Mitarbeiter und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen. Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutsche Post AG ist in § 16 PostPersRG geregelt. Die Deutsche Post AG ist danach verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltfähig beurlaubten Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse zu zahlen.

Im Berichtsjahr ergaben sich für die Deutsche Post AG durch die Beiträge an den BPS-PT Aufwendungen in Höhe von 542 MIO € (Vorjahr: 531 MIO €).

Nach § 16 PostPersRG gleicht der Bund Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen der Postbeamtenversorgungskasse einerseits und laufenden Zuwendungen der Trägerunternehmen oder anderweitigen Vermögenserträgen andererseits auf geeignete Weise aus und gewährleistet, dass die Postbeamtenversorgungskasse jederzeit in der Lage ist, die gegenüber ihren Trägerunternehmen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit der Bund danach Zahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse erbringt, kann er von der Deutsche Post AG keine Erstattung verlangen.

Nach dem zum 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuordnung der Postbeamtenversorgungskasse (PVKNeuG) tritt die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT) als Rechtsnachfolger in die Rechte und Pflichten des BPS-PT ein und nimmt die Aufgaben der Postbeamtenversorgungskasse wahr. Die Prämissen für den zu leistenden Unternehmensbeitrag nach § 16 PostPersRG bleiben unverändert.

ALTERSVERSORGUNGSSYSTEME FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE

Die Verpflichtungen aus leistungsorientierten Altersversorgungssystemen für Arbeiter und Angestellte des Konzerns entfallen überwiegend auf Rentenverpflichtungen in Deutschland sowie Renten- oder Kapitalverpflichtungen in Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz und den USA. Es bestehen verschiedene Zusagen für einzelne Mitarbeitergruppen. Die Zusagen sind in der Regel abhängig von der Dienstzeit sowie endgehaltsabhängig (z. B. Großbritannien), beitragsorientiert (z. B. Schweiz) oder in Form eines Festbetragssystems (z. B. Deutschland).

Die leistungsorientierten Altersversorgungssysteme sind teilweise geschlossen für Neueintritte (z. B. in Großbritannien) oder zusätzlich für weitere Leistungszuwächse der aktiven Begünstigten (z. B. in den USA), und es wurde entsprechend auf beitragsorientierte Altersversorgungssysteme umgestellt. Finanzielle Angaben zu den leistungsorientierten Altersversorgungssystemen finden sich unter [Textziffer 41](#).

Im Rahmen der beitragsorientierten Altersversorgungssysteme für Arbeiter und Angestellte des Konzerns wurden im Jahr 2012 Arbeitgeberbeiträge in Höhe von insgesamt 238 MIO € (Vorjahr: 198 MIO €) entrichtet.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für sämtliche am Bilanzstichtag gegenüber Dritten bestehenden rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gebildet, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, die zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Sie stellen ungewisse Verpflichtungen dar, die mit dem nach bestmöglicher Schätzung (Best Estimate) ermittelten Betrag angesetzt werden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit Marktzinssätzen, die dem Risiko, der Region und dem Zeitraum bis zur Erfüllung entsprechen, abgezinst. Die Zinssätze lagen im Geschäftsjahr zwischen 0,25 % und 9,25 % (Vorjahr: 0,5 % bis 10,75 %). Effekte aus der Veränderung von Zinssätzen werden im Finanzergebnis ausgewiesen.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden unter Berücksichtigung der oben genannten allgemeinen Ansatzkriterien gebildet, wenn ein detaillierter, formaler Restrukturierungsplan erstellt und dieser den betroffenen Parteien mitgeteilt worden ist.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen. Bei den Rückstellungen für bekannte Schäden handelt es sich um geschätzte Beträge für künftige Verpflichtungen aus bekannten Schadensfällen bzw. bekannten Vorfällen, die voraussichtlich zu Schadensfällen werden. Diese bekannten oder voraussichtlichen Schadensfälle sind dem Unternehmen mitgeteilt, jedoch noch nicht vollständig abgewickelt und zur Zahlung vorgelegt worden. Die Rückstellungen für bekannte Schäden basieren auf individuellen Bewertungen von Schadensfällen, die vom Unternehmen oder von dessen Erstversicherern durchgeführt werden. Die Spätschadenrückstellungen basieren auf geschätzten Beträgen für künftige Verpflichtungen aus Vorfällen, die am oder vor dem Bilanzstichtag eintreten, dem Unternehmen bisher nicht mitgeteilt wurden, jedoch zu Schadensfällen führen werden. Diese Rückstellungen beinhalten auch Rückstellungen für mögliche Fehler bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus bekannten Schäden. Das Unternehmen führt die Beurteilung künftig zahlbarer Verluste anhand versicherungsmathematischer Methoden selbst durch und gibt darüber hinaus jedes Jahr eine unabhängige versicherungsmathematische Prüfung dieser Beurteilung in Auftrag, um die Angemessenheit seiner Schätzungen zu verifizieren.

Finanzschulden

Finanzschulden werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten, angesetzt. Als Zeitwert wird der auf einem preiseffizienten und liquiden Markt festgestellte Preis oder ein mittels des im Konzern eingesetzten Treasury-Risk-Management-Systems ermittelter Zeitwert eingesetzt. In den Folgeperioden werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen Auszahlungsbetrag und Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Ausleihe unter Anwendung der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

WANDELANLEIHE AUF AKTIEN DER DEUTSCHE POST AG

Die Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wird aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung in eine Eigenkapital- und eine Fremdkapitalkomponente unterteilt. Die Fremdkapitalkomponente wird unter den Finanzschulden (Anleihen) als Verbindlichkeit abzüglich der Emissionskosten passiviert und über die Laufzeit mittels der Effektivzinsmethode auf den Ausgabebetrag aufgezinst. Der Wert der Call-Option, die der Deutsche Post AG eingeräumt worden ist, um die Anleihe vorzeitig bei Erreichen eines bestimmten Kurses zu kündigen, wird gemäß IFRS 32.31 der Fremdkapitalkomponente zugerechnet. Das Wandlungsrecht ist als Eigenkapitalderivat zu klassifizieren. Es wird in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Bei der Ermittlung des Buchwertes wird dem Wandlungsrecht der Restwert zugewiesen, der sich nach Abzug des getrennt für die Fremdkapitalkomponente ermittelten Betrags vom beizulegenden Zeitwert des gesamten Instruments ergibt. Die anteiligen Transaktionskosten werden in Abzug gebracht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die übrigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten entspricht näherungsweise dem Buchwert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 für temporäre Bewertungsunterschiede zwischen der IFRS-Bilanz und den Steuerbilanzen der Einzelgesellschaften gebildet. Die aktiven latenten Steuern umfassen auch Steuererminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten künftigen Nutzung bestehender steuerlicher Verlustvorträge ergeben und deren Realisierung wahrscheinlich ist. Auf die temporären Differenzen zwischen Wertansätzen in der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG wurden unter Beachtung des IAS 12.24 (b) bzw. IAS 12.15 (b) nur insoweit aktive bzw. passive latente Steuern gebildet, wie die Differenzen nach dem 1. Januar 1995 entstanden sind. Auf Wertdifferenzen, die aus der Erstverbuchung in der steuerlichen Eröffnungsbilanz der Deutsche Post AG zum 1. Januar 1995 resultieren, werden keine latenten Steuern gebildet. Weitere Angaben zu den latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge finden sich unter [Textziffer 29](#).

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder für den Zeitpunkt angekündigt sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Der für deutsche Konzernunternehmen wie im Vorjahr angewandte Steuersatz in Höhe von 29,8 % setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz zuzüglich des Solidaritätszuschlags sowie einem Gewerbesteuerersatz, der als Durchschnitt aus den unterschiedlichen Gewerbesteuerersatzes ermittelt wurde, zusammen. Die ausländischen Konzerngesellschaften verwenden bei der Berechnung der latenten Steuerposten ihren individuellen Ertragsteuersatz. Die angewandten Ertragsteuersätze für ausländische Gesellschaften betragen bis zu 41 % (Vorjahr: 41 %).

Ertragsteuern

Die Bewertung der Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt mit dem Betrag, in dessen Höhe eine Erstattung von der bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten stellen zum einen mögliche Verpflichtungen dar, deren tatsächliche Existenz aber erst noch durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht vollständig beeinflusst werden können, bestätigt werden muss. Zum anderen sind darunter bestehende Verpflichtungen zu verstehen, die aber wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss führen oder deren Vermögensabfluss sich nicht zuverlässig quantifizieren lässt. Die Eventualverbindlichkeiten sind gemäß IAS 37 nicht in der Bilanz zu erfassen, [Textziffer 48](#).

7 Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung eines im Einklang mit den IFRS stehenden Konzernabschlusses erfordert Ermessensentscheidungen. Sämtliche Ermessensentscheidungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Dies gilt zum Beispiel für Vermögenswerte, die veräußert werden sollen. Hier ist zu bestimmen, ob sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Ist das der Fall, sind die Vermögenswerte und die zugehörigen Schulden als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ bzw. „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ auszuweisen und zu bewerten.

Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert vom Management, in einem bestimmten Umfang Annahmen zu treffen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie die Angaben der Eventualverbindlichkeiten auswirken können. Hauptanwendungsbereiche für Annahmen, Schätzungen und Ausübungen von Ermessensspielräumen finden sich z. B. bei der Bildung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, bei der Ermittlung abgezinster Cashflows im Rahmen von Werthaltigkeitstests und Kaufpreisallokationen, Steuern und Rechtsverfahren.

Bei der Ermittlung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist der Abzinsungssatz eine wichtige Schätzgröße. Die Datenbasis, die bisher für die Ermittlung des Abzinsungssatzes herangezogen wurde, wird aufgrund der signifikanten Verringerung von berücksichtigten laufzeitkongruenten, hochwertigen Industrieanleihen durch Rating-Herabstufungen nicht mehr als ausreichende Grundlage angesehen. Daher wurden zur Ableitung des Pensionszinssatzes für die Eurozone die Auswahlkriterien für die Datenbasis und das Extrapolationsverfahren angepasst. In die Datenbasis gehen zukünftig hochwertige Industrieanleihen ein, die von mindestens einer der drei großen Rating-Agenturen AA-geratet werden. Die Änderung führte zum 31. Dezember 2012 insgesamt zu einer Erhöhung des Abzinsungssatzes für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen in der Eurozone um 0,45 Prozentpunkte. Bei einem um 0,45 Prozentpunkte niedrigeren Abzinsungssatz wären die Pensionsverpflichtungen in der Eurozone um rund 600 Mio € höher gewesen und der Aufwand im Folgejahr (ohne Umbewertungen) würde sich um ca. 14 Mio € erhöhen. Allgemein würde eine Erhöhung oder Verminderung des aktuellen Abzinsungssatzes um 1 Prozentpunkt den Barwert der Gesamtverpflichtung der Pläne im Inland am Jahresende um rund 1.050 Mio € und den Aufwand im Folgejahr (ohne Umbewertungen) um insgesamt ca. 31 Mio € reduzieren bzw. erhöhen. Bei den Konzerngesellschaften in Großbritannien hätte eine solche Veränderung des Abzinsungssatzes eine Verminderung bzw. Erhöhung des Barwerts der Gesamtverpflichtung am Jahresende um rund 630 Mio € und des Aufwands im Folgejahr (ohne Umbewertungen) um insgesamt ca. 41 Mio € zur Folge.

Der Konzern ist weltweit tätig und unterliegt den örtlichen Steuergesetzen. Das Management hat zur Berechnung tatsächlicher und latenter Steuern in den jeweiligen Ländern einen Beurteilungsspielraum. Obwohl das Management davon ausgeht, eine vernünftige Einschätzung steuerlicher Unwägbarkeiten getroffen zu haben, kann nicht zugesichert werden, dass sich der tatsächliche Ausgang solcher steuerlicher Unwägbarkeiten mit der ursprünglichen Einschätzung deckt. Eine Abweichung der tatsächlichen Ergebnisse von dieser Einschätzung könnte in der jeweiligen Periode, in der die Angelegenheit endgültig entschieden wird, Auswirkungen auf die Steuerverbindlichkeiten und die latenten Steuern haben. Die angesetzten aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Einschätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen oder der durch Steuerstrategien zur Verfügung stehenden erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

Als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen entstehen regelmäßige Firmenwerte in der Bilanz des Konzerns. Bei der Erstkonsolidierung eines Erwerbs sind alle identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zu beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbsstichtag anzusetzen. Eine der wesentlichsten Schätzungen bezieht sich dabei auf die Bestimmung der zum Erwerbsstichtag beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung werden in der Regel durch unabhängige Gutachter bewertet, während marktgängige Wertpapiere zum Börsenpreis angesetzt werden. Falls immaterielle Vermögenswerte identifiziert werden, kann in Abhängigkeit von der Art des immateriellen Vermögenswerts und der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts auf das Gutachten eines unabhängigen externen Bewertungsgutachters zurückgegriffen werden, der den beizulegenden Zeitwert unter Verwendung einer angemessenen Bewertungsmethodik ermittelt, deren Basis üblicherweise die künftig erwarteten Cashflows sind. Diese Bewertungen sind neben den Annahmen über die Entwicklung künftiger Cashflows auch wesentlich beeinflusst von den verwendeten Diskontierungszinssätzen.

Der Werthaltigkeitstest für Firmenwerte basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Der Konzern führt diese Tests jährlich durch und zusätzlich bei Anlässen, bei denen ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass eine Wertminderung der Firmenwerte eingetreten ist. Dann ist der erzielbare Betrag der CGU zu ermitteln. Dieser entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Die Bestimmung des Nutzungswerts beinhaltet die Vornahme von Anpassungen und Schätzungen bezüglich der Prognose und Diskontierung der künftigen Cashflows. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die zur Berechnung des erzielbaren Betrags verwendeten Annahmen angemessen sind, könnten etwaige unvorhersehbare Veränderungen dieser Annahmen – z. B. Verringerung der EBIT-Marge, Anstieg der Kapitalkosten oder Rückgang der langfristigen Wachstumsrate – zu einem Wertminderungsaufwand führen, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachteilig beeinflussen könnte.

Unter [Textziffer 50](#) werden die anhängigen Rechtsverfahren des Konzerns ausgewiesen. Der Ausgang dieser Fälle könnte einen wesentlichen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben. Das Management analysiert regelmäßig die aktuellen Informationen zu diesen Fällen und bildet Rückstellungen für wahrscheinliche Verpflichtungen einschließlich der geschätzten Rechtskosten. Für die Beurteilung werden interne und externe Rechtsanwälte hinzugezogen. Im Rahmen der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Rückstellung berücksichtigt das Management die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Ausgangs und die Möglichkeit, die Höhe der Verpflichtung ausreichend verlässlich zu schätzen. Die Erhebung einer Klage oder die formale Geltendmachung eines Anspruchs gegen den Konzern oder die Angabe eines Rechtsstreits im Anhang bedeuten nicht automatisch, dass eine Rückstellung für das betreffende Risiko gebildet wurde.

Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Beurteilungen am Bilanzstichtag. Bei der Einschätzung der künftigen Geschäftsentwicklung wurde außerdem das zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte künftige wirtschaftliche Umfeld in den Branchen und Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch die Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen, die von den Annahmen abweichen, können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen auszugehen, sodass aus gegenwärtiger Sicht keine wesentliche Anpassung der angesetzten Vermögenswerte und Schulden im Geschäftsjahr 2013 zu erwarten ist.

8 Konsolidierungsmethoden

Grundlage für den Konzernabschluss sind die nach einheitlichen Regeln zum 31. Dezember 2012 erstellten und von unabhängigen Abschlussprüfern geprüften IFRS-Abschlüsse der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen.

Für in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wird die Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode durchgeführt. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der hingeegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der entstandenen bzw. übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt. Anschaffungsnebenkosten werden aufwandswirksam erfasst. Bedingte Kaufpreisbestandteile („Contingent Considerations“) werden zum Erstkonsolidierungszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst.

Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 31 auf quotaler Basis einbezogen. Die Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen der gemeinschaftlich geführten Unternehmen gehen entsprechend der Anteilsquote an diesen Unternehmen in den Konzernabschluss ein. Die quotale Kapitalkonsolidierung und die Behandlung von Firmenwerten erfolgen analog der Vorgehensweise bei der Einbeziehung von Tochterunternehmen.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode in Form der Buchwertmethode bewertet. Vorhandene Firmenwerte werden unter den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Bei einem sukzessiven Erwerb wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zu dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden Zeitwert neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst.

Die Umsätze, die sonstigen betrieblichen Erträge und die Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen zwischen den konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen, die nicht durch Veräußerung an Dritte realisiert sind, werden herausgerechnet.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

9 Segmentberichterstattung

Segmente nach Unternehmensbereichen

MIO €	BRIEF		EXPRESS		GLOBAL FORWARDING, FREIGHT		SUPPLY CHAIN		Corporate Center/ Anderes		Konsolidierung		Konzern	
	2011	2012	2011 ¹	2012	2011 ¹	2012	2011	2012	2011	2012	2011 ¹	2012	2011	2012
1. Jan. bis 31. Dez.	2011	2012	2011 ¹	2012	2011 ¹	2012	2011	2012	2011	2012	2011 ¹	2012	2011	2012
Außenumsatz	13.877	13.874	11.309	12.378	14.459	14.980	13.119	14.229	65	51	0	0	52.829	55.512
Innenumsatz	96	98	382	400	659	686	104	111	1.195	1.152	-2.436	-2.447	0	0
Umsatzerlöse gesamt	13.973	13.972	11.691	12.778	15.118	15.666	13.223	14.340	1.260	1.203	-2.436	-2.447	52.829	55.512
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	1.107	1.051	916	1.108	440	512	362	416	-389	-420	0	-2	2.436	2.665
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	1	0	0	0	1	2	0	0	58	0	0	0	60	2
Segmentvermögen	4.325	4.433	8.587	8.684	8.007	7.951	6.314	6.264	3.167	1.322	-254	-215	30.146	28.439
Anteile an assoziierten Unternehmen	0	0	28	28	16	18	0	0	0	0	0	0	44	46
Segment- verbindlichkeiten ²	2.919	2.505	2.684	2.547	2.959	2.950	2.924	2.825	820	797	-186	-120	12.120	11.504
Capex	433	332	601	597	136	150	252	300	294	318	0	0	1.716	1.697
Planmäßige Abschreibungen	323	333	328	382	104	111	274	286	195	199	0	0	1.224	1.311
Wertminderungen	31	1	6	18	0	0	13	2	0	7	0	0	50	28
Abschreibungen gesamt	354	334	334	400	104	111	287	288	195	206	0	0	1.274	1.339
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen	321	329	189	279	108	79	115	129	40	58	0	0	773	874
Mitarbeiter ³	147.434	146.923	85.496	84.623	43.451	43.590	133.615	140.193	13.352	12.958	0	0	423.348	428.287

Informationen über geografische Regionen

MIO €	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		Amerikas		Asien-Pazifik		Übrige Regionen		Konzern	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
1. Jan. bis 31. Dez.	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Außenumsatz	16.743	16.825	17.475	17.840	8.808	9.819	7.611	8.619	2.192	2.409	52.829	55.512
Langfristige Vermögenswerte	4.465	4.759	7.313	7.228	3.376	3.408	3.361	3.227	329	332	18.844	18.954
Capex	1.057	979	248	259	203	259	152	160	56	40	1.716	1.697

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, ➔ Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

² Inklusive unverzinslicher Rückstellungen

³ Im Durchschnitt (Teilzeitkräfte auf Vollzeitkräfte umgerechnet)

9.1 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Deutsche Post DHL berichtet über vier operative Segmente, die entsprechend der Art der angebotenen Produkte und Dienstleistungen, Marken, Vertriebswege und Kundenprofile eigenständig von segmentverantwortlichen Gremien geführt werden. Die Bestimmung von Unternehmensbestandteilen als Geschäftssegment basiert auf der Existenz von ergebnisverantwortlichen Segmentmanagern, die direkt an das oberste Führungsgremium von Deutsche Post DHL berichten.

Der Außenumsatz repräsentiert den Umsatz der Unternehmensbereiche mit Konzernexternen. Der Innenumsatz zeigt die Umsätze mit anderen Unternehmensbereichen. Existieren für intern angebotene Dienstleistungen oder Produkte vergleich-

bare externe Marktpreise, werden diese Marktpreise oder marktorientierte Preise als interner Verrechnungspreis herangezogen (At-Arm's-Length-Prinzip). Den Verrechnungspreisen für nicht marktfähige Leistungen liegen grundsätzlich inkrementelle Kosten zugrunde.

Die Aufwendungen für die in den IT-Service-Centern erbrachten IT-Dienstleistungen werden verursachungsgemäß den Unternehmensbereichen belastet. Zusätzliche Aufwendungen, die aus der Universaldienstleistungsverpflichtung für Postdienstleistungen der Deutsche Post AG (flächendeckendes Filialnetz, werktägliche Zustellung) und der Übernahme der Vergütungsstruktur als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Bundespost resultieren, werden im Unternehmensbereich BRIEF berücksichtigt.

In Übereinstimmung mit der internen Berichterstattung wird die Capital Expenditure (Capex) ausgewiesen. Hierbei werden die Zugänge in immateriellen Vermögenswerten (ohne Firmenwerte) und Sachanlagen ausgewiesen. Die Abschreibungen betreffen das den einzelnen Unternehmensbereichen zugeordnete Segmentvermögen. Zu den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen zählen im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen.

Der dominierenden Organisationsstruktur des Konzerns entsprechend, orientiert sich die primäre Berichterstattung an den Unternehmensbereichen. Folgende Unternehmensbereiche werden im Konzern unterschieden:

9.2 Segmente nach Unternehmensbereichen

BRIEF

Neben dem Transport und der Zustellung schriftlicher Kommunikation versteht sich der Unternehmensbereich BRIEF als umfassender Dienstleister für das Management schriftlicher Mitteilungen. Er ist in folgende Geschäftsfelder aufgeteilt: Brief Kommunikation, Dialog Marketing, Presse Services, Mehrwertleistungen, Paket Deutschland, Global Mail, Filialen und Renten-Service.

EXPRESS

Der Unternehmensbereich EXPRESS bietet Geschäfts- und Privatkunden internationale und nationale Kurier- und Expressdienstleistungen an. Er ist in die Geschäftsfelder Express Europe, Express Americas, Express Asia Pacific und Express MEA eingeteilt. Anfang Januar 2012 ist das tschechische Stück- und Teilladungsgeschäft der PPL CZ s.r.o. aus dem Segment EXPRESS in das Segment GLOBAL FORWARDING, FREIGHT umgliedert worden. Die Umgliederung dient der Konzentration auf die jeweiligen Kernkompetenzen in den beiden Unternehmensbereichen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Der Unternehmensbereich GLOBAL FORWARDING, FREIGHT beinhaltet den Schienen-, Straßen-, Luft- und Seetransport von Gütern. Die Geschäftsfelder heißen Global Forwarding und Freight. Anfang Januar 2012 ist das tschechische Stück- und Teilladungsgeschäft der PPL CZ s.r.o. aus dem Segment EXPRESS in das Segment GLOBAL FORWARDING, FREIGHT umgliedert worden. Die Umgliederung dient der Konzentration auf die jeweiligen Kernkompetenzen in den beiden Unternehmensbereichen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

SUPPLY CHAIN

Der Unternehmensbereich ist spezialisiert auf Kontraktlogistik und bietet Lager- und Transportdienstleistungen sowie Mehrwertleistungen entlang der gesamten Lieferkette verschiedener Sektoren. Weiterhin werden Gesamtlösungen für das Informations- und Kommunikationsmanagement in Unternehmen angeboten. Die Geschäftsfelder umfassen Supply Chain sowie Williams Lea.

Zusätzlich zu den oben genannten berichtspflichtigen Segmenten werden in der Segmentberichterstattung noch folgende Kategorien dargestellt:

Corporate Center/Anderes

Dieser Bereich umfasst die Global Business Services (GBS), das Corporate Center, Tätigkeiten aus dem nicht operativen Bereich sowie andere Geschäftstätigkeiten. Das Ergebnis von GBS wird auf die operativen Segmente verteilt, Vermögen und Verbindlichkeiten verbleiben bei GBS (asymmetrische Verteilung).

Konsolidierung

Die Daten zu den Unternehmensbereichen werden nach Konsolidierung der Beziehungen innerhalb der Unternehmensbereiche dargestellt. Die Beziehungen zwischen den Unternehmensbereichen werden in der Spalte Konsolidierung eliminiert.

9.3 Informationen über geografische Bereiche

Die wesentlichen geografischen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, sind Deutschland, Europa, Amerikas, Asien-Pazifik und übrige Regionen. Für diese Regionen werden Außenumsätze, langfristige Vermögenswerte sowie die Capex dargestellt. Die Zuordnung der Umsätze, der Vermögenswerte sowie der Capex zu den einzelnen Regionen erfolgt nach dem Sitz der berichtenden Gesellschaft. Die langfristigen Vermögenswerte umfassen im Wesentlichen die immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie sonstige langfristige Vermögenswerte.

9.4 Überleitung der Segmentzahlen

Überleitung der Segment- auf Konzernzahlen

Überleitung

MIO €	Summe der berichts- pflichtigen Segmente		Corporate Center/Anderes		Überleitung zum Konzern/ Konsolidierung		Konzernwert	
	2011 ¹	2012	2011	2012	2011 ¹	2012	2011	2012
Außenumsatz	52.764	55.461	65	51	0	0	52.829	55.512
Innenumsatz	1.241	1.295	1.195	1.152	-2.436	-2.447	0	0
Umsatzerlöse gesamt	54.005	56.756	1.260	1.203	-2.436	-2.447	52.829	55.512
Sonstige betriebliche Erträge	1.825	1.966	1.305	1.420	-1.080	-1.218	2.050	2.168
Materialaufwand	-31.642	-33.161	-1.335	-1.294	2.433	2.592	-30.544	-31.863
Personalaufwand	-15.855	-16.849	-894	-941	19	20	-16.730	-17.770
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.429	-4.492	-530	-602	1.064	1.051	-3.895	-4.043
Abschreibungen	-1.079	-1.133	-195	-206	0	0	-1.274	-1.339
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.825	3.087	-389	-420	0	-2	2.436	2.665
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	2	58	0	0	0	60	2
Sonstiges Finanzergebnis	-	-	-	-	-	-	-837	-429
Ergebnis vor Ertragsteuern	-	-	-	-	-	-	1.659	2.238
Ertragsteuern	-	-	-	-	-	-	-393	-458
Konzernjahresergebnis	-	-	-	-	-	-	1.266	1.780
davon entfielen auf								
Aktionäre der Deutsche Post AG	-	-	-	-	-	-	1.163	1.658
Nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	103	122

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, ➔ Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung des Gesamtvermögens von Deutsche Post DHL auf das Segmentvermögen. Dabei werden die finanziellen Vermögenswerte, die Ertragsteueransprüche, die latenten Steuern, die flüssigen Mittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie weitere verzinsliche Bestandteile der Vermögenswerte in Abzug gebracht.

Überleitung Segmentvermögen

MIO €	2011	2012
Bilanzsumme	38.408	34.121
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-40	-43
Langfristige finanzielle Vermögenswerte inkl. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-773	-1.085
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-454	-535
Aktive latente Steuern	-1.153	-1.257
Ertragsteueransprüche	-239	-127
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	-10	-10
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-2.470	-225
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-3.123	-2.400
Segmentvermögen	30.146	28.439
davon Corporate Center/Anderes	3.167	1.322
Summe der berichtspflichtigen Segmente	27.233	27.332
Konsolidierung	-254	-215

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung der Gesamtverbindlichkeiten von Deutsche Post DHL auf die Segmentverbindlichkeiten. Dabei werden die verzinslichen Bestandteile der Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Ertragsteuerpflichtungen und latenten Steuern in Abzug gebracht.

Überleitung Segmentverbindlichkeiten

MIO €	2011	2012
Bilanzsumme	38.408	34.121
Eigenkapital	-11.199	-12.164
Konzernschulden	27.209	21.957
Langfristige Rückstellungen	-6.874	-4.643
Langfristige Verbindlichkeiten	-1.713	-4.689
Kurzfristige Rückstellungen	-287	-182
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-6.215	-939
Segmentverbindlichkeiten	12.120	11.504
davon Corporate Center/Anderes	820	797
Summe der berichtspflichtigen Segmente	11.486	10.827
Konsolidierung	-186	-120

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

10 Umsatzerlöse

MIO €	2011	2012
Umsatzerlöse	52.829	55.512

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 2.683 MIO € bzw. 5,1 % auf 55.512 MIO € gestiegen. Der Anstieg resultierte aus folgenden Faktoren:

Faktoren der Umsatzveränderung

MIO €	2012
Organisches Wachstum	1.161
Portfolioänderungen ¹	-216
Währungseffekte	1.738
Gesamt	2.683

¹ Erläuterungen, ➔ Textziffer 2

Im Geschäftsjahr 2012, wie auch im Vorjahr, entstanden keine Umsatzerlöse, denen ein Tauschgeschäft zugrunde lag. Die Umsatzerlöse lagen in fast allen Bereichen über dem Vorjahresniveau.

Die weitere Aufteilung der Umsatzerlöse nach Unternehmensbereichen sowie die Zuordnung der Umsatzerlöse zu geografischen Regionen ist der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

11 Sonstige betriebliche Erträge

MIO €	2011	2012
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	398	396
Erträge aus der Neubewertung von Verbindlichkeiten	98	193
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	185	178
Versicherungserträge	165	172
Erträge aus Vergütungen und Erstattungen	143	145
Erlöse aus Leasing, Verpachtung und Vermietung	177	144
Abgangserträge aus dem Anlagevermögen	116	127
Provisionserträge	94	119
Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	117	105
Erträge aus der Neubewertung von Vermögenswerten und Forderungen	89	92
Erträge aus periodenfremden Abrechnungen	49	44
Erträge aus Schadenersatz	21	24
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	34	20
Erträge aus Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen	17	13
Erträge aus Derivaten	13	11
Zuschüsse	11	9
Erträge aus handelsbezogenen Versicherungsrabatten	7	6
Übrige Erträge	316	370
Sonstige betriebliche Erträge	2.050	2.168

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind wesentlich beeinflusst durch geänderte Einschätzungen für im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen in den USA übernommene Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen.

Der Anstieg der Erträge aus der Neubewertung von Verbindlichkeiten betrifft im Wesentlichen die Auflösung von nicht mehr benötigten abgegrenzten Verbindlichkeiten.

In den Abgangserträgen aus dem Anlagevermögen sind unter anderem die Entkonsolidierungseffekte aus den Verkäufen der Gemeinschaftsunternehmen Express Couriers Limited (ECL), der Parcel Direct Group Pty Limited (PDG) sowie aus der Übergangskonsolidierung der Exel Saudia LLC enthalten.

Die Zuschüsse betreffen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten. Dabei werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

12 Materialaufwand

MIO €	2011	2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Bezogene Handelswaren	1.564	1.779
Flugzeugtreibstoffe	1.034	1.364
Heiz- und Kraftstoffe	804	871
Packmaterial	290	351
Ersatzteile und Reparaturmaterialien	85	80
Büromaterialien	69	60
Sonstige Aufwendungen	111	123
	3.957	4.628

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Transportkosten	18.329	18.835
Leistungen für Fremdarbeitskräfte	1.953	2.015
Aufwendungen aus unkündbaren Mietverträgen	1.640	1.730
Aufwendungen für Instandhaltungen	974	965
IT-Leistungen	659	611
Aufwendungen aus kündbaren Mietverträgen	485	545
Aufwendungen für Provisionen	440	456
Aufwendungen aus Nutzung der Postbank-Filialen	450	430
Andere Aufwendungen aus Mietverträgen (Nebenkosten)	239	254
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.418	1.394
	26.587	27.235
Materialaufwand	30.544	31.863

Die Erhöhung des Materialaufwands beruht zum einen auf den gestiegenen Flugzeugtreibstoffkosten, zum anderen auf gestiegenen Transportkosten infolge der Ausweitung der Geschäftsaktivitäten.

In den sonstigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

13 Personalaufwand/Mitarbeiter

MIO €	2011	2012
Entgelte	13.350	14.179
davon Aufwendungen aus Share Matching Scheme	35	35
davon Aufwendungen aus SAR-Plan 2006/LTIP	24	143
Soziale Abgaben	2.022	2.094
Aufwendungen für Altersversorgung	915	984
Aufwendungen für sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	317	336
Aufwendungen für Abfindungen	126	177
Personalaufwand	16.730	17.770

Von den Aufwendungen aus dem Share Matching Scheme entfallen 16 MIO € (Vorjahr: 15 MIO €) auf aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich sowie 19 MIO € (Vorjahr: 20 MIO €) auf den Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente.

Den überwiegenden Teil der Aufwendungen für Personal stellen die Entgelte dar, die die Löhne, Gehälter, Bezüge und alle sonstigen Vergütungen für im Geschäftsjahr geleistete Arbeiten der Mitarbeiter des Konzerns umfassen. Unter den sozialen Abgaben werden die vom Unternehmen zu tragenden gesetzlichen Pflichtabgaben, insbesondere die Beiträge zur Sozialversicherung, ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung umfassen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit Ausnahme der im Finanzergebnis erfassten Aufzinsungen sowie Beiträge zu beitragsorientierten Altersversorgungssystemen. Nähere Angaben finden sich unter [Textziffern 6, 17 und 41](#).

Im Berichtsjahr waren im Konzern nach Personengruppen differenziert durchschnittlich beschäftigt:

Mitarbeiter	2011	2012
Arbeitnehmer	418.375	424.950
Beamte	44.421	42.461
Auszubildende	4.392	4.910
Mitarbeiter	467.188	472.321

Für Gesellschaften, die während des Geschäftsjahres hinzugekommen oder abgegangen sind, wurde das Personal zeitanteilig einbezogen. Auf Vollzeitkräfte umgerechnet betrug die Zahl der Beschäftigten zum 31. Dezember 2012 428.129 Personen (31. Dezember 2011: 423.502 Personen). Die Mitarbeiterzahl der einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen betrug quotiert 169 (Vorjahr: 1.199).

14 Abschreibungen

MIO €	2011	2012
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte ohne Wertminderungen Firmenwerte	306	295
Abschreibungen auf Sachanlagen		
Grundstücke und Bauten (inklusive Mietereinbauten)	175	180
Technische Anlagen und Maschinen	233	242
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fuhrpark	418	420
Flugzeuge	142	202
Geleistete Anzahlungen	0	0
	968	1.044
	1.274	1.339
Wertminderungen Firmenwerte	0	0
Abschreibungen	1.274	1.339

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr um 65 MIO € auf 1.339 MIO € gestiegen. Darin sind 28 MIO € (Vorjahr: 50 MIO €) Wertminderungen enthalten. Auf Segmentebene stellen sie sich wie folgt dar:

Wertminderungen des langfristigen Vermögens

MIO €	2011	2012
BRIEF	31	1
Immaterielle Vermögenswerte	29	0
Sachanlagen	2	1
EXPRESS	6	18
Sachanlagen	6	18
davon Flugzeuge	1	18
SUPPLY CHAIN	13	2
Immaterielle Vermögenswerte	0	1
Sachanlagen	13	1
davon Grundstücke und Bauten (inklusive Mietereinbauten)	7	0
davon technische Anlagen und Maschinen	6	1
Corporate Center/Anderes	0	7
Sachanlagen	0	7
davon Grundstücke und Bauten	0	7
Wertminderungen	50	28

Die Wertminderungen entfielen im Wesentlichen auf Flugzeuge, die nicht mehr genutzt werden.

Im Vorjahr entfiel der größte Teil der Wertminderung auf das Segment BRIEF und betraf im Wesentlichen Software, die nicht mehr genutzt wird.

15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

MIO €	2011	2012
Sonstige betriebliche Steuern	315	550
Reise- und Bildungskosten	343	344
Aufwendungen für Werbung und Public Relations	399	341
Fremdleistungen für Reinigung und Überwachung	289	315
Aufwendungen aus Versicherungen	203	240
Garantieleistungen und Entschädigungen	241	237
Aufwendungen für Telekommunikation	234	227
Beratungskosten	198	206
Wertberichtigungen kurzfristiges Vermögen	210	198
Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen	189	181
Büromaterial	173	172
Repräsentations- und Bewirtungskosten	151	144
Abrechnung mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	111	87
Freiwillige soziale Leistungen	80	78
Beiträge und Gebühren	61	69
Aufwendungen für Provisionsleistungen	63	68
Rechtsberatungskosten	62	66
Verluste aus Abgängen von Vermögenswerten	69	59
Aufwendungen aus Derivaten	28	56
Kosten des Geldverkehrs	33	38
Prüfungskosten	30	32
Aufwendungen aus periodenfremden Abrechnungen	31	28
Spenden	17	19
Übrige Aufwendungen	365	288
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.895	4.043

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Steuern betrifft die Umsatzsteuernachzahlung für den Zeitraum 1998 bis zum 30. Juni 2010, [Textziffer 3.](#)

In den übrigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

Andere Steuern als die von Einkommen und Ertrag werden entweder unter den zugehörigen Aufwandsposten oder, soweit eine individuelle Zuordnung nicht möglich ist, unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

16 Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

MIO €	2011	2012
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	60	2

Aus den Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann und die nach der Equity-Methode zu konsolidieren sind, resultiert ein Beitrag zum Finanzergebnis in Höhe von 2 MIO € (Vorjahr: 60 MIO €, davon 58 MIO € Deutsche Postbank AG). Es handelte sich hierbei im Wesentlichen um die Danzas AEI Emirates LLC, Vereinigte Arabische Emirate.

Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen verringerte sich aufgrund des Abgangs der Deutsche Postbank AG.

17 Sonstiges Finanzergebnis

MIO €	2011	2012
Sonstige Finanzerträge		
Zinserträge	74	48
Erträge aus sonstigen Beteiligungen und finanziellen Vermögenswerten	8	6
Erträge aus dem Abgang von assoziierten Unternehmen	0	541
Sonstige Finanzerträge	508	62
	590	657
Sonstige Finanzaufwendungen		
Zinsaufwendungen	-660	-642
davon aus der Aufzinsung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen	-299	-352
Abschreibungen auf finanzielle Vermögenswerte	-98	-35
Sonstige Finanzaufwendungen	-633	-372
	-1.391	-1.049
Fremdwährungsergebnis	-36	-37
Sonstiges Finanzergebnis	-837	-429

Im Vorjahr betrafen die Abschreibungen auf finanzielle Vermögenswerte mit 63 MIO € Wertminderungen im Bereich Corporate Center/Anderes den Beteiligungsansatz der Deutsche Postbank AG aufgrund des zum Umgliederungszeitpunkt gesunkenen Aktienkurses sowie mit 9 MIO € die im Segment BRIEF enthaltene at-Equity-bilanzierte Unipost Servicios Generales S.L., Spanien.

Im Finanzergebnis sind Zinserträge in Höhe von 48 MIO € (Vorjahr: 74 MIO €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 642 MIO € (Vorjahr: 660 MIO €) enthalten. Sie resultieren aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Das sonstige Finanzergebnis in Höhe von -429 MIO € (Vorjahr: -837 MIO €) wird im Wesentlichen durch die Effekte des im Februar 2012 vollzogenen Postbank-Verkaufs sowie durch die Zinsaufwendungen auf die Umsatzsteuernachzahlung beeinflusst, [Textziffer 3.](#)

18 Ertragsteuern

MIO €	2011	2012
Laufende Ertragsteueraufwendungen	-565	-591
Laufende Ertragsteuererstattungen	21	4
	-544	-587
Latenter Steueraufwand aus temporären Wertdifferenzen	-29	-58
Latenter Steuerertrag aus steuerlichen Verlustvorträgen	180	187
	151	129
Ertragsteuern	-393	-458

Ausgehend vom Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern und der rechnerischen Ertragsteuer gestaltet sich die Überleitung auf den tatsächlichen Ertragsteueraufwand wie folgt:

Überleitungsrechnung

MIO €	2011	2012
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.659	2.238
Rechnerische Ertragsteuer	-494	-667
Auf Initial Differences nicht gebildete aktive latente Steuern	14	8
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern inländischer Konzerngesellschaften	164	99
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern ausländischer Konzerngesellschaften	54	143
Effekt für laufende Steuern aus Vorjahren	-106	-70
Steuerfreie Erträge und nicht abziehbare Ausgaben	-68	-42
Steuersatzdifferenzen ausländischer Unternehmen	43	71
Ertragsteuern	-393	-458

Der Unterschied aus auf Initial Differences nicht gebildeten aktiven latenten Steuern gründet auf temporären Differenzen zwischen der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG, die aus abweichenden Wertansätzen in der steuerlichen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1995 resultieren (Initial Differences). Gemäß IAS 12.15 (b) und IAS 12.24 (b) hat der Konzern keine aktiven latenten Steuern auf diese temporären Differenzen, die im Wesentlichen das Sachanlagevermögen, die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen betreffen, gebildet. Die verbleibenden temporären Differenzen zwischen den IFRS-Bilanzansätzen und den Wertansätzen, basierend auf der steuerlichen Eröffnungsbilanz, belaufen sich zum 31. Dezember 2012 noch auf 788 MIO € (Vorjahr: 815 MIO €).

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern inländischer Konzerngesellschaften betreffen im Wesentlichen die Deutsche Post AG und deren Organgesellschaften. Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern ausländischer Gesellschaften resultieren überwiegend aus der Region Amerikas.

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern beinhalten in Höhe von 85 MIO € (Vorjahr: 39 MIO €) die Minderung des tatsächlichen Ertragsteueraufwands aufgrund der Nutzung von bisher nicht mit aktiven latenten Steuern belegten steuerlichen Verlustvorträgen und temporären Differenzen. Des Weiteren minderte sich der latente Steueraufwand aufgrund des Ansatzes bisher nicht aktivierter latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und abzugsfähiger temporärer Differenz einer früheren Periode um 207 MIO € (Vorjahr: 144 MIO €). Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern entfallen in Höhe von 79 MIO € (Vorjahr: 239 MIO € Abwertung) auf die Wertberichtigung eines latenten Steueranspruchs. Die übrigen Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern betreffen im Wesentlichen Verlustvorträge, auf die keine latenten Steuern angesetzt wurden.

Für Gesellschaften, die im Vorjahr oder in der laufenden Periode ein negatives Ergebnis gezeigt haben, wurde ein latenter Steueranspruch in Höhe von 979 MIO € (Vorjahr: 881 MIO €) aktiviert, da die Realisierung des Steueranspruchs aufgrund der steuerlichen Ergebnisplanung insoweit wahrscheinlich ist.

Im Geschäftsjahr 2012 ergab sich wie im Vorjahr bei inländischen Konzerngesellschaften kein Effekt aus einer Steuersatzänderung. Die Steuersatzänderung in einigen ausländischen Steuerjurisdiktionen führte nicht zu wesentlichen Effekten.

Im tatsächlichen Steueraufwand sind periodenfremde Steueraufwendungen von in- und ausländischen Unternehmen in Höhe von 70 MIO € (Vorjahr: 106 MIO € Aufwand) enthalten.

Die folgende Tabelle stellt die steuerlichen Effekte auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses (Other Comprehensive Income) dar:

Sonstiges Ergebnis

MIO €	Vor Steuern	Ertragsteuern	Nach Steuern
2012			
Währungsumrechnungsrücklage	10	0	10
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen	2	0	2
IAS-39-Hedge-Rücklage	36	-9	27
IAS-39-Neubewertungsrücklage	-12	2	-10
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	-2	0	-2
Anteile assoziierter Unternehmen	-37	0	-37
Sonstiges Ergebnis	-3	-7	-10
2011			
Währungsumrechnungsrücklage	167	0	167
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen	1	0	1
IAS-39-Hedge-Rücklage	-3	1	-2
IAS-39-Neubewertungsrücklage	-7	-2	-9
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	-1	0	-1
Anteile assoziierter Unternehmen	10	0	10
Sonstiges Ergebnis	167	-1	166

19 Konzernjahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete der Konzern ein Konzernjahresergebnis in Höhe von 1.780 MIO € (Vorjahr: 1.266 MIO €). Davon entfielen auf die Aktionäre der Deutsche Post AG 1.658 MIO € (Vorjahr: 1.163 MIO €).

20 Nicht beherrschende Anteile

Das den nicht beherrschenden Anteilseignern zustehende Ergebnis hat sich um 19 MIO € auf 122 MIO € erhöht.

21 Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie (Basic Earnings per Share) wird nach IAS 33 (Earnings per Share) mittels Division des Konzerngewinns durch die durchschnittliche Anzahl der Aktien ermittelt. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie liegt für das Geschäftsjahr 2012 bei 1,37 € (Vorjahr: 0,96 €).

Unverwässertes Ergebnis je Aktie

		2011	2012
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	1.163	1.658
Durchschnittliche gewichtete Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	1.208.878.374	1.208.890.874
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	€	0,96	1,37

Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien um die Anzahl aller potenziell verwässernden Aktien berichtigt. Hierbei werden sowohl die den Führungskräften aus dem Share Matching Scheme zustehenden Rechte an Aktien (zum 31. Dezember 2012: 6.192.747 Stück) als auch die Stammaktien, die bei Ausübung der Wandlungsrechte aus der am 6. Dezember 2012 begebenen Wandelanleihe maximal ausgegeben werden können, berücksichtigt. Das auf die Aktionäre der Deutsche Post AG entfallende Konzernjahresergebnis wird um die für die Wandelanleihe aufgewendeten Beträge erhöht.

Verwässertes Ergebnis je Aktie

		2011	2012
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	1.163	1.658
Zuzüglich Zinsaufwand Wandelanleihe	MIO €	–	0 ¹
Abzüglich Ertragsteuern	MIO €	–	0 ¹
Berichtigtes auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	–	1.658
Durchschnittliche gewichtete Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	1.208.878.374	1.208.890.874
Potenziell verwässernde Aktien	Stück	1.799.459	51.569.759
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von Aktien für das verwässerte Ergebnis	Stück	1.210.677.833	1.260.460.633
Verwässertes Ergebnis je Aktie	€	0,96	1,32

¹ Gerundet unter 1 MIO €

22 Dividende je Aktie

Für das Geschäftsjahr 2012 wird eine Dividende je Aktie von 0,70 € vorgeschlagen. Dies entspricht bei einer im Handelsregister eingetragenen Aktienzahl von 1.209.015.874 (Stand: 31. Dezember 2012) einer Ausschüttung von 846 MIO €. Im Vorjahr betrug die Dividende je Aktie 0,70 €. Weitere Erläuterungen zur Ausschüttung finden sich unter [Textziffer 39](#).

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

23 Immaterielle Vermögenswerte

23.1 Übersicht

	MIO €						Gesamt
	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Erworbene Markennamen	Erworbene Kundenstämme	Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	Firmenwerte	Geleistete Anzahlungen und immaterielle Vermögenswerte in Entwicklung	
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2011	981	462	860	1.291	11.793	60	15.447
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	4	49	12	136	0	201
Zugänge	98	0	0	106	4	82	290
Umbuchungen	8	0	0	47	0	-42	13
Abgänge	-37	0	0	-39	-34	-11	-121
Währungsumrechnungsdifferenzen	-1	15	33	6	209	0	262
Stand 31. Dezember 2011/Stand 1. Januar 2012	1.049	481	942	1.423	12.108	89	16.092
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	33	0	33
Zugänge	65	0	4	134	0	101	304
Umbuchungen	27	10	0	33	0	-49	21
Abgänge	-57	0	0	-92	-29	-7	-185
Währungsumrechnungsdifferenzen	-1	11	-2	2	-53	0	-43
Stand 31. Dezember 2012	1.083	502	944	1.500	12.059	134	16.222
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2011	669	432	397	973	1.127	1	3.599
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	1	0	0	1
Abschreibungen	98	0	71	108	0	0	277
Wertminderungen	28	0	0	1	0	0	29
Umbuchungen	0	0	0	1	0	0	1
Zuschreibungen	0	0	0	-1	0	0	-1
Abgänge	-25	0	0	-28	-7	0	-60
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	14	19	2	15	0	50
Stand 31. Dezember 2011/Stand 1. Januar 2012	770	446	487	1.057	1.135	1	3.896
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	97	0	78	119	0	0	294
Wertminderungen	0	0	0	1	0	0	1
Umbuchungen	5	0	0	-5	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	-51	0	0	-79	-3	0	-133
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	11	-5	2	5	0	13
Stand 31. Dezember 2012	821	457	560	1.095	1.137	1	4.071
Bilanzwert 31. Dezember 2012	262	45	384	405	10.922	133	12.151
Bilanzwert 31. Dezember 2011	279	35	455	366	10.973	88	12.196

Im Geschäftsjahr 2012 ergab der Abgleich der historischen Anschaffungswerte der immateriellen Vermögenswerte mit den in den lokalen Buchhaltungssystemen vorhandenen Werten eine Berichtigung der kumulierten Anschaffungskosten und Abschreibungen in Höhe von 199 MIO €. Dies hatte weder Auswirkung auf die Bilanzwerte noch auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Unter den erworbenen immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte ausgewiesen. Die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte betreffen Entwicklungskosten für selbst erstellte Software. Neben den Firmenwerten haben nur die gesamten erworbenen Markennamen eine unbestimmte Nutzungsdauer.

Bei den Firmenwertzugängen handelt es sich um die Firmenwerte von intelliAd Media GmbH, Exel Saudia LLC und 2 Sisters Food Group, [Textziffer 2](#).

Die Nettoabgänge von Firmenwerten betreffen mit 10 MIO € Parcel Direct Group und mit 16 MIO € Express Couriers Limited, [Textziffer 2](#).

23.2 Firmenwertallokation auf Cash Generating Units (CGU)

MIO €	2011	2012
Gesamtfirmenwert¹	10.973	10.922
BRIEF	687	701
EXPRESS	4.161	4.092
GLOBAL FORWARDING, FREIGHT		
DHL Global Forwarding	3.843	3.802
DHL Freight	280	320
SUPPLY CHAIN		
DHL Supply Chain	1.699	1.699
Williams Lea	417	422

¹ Der Firmenwert aus Überleitung beträgt -114 MIO € (Vorjahr: -114 MIO €).

Für Zwecke des jährlich durchzuführenden Werthaltigkeitstests nach IAS 36 ermittelt der Konzern den erzielbaren Betrag einer CGU auf Basis eines Nutzungswerts (Value-in-Use-Konzept). Diese Berechnungen beruhen auf Prognosen von Free Cashflows, die zunächst mit einem Kapitalkostensatz nach Steuern diskontiert werden. Im Anschluss werden Diskontierungssätze vor Steuern auf Basis eines iterativen Prozesses ermittelt.

Die Cashflow-Prognosen basieren auf vom Management verabschiedeten Detailplanungen für das EBIT, Abschreibungen/Investitionen sowie der Entwicklung des Net Working Capital und berücksichtigen unternehmensinterne Erfahrungswerte sowie externe ökonomische Rahmendaten. Methodisch umfasst die Detailplanungsphase einen dreijährigen Planungszeitraum von 2013 bis 2015. Für den Wertbeitrag ab 2016 wird sie ergänzt um die ewige Rente. Diese wird über eine langfristige Wachstumsrate ermittelt, die für jede CGU einzeln festgelegt wird und deren Höhe der unten stehenden Abbildung entnommen werden kann. Die angesetzten Wachstumsraten orientieren sich am langfristigen realen Wachstum der relevanten Volkswirtschaften, den Wachstumserwartungen der einschlägigen Branchen und den langfristigen Inflationserwartungen in jenen Ländern, in denen die jeweiligen CGU ihre Geschäftstätigkeit ausüben. Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl Erfahrungen aus der Vergangenheit als auch Einflüsse aus der zukünftig erwarteten generellen Marktentwicklung zugrunde. Außerdem werden für die Prognosen das Wachstum der jeweiligen geografischen Teilmärkte und des Welthandels sowie die zunehmende Auslagerung der Logistikaktivitäten berücksichtigt. Die prognostizierte Entwicklung der Kosten für das Transportnetzwerk und Dienstleistungen haben ebenfalls einen Einfluss auf den Nutzungswert.

Der Kapitalkostensatz vor Steuern basiert auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital). Den Diskontierungssatz (vor Steuern) für die einzelnen CGU sowie die für die ewige Rente unterstellten jeweiligen Wachstumsraten zeigt folgende Tabelle:

%	Diskontierungssatz		Wachstumsrate	
	2011	2012	2011	2012
SUPPLY CHAIN				
DHL Supply Chain	9,2	9,2	2,5	2,5
Williams Lea	7,8	7,8	2,0	2,0
GLOBAL FORWARDING, FREIGHT				
DHL Freight	9,4	9,4	2,0	2,0
DHL Global Forwarding	9,2	9,1	2,5	2,5
BRIEF	8,6	8,0	0,5	0,5
EXPRESS	n.a.	9,2	n.a.	2,0

Auf Basis dieser Annahmen und der durchgeführten Werthaltigkeitstests für die einzelnen CGU, denen ein Firmenwert zugeordnet wurde, wurde festgestellt, dass die erzielbaren Beträge bei sämtlichen CGU die entsprechenden Buchwerte der jeweiligen CGU übersteigen. Ein Wertminderungsbedarf für Firmenwerte wurde zum 31. Dezember 2012 für keine CGU festgestellt.

Im Rahmen des Impairment-Tests hat Deutsche Post DHL nach den Anforderungen des IAS 36.134 Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein Abwertungsrisiko des Firmenwerts ließ sich auch auf Basis dieser Analysen nicht erkennen.

24 Sachanlagen

24.1 Übersicht

MIO €	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Flugzeuge	Fuhrpark, Transport- ausstattung	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2011	4.445	4.164	2.386	1.674	1.961	232	14.862
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	24	18	9	0	6	0	57
Zugänge	60	238	182	36	277	637	1.430
Umbuchungen	26	128	43	120	63	-414	-34
Abgänge	-87	-268	-140	-120	-269	-18	-902
Währungsumrechnungsdifferenzen	21	11	-1	-3	2	7	37
Stand 31. Dezember 2011/Stand 1. Januar 2012	4.489	4.291	2.479	1.707	2.040	444	15.450
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	2	2	3	0	0	0	7
Zugänge	88	138	160	116	278	613	1.393
Umbuchungen	88	201	52	402	33	-782	-6
Abgänge	-124	-616	-168	-162	-238	-13	-1.321
Währungsumrechnungsdifferenzen	-3	-6	-6	-6	1	1	-19
Stand 31. Dezember 2012	4.540	4.010	2.520	2.057	2.114	263	15.504
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2011	1.918	3.097	1.800	813	1.101	3	8.732
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	18	10	5	0	1	0	34
Abschreibungen	167	226	209	141	205	0	948
Wertminderungen	8	7	2	1	2	0	20
Umbuchungen	-6	-11	0	0	11	0	-6
Zuschreibungen	-4	-1	0	0	0	0	-5
Abgänge	-73	-254	-129	-111	-226	-2	-795
Währungsumrechnungsdifferenzen	15	11	1	-1	3	0	29
Stand 31. Dezember 2011/Stand 1. Januar 2012	2.043	3.085	1.888	843	1.097	1	8.957
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	1	2	0	0	0	4
Abschreibungen	172	241	214	184	206	0	1.017
Wertminderungen	8	1	0	18	0	0	27
Umbuchungen	9	0	3	0	0	0	12
Zuschreibungen	0	-1	0	-9	0	0	-10
Abgänge	-51	-592	-157	-147	-206	0	-1.153
Währungsumrechnungsdifferenzen	-6	-3	-3	-2	1	0	-13
Stand 31. Dezember 2012	2.176	2.732	1.947	887	1.098	1	8.841
Bilanzwert 31. Dezember 2012	2.364	1.278	573	1.170	1.016	262	6.663
Bilanzwert 31. Dezember 2011	2.446	1.206	591	864	943	443	6.493

Aufgrund der Ergebnisse einer durchgeführten Anlageninventur wurden die kumulierten Anschaffungskosten und Abschreibungen um jeweils 296 MIO € berichtigt. Dies hatte weder Auswirkung auf die Bilanzwerte noch auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Unter den geleisteten Anzahlungen werden nur Anzahlungen für Sachanlagen ausgewiesen, wenn im Rahmen eines schwebenden Geschäfts Vorleistungen seitens des Konzerns erbracht wurden. Als Anlagen im Bau sind Sachanlagen aktiviert, für deren Herstellung bereits Kosten aus Eigen- oder Fremdleistung angefallen sind, die bis zum Bilanzstichtag aber noch nicht fertiggestellt wurden.

24.2 Finance Lease

Folgende Vermögenswerte sind im Rahmen eines Finance Lease im Anlagevermögen bilanziert:

MIO €	2011	2012
Grundstücke und Bauten	51	47
Technische Anlagen und Maschinen	6	5
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17	12
Flugzeuge	249	212
Fuhrpark, Transportausstattung	4	4
Finance Lease	327	280

Die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus dem Finance Lease werden unter den Finanzschulden, [Textziffer 43.3](#), dargestellt.

25 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

MIO €	2011	2012
Anschaffungs- oder Herstellungskosten		
Stand 1. Januar	53	61
Umbuchungen	13	-6
Abgänge	-5	-2
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0
Stand 31. Dezember	61	53
Abschreibungen		
Stand 1. Januar	16	21
Umbuchungen	5	-11
Stand 31. Dezember	21	10
Bilanzwert 31. Dezember	40	43

Die auf diese Immobilien entfallenden Mieteinnahmen betragen 3 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €), die Aufwendungen 3 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €). Der beizulegende Zeitwert beträgt 82 MIO € (Vorjahr: 90 MIO €).

26 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	2011	2012
Stand 1. Januar	1.847	44
Zugänge	0	3
Änderungen des anteiligen Eigenkapitals		
Erfolgswirksame Änderungen	60	2
Gewinnausschüttungen	0	-1
Erfolgsneutrale Änderungen	10	0
Wertminderungen	-72	0
Zwischenergebniseliminierung	0	0
Umgliederung in das kurzfristige Vermögen	-1.801	-2
Bilanzwert 31. Dezember	44	46

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen im Wesentlichen Air Hong Kong Ltd., China, Danzas AEI Emirates LLC, Vereinigte Arabische Emirate, Tasman Cargo Airlines Pty. Limited, Australien, sowie Unipost Servicios Generales S.L., Spanien.

Die Zugänge betreffen die Gesellschaften DHL Oman sowie die All you need GmbH, Berlin, die aufgrund der Weiterveräußerungsabsicht im Folgenden in das kurzfristige Vermögen umgliedert wurde, [Textziffern 2 und 35](#).

Die im Vorjahr durchgeführte Umgliederung des Beteiligungsansatzes der Deutsche Postbank AG in Höhe von 1.801 MIO € in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte führte zur Verringerung der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, [Textziffern 3 und 35](#).

Weitere Angaben zu den Wertminderungen finden sich unter [Textziffer 17](#).

Die folgenden Tabellen zeigen eine Zusammenfassung der aggregierten Gewinn- und Verlust-Rechnungen sowie der Bilanzen der assoziierten Unternehmen. Die Werte beziehen sich nicht auf die auf den Konzern Deutsche Post DHL entfallenden Anteile, sondern stellen die Werte auf Basis eines fiktiven Anteilsbesitzes von 100 % dar.

Aggregierte Ergebnisdaten

MIO €	2011	2012
Umsatzerlöse	584	646
Jahresergebnis	4	3

Aggregierte Bilanzdaten

MIO €	2011	2012
Vermögenswerte	513	469
Verbindlichkeiten und Rückstellungen	410	373

27 Langfristige finanzielle Vermögenswerte

MIO €	2011	2012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	172	162
Ausleihungen und Forderungen	428	737
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	94	115
Leasingforderungen	35	25
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	729	1.039

Der Anstieg der Ausleihungen und Forderungen beruht im Wesentlichen auf der geleisteten Beihilfezahlung in Höhe von 298 MIO €, [Textziffer 3](#).

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sind 6 MIO € (Vorjahr: 13 MIO €) Abschreibungen auf langfristige finanzielle Vermögenswerte enthalten, da sie nicht mehr in voller Höhe werthaltig waren. Sie entfielen mit 6 MIO € (Vorjahr: 12 MIO €) auf erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte sowie mit 0 MIO € (Vorjahr: 1 MIO €) auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Die Ausleihungen für Wohnungsbauförderungen sind gegenüber dem am 31. Dezember 2012 geltenden Marktzins für vergleichbare langfristige finanzielle Vermögenswerte mehrheitlich unterverzinslich oder unverzinslich. In der Bilanz werden sie mit einem Barwert von 26 MIO € (Vorjahr: 15 MIO €) erfasst. Der Nominalwert dieser Ausleihungen beträgt 27 MIO € (Vorjahr: 17 MIO €).

Angaben zur Einschränkung der Veräußerbarkeit finden sich unter [Textziffer 47.2](#).

28 Sonstige langfristige Vermögenswerte

MIO €	2011	2012
Pensionsvermögen	453	534
Sonstiges	117	99
Sonstige langfristige Vermögenswerte	570	633

Weitere Informationen zum Pensionsvermögen finden sich unter [Textziffer 41](#).

29 Latente Steuern

MIO €	2011		2012	
	Aktivisch	Passivisch	Aktivisch	Passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	38	224	37	173
Sachanlagen	92	44	93	46
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	22	54	18	59
Sonstiges langfristiges Vermögen	7	49	7	55
Übriges kurzfristiges Vermögen	40	48	38	33
Rückstellungen	269	40	224	56
Finanzschulden	215	75	124	11
Übrige Verbindlichkeiten	115	47	104	45
Steuerliche Verlustvorträge	681	–	861	–
Bruttobetrag	1.479	581	1.506	478
Saldierung	–326	–326	–249	–249
Bilanzansatz	1.153	255	1.257	229

Die latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge entfallen mit 602 MIO € (Vorjahr: 523 MIO €) auf inländische sowie mit 259 MIO € (Vorjahr: 158 MIO €) auf ausländische Verlustvorträge.

Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von rund 11,9 MRD € (Vorjahr: 12,4 MRD €) und auf temporäre Wertdifferenzen von rund 1.772 MIO € (Vorjahr: 2.097 MIO €) wurden keine aktiven

latenten Steuern gebildet, da davon auszugehen ist, dass die steuerlichen Verlustvorträge und temporären Differenzen im Rahmen der steuerlichen Ergebnisplanung wahrscheinlich nicht genutzt werden können.

Der überwiegende Teil der Verlustvorträge entfällt auf die Deutsche Post AG. Diese Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar. Bei ausländischen Gesellschaften verfallen die wesentlichen Verlustvorträge nicht vor dem Jahr 2024.

Für aufgelaufene Ergebnisse in- und ausländischer Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 563 MIO € (Vorjahr: 572 MIO €) keine latenten Steuern gebildet, da es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Fälligkeitsstruktur

MIO €	Kurzfristig	Langfristig	Saldierung	Gesamt
2012				
Aktive latente Steuern	492	1.014	–249	1.257
Passive latente Steuern	125	353	–249	229
2011				
Aktive latente Steuern	571	908	–326	1.153
Passive latente Steuern	326	255	–326	255

30 Vorräte

Festwerte für Postwertzeichen und Ersatzteile in Frachtzentren bestanden in Höhe von 15 MIO € (Vorjahr: 13 MIO €). Wesentliche Wertberichtigungen auf die Vorratsbestände waren nicht erforderlich.

MIO €	2011	2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	170	184
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	28	60
Fertige Erzeugnisse und Waren	55	52
Ersatzteile Flugzeuge	20	25
Geleistete Anzahlungen	0	1
Vorräte	273	322

31 Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

MIO €	2011	2012
Ertragsteueransprüche	239	127
Ertragsteuerverpflichtungen	570	534

Sämtliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind kurzfristig und haben Fälligkeiten von unter einem Jahr.

32 Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte

MIO €	2011	2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.426	6.418
Rechnungsabgrenzungsposten	672	679
Abgegrenzte Umsätze	480	534
Steuerforderungen	586	491
Forderungen gegenüber privaten Postagenturen	8	148
Erträge aus Kostenübernahmen	86	61
Debitorische Kreditoren	39	43
Forderungen aus Schadenersatz (Regressansprüche)	23	25
Forderungen an Mitarbeiter	25	23
Forderungen aus Versicherungsgeschäften	16	20
Forderungen gegenüber Konzernunternehmen	27	7
Forderungen aus Nachnahmen	13	7
Forderungen aus Anlagenverkäufen	29	0
Forderungen an Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.	11	0
Andere Vermögenswerte	648	656
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	9.089	9.112

Die Steuerforderungen betreffen mit 373 MIO € (Vorjahr: 470 MIO €) Umsatzsteuer, mit 68 MIO € (Vorjahr: 71 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 50 MIO € (Vorjahr: 45 MIO €) sonstige Steuerforderungen. In den anderen Vermögenswerten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

35 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Die unter diesen Positionen ausgewiesenen Beträge betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

MIO €	Vermögenswerte		Verbindlichkeiten	
	2011	2012	2011	2012
Deutsche Post AG – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	21	22	0	0
DHL Fashion (France) SAS, Frankreich – Fashion-Logistikgeschäft (Segment SUPPLY CHAIN)	0	13	0	18
Beteiligung an All you need GmbH, Deutschland – (Segment BRIEF)	0	11	0	1
Exel Inc., USA – Immobilien (Segment SUPPLY CHAIN)	3	9	0	0
DHL Logistics (China) Co. Ltd., China – Immobilie (Segment SUPPLY CHAIN)	0	8	0	7
Cargus International S.R.L., Rumänien – Inlandsexpressgeschäft (Segment EXPRESS)	0	7	0	4
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	0	4	0	0
us-Express-Aviation, USA – Flugzeuge (Segment EXPRESS)	4	2	0	0
Beteiligung an Deutsche Postbank AG (Bereich Corporate Center/Anderes)	1.916	0	0	0
Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG, Deutschland – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	15	0	0	0
Sonstiges	2	0	0	0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	1.961	76	0	30

33 Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

MIO €	2011	2012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	8	24
Ausleihungen und Forderungen	215	77
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.234	109
Leasingforderungen	41	42
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	2.498	252

Die Verringerung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte ist bedingt durch die Abwicklung des Verkaufs der Deutsche-Postbank-Aktien und der damit im Zusammenhang stehenden und im Vorjahr unter den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerten ausgewiesenen Put-Option.

Von den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden 24 MIO € (Vorjahr: 8 MIO €) zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Angaben zur Einschränkung der Veräußerbarkeit finden sich unter [Textziffer 47.2](#).

34 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

MIO €	2011	2012
Zahlungsmitteläquivalente	1.914	884
Bankguthaben	751	959
Unterwegs befindliche Gelder	311	441
Kassenbestand	18	13
Sonstige flüssige Mittel	129	103
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.123	2.400

BETEILIGUNG AN DEUTSCHE POSTBANK AG

Der Verkauf der von der Deutsche Post AG gehaltenen Anteile an der Deutsche Postbank AG wurde Ende Februar 2012 vollzogen, **Textziffer 3**. Ende Februar 2011 waren die von der Deutsche Post AG gehaltenen Anteile an der Deutsche Postbank AG in Höhe von 39,5% (86.417.432 Stück) in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte umgegliedert worden. Damit unterlag die Bewertung der Deutsche-Postbank-Beteiligung den Vorschriften des IFRS 5.

Im Vorjahr führte die letztmalige Bewertung des Beteiligungsansatzes vor Umgliederung zu einer Wertminderung in Höhe von 63 MIO €. Diese wurde unter den Abschreibungen auf finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, **Textziffer 17**. Nach Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte im Februar 2011 wurden weitere Wertminderungen in Höhe von 136 MIO € vorgenommen. Gemäß den Vorschriften des IFRS 5.21 ist ein späterer Anstieg des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten der zur Veräußerung bestimmten Beteiligung an der Deutsche Postbank AG als Gewinn zu erfassen, jedoch nur bis zur Höhe des kumulierten Wertminderungsaufwands.

Durch den Anstieg des Postbank-Aktienkurses auf 24,13 € pro Aktie zum Jahresende 2011 wurden alle bisher vorgenommenen Wertberichtigungen in Höhe von 251 MIO € wieder zugeschrieben. Im Eigenkapital waren, auf die Deutsche Postbank AG entfallend, 81 MIO € Erträge aus der Neubewertungsrücklage gemäß IAS 39 sowie 44 MIO € Aufwendungen aus der Währungsumrechnungsrücklage erfasst.

DEUTSCHE POST DHL CORPORATE REAL ESTATE MANAGEMENT GMBH & CO. LOGISTIKZENTREN KG

Die zum Verkauf stehenden Immobilienobjekte der Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG (vormals: Deutsche Post Immobilienentwicklung Grundstücksgesellschaft), Deutschland, wurden aufgrund fehlender Nachfrage in das langfristige Vermögen zurückgegliedert.

ALL YOU NEED GMBH

Die All you need GmbH, Deutschland, wurde im Geschäftsjahr 2012 von der Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH mit der Absicht der Weiterveräußerung erworben, **Textziffer 2**. Gemäß IFRS 5.39 wird auf eine Angabe der Hauptgruppen der Vermögenswerte und Schulden verzichtet. Da sich bisher weder Anpassungen aus der Folgebewertung ergeben haben noch ein Ergebnis aus der geplanten Veräußerung realisiert wurde, ist die Darstellung eines Postens „Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen“ nicht erforderlich.

DHL LOGISTICS CHINA CO. LTD.

DHL Logistics China Co. Ltd., China, plant den Verkauf eines Lagerhauses sowie die Übertragung der damit im Zusammenhang stehenden Finanzschuld in Höhe von 7 MIO €.

CARGUS INTERNATIONAL S. R. L.

Seit Mitte Oktober 2012 besteht eine Veräußerungsabsicht für das Inlandsexpressgeschäft in Rumänien. Der Abschluss der Transaktion wird im ersten Quartal 2013 erwartet. Die Vermögenswerte und Schulden der betroffenen Gesellschaft wurden gemäß IFRS 5 in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden umgegliedert. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung führte zu keiner Wertminderung.

Cargus International S.R.L. – Inlandsgeschäft

MIO €	31. Dez. 2012
AKTIVA	
Langfristige Vermögenswerte	2
Kurzfristige Vermögenswerte	3
Flüssige Mittel	2
Summe AKTIVA	7
PASSIVA	
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	4
Summe PASSIVA	4

DHL FASHION (FRANCE) SAS

Deutsche Post DHL beabsichtigt den Verkauf des Fashion-Logistikgeschäfts der DHL Fashion (France) SAS, Frankreich. Die Vermögenswerte und Schulden des betroffenen Bereichs wurden gemäß IFRS 5 in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden umgegliedert. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung führte zu einer Wertminderung in Höhe von 1 MIO €, die in den Abschreibungen erfasst wurde.

DHL Fashion (France) SAS – Fashion-Logistikgeschäft

MIO €	31. Dez. 2012
AKTIVA	
Langfristige Vermögenswerte	0
Kurzfristige Vermögenswerte	13
Flüssige Mittel	0
Summe AKTIVA	13
PASSIVA	
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	3
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	15
Summe PASSIVA	18

36 Gezeichnetes Kapital

36.1 Anteilsverhältnisse

Anfang September 2012 hat die KfW Bankengruppe (KfW), **Textziffer 52.1**, ein Aktienpaket von 5 % an der Deutsche Post AG am Markt platziert. Mit der Platzierung verringerte sich der von der KfW gehaltene Anteil am Grundkapital der Deutsche Post AG von 30,5 % auf 25,5 %, der restliche Aktienbestand in Höhe von 74,5 % befindet sich im Streubesitz. Die KfW hält die Anteilscheine treuhänderisch für den Bund.

Anteilsbesitz zum 31. Dezember

Stück		
	2011	2012
KfW	368.277.358	308.277.358
Streubesitz	840.738.516	900.738.516
Anteilsverhältnisse zum 31. Dezember	1.209.015.874	1.209.015.874

36.2 Gezeichnetes Kapital und Erwerb eigener Anteile

Das gezeichnete Kapital beträgt 1.209 MIO €. Es besteht aus 1.209.015.874 auf den Namen lautenden Stückaktien (Stammaktien) mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 € und ist voll eingezahlt.

Entwicklung gezeichnetes Kapital

€		
	2011	2012
Stand 1. Januar	1.209.015.874	1.209.015.874
Erwerb eigener Anteile	-1.676.178	-1.770.503
Ausgabe eigener Anteile	1.676.178	1.770.503
Stand 31. Dezember	1.209.015.874	1.209.015.874

Für die Bedienung der Tranche 2011 des Bonusprogramms für Führungskräfte (Share Matching Scheme) erwarb die Deutsche Post AG in mehreren Transaktionen 1,8 MIO Aktien zu einem Gesamtpreis von 26 MIO € einschließlich Anschaffungsnebenkosten. Darüber hinaus wurden noch 2.082 Aktien erworben und an Personen ausgegeben, die den Konzern zwischenzeitlich verlassen haben. Dementsprechend reduzierte sich das gezeichnete Kapital um den Nennwert der erworbenen Aktien. Der Kaufpreis je Aktie betrug durchschnittlich 14,42 €. Mit Ausgabe der Aktien an die Führungskräfte erhöhte sich das gezeichnete Kapital wieder.

Der Nennbetrag der eigenen Anteile wird mit dem gezeichneten Kapital und der Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und ausgewiesenem Wert der eigenen Anteile mit der Gewinnrücklage verrechnet.

Die Entwicklung der eigenen Anteile ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung enthalten.

Genehmigtes/Bedingtes Kapital zum 31. Dezember 2012

	Betrag	
	MIO €	Zweck
Genehmigtes Kapital 2009	240	Erhöhung Grundkapital gegen Bar-/Sacheinlage (bis 20. April 2014)
Bedingtes Kapital 2011	75	Ausgabe von Options-/Wandlungsrechten (24. Mai 2016)

Genehmigtes Kapital 2009

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 21. April 2009 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 20. April 2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 240 MIO auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand hat diese Ermächtigung bisher nicht in Anspruch genommen.

Bedingtes Kapital 2011

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 24. Mai 2016 ein- oder mehrmals Options-, Wandel- und/oder Gewinnschuldverschreibungen sowie Genussrechte unter Einschluss von Kombinationen dieser Instrumente im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 MRD € auszugeben und dabei Options- oder Wandlungsrechte auf bis zu 75 MIO Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 75 MIO € zu gewähren. Das Grundkapital ist um bis zu 75 MIO € bedingt erhöht.

Auf Grundlage dieser Ermächtigung hat die Deutsche Post AG am 6. Dezember 2012 eine Wandelanleihe in Höhe von 1 MRD € begeben, die das Recht zur Wandlung in bis zu 48 MIO Aktien der Deutsche Post AG verbrieft. Mit der Emission wurde diese Ermächtigung vollständig in Anspruch genommen.

36.3 Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 28. April 2010 ermächtigt, bis zum 27. April 2015 eigene Aktien von bis zu 10 % des bei Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung sieht vor, dass der Vorstand sie zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck ausüben kann, insbesondere zur Verfolgung der im Beschluss der Hauptversammlung genannten Ziele.

Auf der Hauptversammlung vom 9. Mai 2012 erfolgte eine Ergänzung zur Ermächtigung zum Erwerb eigener Anteile. Künftig sollen die eigenen Aktien, die auf der Grundlage der Ermächtigung erworben werden, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch zur Einführung an einer Börse im Ausland verwendet werden können.

Weiterhin ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien auch unter Einsatz von Derivaten zu erwerben.

Am 31. Dezember 2012 hielt die Deutsche Post AG wie zum Vorjahresstichtag keine eigenen Aktien.

36.4 Angaben zum unternehmerischen Kapital

Im Geschäftsjahr 2012 lag die Eigenkapitalquote bei 35,6 % (Vorjahr: 29,2 %). Die Kontrolle des unternehmerischen Kapitals erfolgt über die Net Gearing Ratio, die definiert ist als Nettofinanzverschuldung dividiert durch das Gesamtkapital, wobei dies der Summe aus Eigenkapital und Nettofinanzverschuldung entspricht. Im Vorjahr war aufgrund der vorhandenen Nettoliquidität die Aussagekraft der Kennzahl eingeschränkt, sodass auf eine Darstellung verzichtet wurde.

Unternehmerisches Kapital

MIO €	
	2012
Gesamte Finanzschulden	4.776
Abzüglich flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.400
Abzüglich kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	252
Abzüglich Long-term Deposits	57
Abzüglich langfristige derivative Finanzinstrumente	115
Nettofinanzverschuldung	1.952
Zuzüglich gesamtes Eigenkapital	12.164
Gesamtkapital	14.116
Net Gearing Ratio (%)	13,8

37 Andere Rücklagen

MIO €		
	2011	2012
Kapitalrücklage	2.170	2.254
IAS-39-Neubewertungsrücklage	90	-1
IAS-39-Hedge-Rücklage	-34	-7
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	5	3
Währungsumrechnungsrücklage	-517	-463
Andere Rücklagen	1.714	1.786

37.1 Kapitalrücklage

MIO €		
	2011	2012
Kapitalrücklage zum 1. Januar	2.158	2.170
Share Matching Scheme		
Zuführung/Ausgabe der Rechte am Share Matching Scheme		
Tranche 2009	3	2
Tranche 2010	17	4
Tranche 2011	13	18
Tranche 2012	0	10
Ausübung der Rechte am Share Matching Scheme		
Tranche 2010	-21	0
Tranche 2011	0	-24
Wandlungsrecht	12	10
Wandlungsrecht	0	74
Kapitalrücklage zum 31. Dezember	2.170	2.254

Für die verschiedenen Tranchen des Share Matching Scheme wurde bis zum 31. Dezember 2012 ein Betrag in Höhe von 34 MIO € (31. Dezember 2011: 33 MIO €) der Kapitalrücklage zugeführt.

Mit Ausübung der Rechte an Aktien der Tranche 2011 im April 2012 verringerte sich die Kapitalrücklage durch die entsprechende Ausgabe eigener Anteile an die Führungskräfte um 24 MIO € (Vorjahr: 21 MIO € für Tranche 2010).

Mit der Begebung der Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wird das Wandlungsrecht in der Kapitalrücklage ausgewiesen, [Textziffer 3](#).

37.2 IAS-39-Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutral berücksichtigten Auf- und Abwertungen aus Zeitwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“. Die erfolgswirksame Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei wesentlichem oder dauerhaftem Absinken des Marktwerts unter die Anschaffungskosten.

MIO €		
	2011	2012
Stand 1. Januar	87	93
Währungsumrechnungsdifferenzen	1	0
Nicht realisierte Gewinne/Verluste	-8	-12
Anteil assoziierter Unternehmen	13	-81
Realisierte Gewinne/Verluste	0	0
Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember vor Steuern	93	0
Latente Steuern	-3	-1
Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember nach Steuern	90	-1

37.3 IAS-39-Hedge-Rücklage

Die Hedge-Rücklage wird um den effektiven Teil des Sicherungsgeschäftes eines Cashflow Hedge angepasst. Bei Abwicklung des Grundgeschäftes wird die Hedge-Rücklage erfolgswirksam aufgelöst.

MIO €		
	2011	2012
Stand 1. Januar	-36	-39
Zugänge	-4	-29
Abgänge in Bilanz (Basis-Adjustment)	0	6
Abgänge in Gewinn-und-Verlust-Rechnung	1	59
Hedge-Rücklage zum 31. Dezember vor Steuern	-39	-3
Latente Steuern	5	-4
Hedge-Rücklage zum 31. Dezember nach Steuern	-34	-7

Die Veränderung der Hedge-Rücklage ergibt sich im Wesentlichen aus der Vereinnahmung bisher unrealisierter Gewinne und Verluste aus der Absicherung künftiger operativer Fremdwährungstransaktionen. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 60 MIO € unrealisierte Verluste und 1 MIO € unrealisierte Gewinne aus der Hedge-Rücklage ergebniswirksam im operativen Ergebnis im sonstigen betrieblichen Aufwand (Vorjahr: 10 MIO € unrealisierte Verluste und 8 MIO € unrealisierte Gewinne im operativen Ergebnis) erfasst. Abgänge ins Finanzergebnis sind wie für das Vorjahr für das Geschäftsjahr 2012 nicht zu zeigen. Weiterhin erfolgten Anpassungsbuchungen (Basis-Adjustments) aus Sicherungstransaktionen in Höhe von 6 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €), die im Zusammenhang mit der Anschaffung langfristiger nichtfinanzieller Vermögenswerte stehen. Auf die Hedge-Rücklage sind latente Steuern gebildet worden.

37.4 IFRS-3-Neubewertungsrücklage

MIO €	2011	2012
Stand 1. Januar	6	5
Erfolgsneutrale Veränderungen	-1	-2
IFRS-3-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember	5	3

Die IFRS-3-Neubewertungsrücklage enthält die aus der Kaufpreisallokation entstandenen stillen Reserven der DHL Logistics Co. Ltd., China. Sie beziehen sich auf die in dem zuvor gehaltenen 50%-Anteil enthaltenen Kundenbeziehungen sowie auf Anpassungen auf latente Steuern.

37.5 Währungsumrechnungsrücklage

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

MIO €	2011	2012
Stand 1. Januar	-682	-517
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	-2
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	191	9
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	-26	47
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-517	-463

38 Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten neben den in der Vergangenheit erzielten Konzernergebnissen, soweit sie nicht ausgeschüttet wurden, auch die Effekte aus Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen. Zur Entwicklung der Rücklagen im Geschäftsjahr siehe auch die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

MIO €	2011	2012
Stand 1. Januar	7.767	8.086
Dividendenzahlung	-786	-846
Konzernjahresergebnis	1.163	1.658
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	-59	58
Übrige Veränderung	1	0
Gewinnrücklagen zum 31. Dezember	8.086	8.956

Die Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen beinhalten im Wesentlichen sowohl den im November 2012 stattgefundenen Verkauf von 6,03 Prozentanteilen an der zuvor mit 81,03% gehaltenen Blue Dart Express Limited, Indien, als auch den Erwerb der Restanteile von 24% an der DHL Logistics Private Limited (ehemals: DHL Lemuir Logistics Private Limited), Indien. Anfang April 2012 erfolgten der Übergang der Anteile und die Zahlung des Kaufpreises.

In den Gewinnrücklagen ist die Rücklage für eigene Anteile enthalten. Sie entwickelte sich wie folgt:

MIO €	2011	2012
Stand 1. Januar	-1	-1
Erwerb eigener Anteile	-20	-24
Ausgabe eigener Anteile	20	22
Rücklage für eigene Anteile zum 31. Dezember	-1	-3

Die Entwicklung der eigenen Anteile ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung enthalten.

39 Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital

Das den Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnende Eigenkapital im Geschäftsjahr 2012 beträgt 11.951 MIO € (Vorjahr: 11.009 MIO €).

Ausschüttungen

Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Deutsche Post AG ist der Bilanzgewinn der Deutsche Post AG in Höhe von 1.314 MIO € nach deutschem Handelsrecht maßgeblich. Der nach Abzug der geplanten Dividendensumme von 846 MIO € (entspricht 0,70 € pro Aktie) verbleibende Betrag von 468 MIO € soll vorgetragen werden.

	Ausschüttungsbetrag MIO €	Dividende je Aktie €
Ausschüttung im Geschäftsjahr 2012 für das Jahr 2011	846	0,70
Ausschüttung im Geschäftsjahr 2011 für das Jahr 2010	786	0,65

Die Dividende unterliegt bei den in Deutschland ansässigen Aktionären nicht der Besteuerung. Von der Ausschüttung wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten.

40 Nicht beherrschende Anteile

Dieser Bilanzposten beinhaltet Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter am konsolidierungspflichtigen Kapital aus der Kapitalkonsolidierung sowie die ihnen zustehenden Gewinne und Verluste. Die Anteile entfallen im Wesentlichen auf folgende Unternehmen:

MIO €	2011	2012
DHL Sinotrans International Air Courier Ltd., China	86	107
Blue Dart Express Limited, Indien	19	29
Tradeteam Limited, Großbritannien	12	13
DHL Logistics Private Limited, Indien	17	0
Andere Unternehmen	56	64
Nicht beherrschende Anteile	190	213

Die Restanteile (24 %) an der DHL Logistics Private Limited (ehemals: DHL Lemuir Logistics Private Limited), Indien, wurden Anfang April 2012 erworben.

Das auf die nicht beherrschenden Anteile entfallende sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Währungsumrechnungsrücklage. Die Entwicklung wird in der folgenden Tabelle gezeigt.

MIO €	2011	2012
Stand 1. Januar	-3	-5
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	2
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	-2	-2
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	0	0
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-5	-5

41 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die nachstehenden Angaben über die Pensionsverpflichtungen gliedern sich grundsätzlich nach den Bereichen Deutschland, Großbritannien sowie Sonstige.

41.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Bereichen

MIO €	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2012				
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.105	117	220	2.442
Pensionsvermögen	0	325	209	534
Nettopensionsrückstellungen	2.105	-208	11	1.908
31. Dezember 2011				
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.096	140	209	4.445
Pensionsvermögen	0	266	187	453
Nettopensionsrückstellungen	4.096	-126	22	3.992

41.2 Versicherungsmathematische Parameter

Der Großteil der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns bezieht sich auf Versorgungssysteme in Deutschland und Großbritannien. Darüber hinaus werden signifikante Versorgungssysteme in Ländern des restlichen Euroraums, der Schweiz und den USA angeboten. Die versicherungsmathematische Bewertung wesentlicher Pensionspläne erfolgte auf Basis der folgenden Parameter:

%	Deutschland	Großbritannien	Restlicher Euroraum	Schweiz	USA
31. Dezember 2012					
Abzinsungssatz	3,70	4,50	3,70	1,75	4,00
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrates	2,50	3,50	2,12	2,25	–
Erwartete Inflationsrate	2,00	3,00	2,00	1,25	–
31. Dezember 2011					
Abzinsungssatz	4,75	4,75	4,75	2,50	4,75
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrates	2,50	3,49	2,15	2,75	–
Erwartete Inflationsrate	2,00	3,00	2,00	1,50	–

Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert auf den Richttafeln 2005 G, herausgegeben von Klaus Heubeck. Für die britischen Pensionspläne wurden die Sterblichkeitsraten angesetzt, die für die letzte sogenannte Funding Valuation verwendet wurden. Diese beruhen auf planspezifischen Analysen der Sterblichkeit und beinhalten einen Zuschlag für eine erwartete Zunahme der Lebenserwartung in der Zukunft. In den anderen Ländern wurden landesspezifische Sterbetafeln verwendet.

41.3 Ermittlung des Periodenaufwands

Zur Ermittlung des Periodenaufwands wurde folgender durchschnittlich erwarteter Ertrag aus Planvermögen verwendet:

%	Deutschland	Großbritannien	Restlicher Euroraum	Schweiz	USA
1. Januar 2012					
Durchschnittlich erwarteter Ertrag aus Planvermögen	3,72	5,81	5,65	4,00	6,50
1. Januar 2011					
Durchschnittlich erwarteter Ertrag aus Planvermögen	4,15	6,25	5,69	4,25	7,00

Der durchschnittlich erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis langfristiger Erträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarkttrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

41.4 Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Pensionsrückstellung

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2012				
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	8.317	4.107	1.807	14.231
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	291	9	217	517
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	8.608	4.116	2.024	14.748
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-4.129	-3.936	-1.693	-9.758
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-2.374	-388	-320	-3.082
Nicht realisierter, nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0	0	0
Vermögensanpassung aufgrund Vermögensobergrenze	0	0	0	0
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	2.105	-208	11	1.908
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	325	209	534
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	2.105	117	220	2.442
2011				
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	4.097	3.943	1.640	9.680
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	3.377	8	192	3.577
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	7.474	3.951	1.832	13.257
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-2.106	-3.714	-1.549	-7.369
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-1.272	-364	-262	-1.898
Nicht realisierter, nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0	0	0
Vermögensanpassung aufgrund Vermögensobergrenze	0	1	1	2
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.096	-126	22	3.992
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	266	187	453
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.096	140	209	4.445

41.5 Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung

MIO €	2012			Gesamt
	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	
2012				
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	7.474	3.951	1.832	13.257
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	88	32	36	156
Arbeitnehmerbeiträge	9	13	15	37
Zinsaufwand	357	191	74	622
Rentenzahlungen	-480	-179	-80	-739
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0	1	1
Plankürzungen	0	0	-1	-1
Planabgeltungen	0	0	0	0
Transfers/Vermögensüberträge	1	0	4	5
Akquisitionen/Desinvestitionen	2	0	0	2
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	1.157	12	145	1.314
Währungseffekte	0	96	-2	94
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	8.608	4.116	2.024	14.748
2011				
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	7.275	3.302	1.772	12.349
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	79	28	35	142
Arbeitnehmerbeiträge	9	14	15	38
Zinsaufwand	356	177	76	609
Rentenzahlungen	-481	-168	-83	-732
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	13	0	-1	12
Plankürzungen	0	0	-7	-7
Planabgeltungen	0	-9	-11	-20
Transfers/Vermögensüberträge	0	2	0	2
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	3	0	3
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	223	469	15	707
Währungseffekte	0	133	21	154
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	7.474	3.951	1.832	13.257

41.6 Entwicklung des Planvermögens

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2012				
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	2.106	3.714	1.549	7.369
Arbeitgeberbeiträge	2.122	93	43	2.258
Arbeitnehmerbeiträge	0	13	15	28
Erwartete Erträge aus Planvermögen	79	215	81	375
Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	22	-11	78	89
Rentenzahlungen	-196	-178	-71	-445
Transfers	-4	0	3	-1
Akquisitionen	0	0	0	0
Planabgeltungen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	90	-5	85
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	4.129	3.936	1.693	9.758
2011				
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	2.122	3.378	1.519	7.019
Arbeitgeberbeiträge	160	85	39	284
Arbeitnehmerbeiträge	0	14	15	29
Erwartete Erträge aus Planvermögen	89	200	80	369
Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-65	86	-38	-17
Rentenzahlungen	-202	-167	-74	-443
Transfers	2	2	0	4
Akquisitionen	0	4	0	4
Planabgeltungen	0	-9	-11	-20
Währungseffekte	0	121	19	140
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.106	3.714	1.549	7.369

Das Planvermögen besteht aus festverzinslichen Wertpapieren (35 %; Vorjahr: 45 %), Aktien und Investmentfonds (16 %; Vorjahr: 18 %), Immobilien (13 %; Vorjahr: 17 %), liquiden Mitteln (25 %; Vorjahr: 6 %), Versicherungsverträgen (3 %; Vorjahr: 4 %) und anderen Vermögenswerten (8 %; Vorjahr: 10 %). Die anderen Vermögenswerte enthalten im Wesentlichen alternative Anlageformen.

Der Anstieg des Anteils der liquiden Mittel sowie eine daraus resultierende Verschiebung der Gewichte der anderen Asset-Klassen stehen im Zusammenhang mit einer Dotierung in Deutschland in Höhe von ca. 2 MRD €, die im Dezember 2012 stattfand. Diese Gelder waren zum Jahresende ausschließlich in Geldmarktfonds investiert.

Von den Immobilien werden 77 % (Vorjahr: 79 %) mit einem Zeitwert von 995 MIO € (Vorjahr: 1.011 MIO €) durch die Deutsche Post AG selbst genutzt.

41.7 Finanzierungsstand

MIO €	2008 Gesamt	2009 Gesamt	2010 Gesamt	2011 Gesamt	2012 Gesamt
Barwert der Verpflichtungen am 31. Dezember	12.246	11.664	12.349	13.257	14.748
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-6.235	-6.472	-7.019	-7.369	-9.758
Finanzierungsstand¹	6.011	5.192	5.330	5.888	4.990

¹ Der Finanzierungsstand wird bis zum Geschäftsjahr 2008 inklusive der Werte der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen.

41.8 Gewinne und Verluste

MIO €	2008	2009	2010	2011	2012
	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	-632	509	475	352	464
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	415	335	374	369	375
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen¹	-1.047	174	101	-17	89

¹ Die erfahrungsbedingten Gewinne und Verluste aus Planvermögen werden bis zum Geschäftsjahr 2008 inklusive der Werte der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen.

MIO €	2008	2009	2010	2011	2012
	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	11	61	50	-29	121
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	635	-561	-455	-678	-1.435
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen¹	646	-500	-405	-707	-1.314

¹ Die gesamten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen werden bis zum Geschäftsjahr 2008 inklusive der Werte der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen.

41.9 Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen

MIO €	2012			Gesamt
	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	
2012				
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.096	-126	22	3.992
Pensionsaufwand	399	15	37	451
Rentenzahlungen	-284	-1	-9	-294
Arbeitgeberbeiträge	-2.122	-93	-43	-2.258
Arbeitnehmerbeiträge	9	0	0	9
Akquisitionen/Desinvestitionen	2	0	0	2
Transfers	5	0	1	6
Währungseffekte	0	-3	3	0
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	2.105	-208	11	1.908
2011				
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.150	-39	27	4.138
Pensionsaufwand	377	3	46	426
Rentenzahlungen	-279	-1	-9	-289
Arbeitgeberbeiträge	-160	-85	-39	-284
Arbeitnehmerbeiträge	9	0	0	9
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	-1	0	-1
Transfers	-1	0	0	-1
Währungseffekte	0	-3	-3	-6
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.096	-126	22	3.992

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2013 Zahlungen in Höhe von 479 MIO € erwartet. Hiervon entfallen 228 MIO € auf direkte erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens und 251 MIO € auf erwartete Arbeitgeberbeiträge an Pensionsfonds.

41.10 Pensionsaufwand

MIO €	2012			Gesamt
	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	
2012				
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	88	32	36	156
Zinsaufwand	357	191	74	622
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-79	-215	-81	-375
Realisierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0	1	1
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	33	7	8	48
Auswirkungen von Plankürzungen	0	0	-1	-1
Auswirkungen von Planabgeltungen	0	0	1	1
Auswirkungen der Vermögensobergrenze	0	0	-1	-1
Pensionsaufwand	399	15	37	451
2011				
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	79	28	35	142
Zinsaufwand	356	177	76	609
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-89	-200	-80	-369
Realisierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	13	0	-1	12
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	18	-2	24	40
Auswirkungen von Plankürzungen	0	0	-6	-6
Auswirkungen von Planabgeltungen	0	0	3	3
Auswirkungen der Vermögensobergrenze	0	0	-5	-5
Pensionsaufwand	377	3	46	426

Vom gesamten Pensionsaufwand sind im Jahr 2012 im Personalaufwand 204 MIO € (Vorjahr: 186 MIO €) und im sonstigen Finanzergebnis 247 MIO € (Vorjahr: 240 MIO €) enthalten.

42 Sonstige Rückstellungen

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Sonstige Personalleistungen ¹	792	856	274	253	1.066	1.109
Restrukturierungsrückstellungen	603	383	328	298	931	681
Versicherungstechnische Rückstellungen	398	397	190	194	588	591
Postwertzeichen	0	0	450	450	450	450
Steuerrückstellungen ¹	0	0	384	127	384	127
Übrige Rückstellungen ¹	381	336	508	341	889	677
	2.174	1.972	2.134	1.663	4.308	3.635

¹ Die übrigen Rückstellungen, sonstigen Personalleistungen und Steuerrückstellungen wurden neu strukturiert. Personalbezogene Bestandteile wurden aus den übrigen Rückstellungen in die sonstigen Personalleistungen umgegliedert. Die Steuerrückstellungen, die bisher in den übrigen Rückstellungen enthalten waren, wurden separiert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

42.1 Entwicklung sonstige Rückstellungen

MIO €	Sonstige Personalleistungen	Restrukturierungsrückstellungen	Versicherungstechnische Rückstellungen	Postwertzeichen	Steuerrückstellungen	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2012 ¹	1.066	931	588	450	384	889	4.308
Änderung Konsolidierungskreis	0	-1	0	0	-1	-2	-4
Verbrauch	-590	-218	-68	-450	-282	-384	-1.992
Währungsumrechnungsdifferenz	-5	-9	1	0	-1	-1	-15
Auflösung	-30	-180	-30	0	-32	-124	-396
Aufzinsung/Änderungen des Zinssatzes	37	18	24	0	0	24	103
Umgliederung	19	0	0	0	-4	-14	1
Zuführung	612	140	76	450	63	289	1.630
Stand 31. Dezember 2012	1.109	681	591	450	127	677	3.635

¹ Die übrigen Rückstellungen, sonstigen Personalleistungen und Steuerrückstellungen wurden neu strukturiert. Personalbezogene Bestandteile wurden aus den übrigen Rückstellungen in die sonstigen Personalleistungen umgegliedert. Die Steuerrückstellungen, die bisher in den übrigen Rückstellungen enthalten waren, wurden separiert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

In der Rückstellung „Sonstige Personalleistungen“ sind im Wesentlichen Aufwendungen für die Personalreduzierung (Abfindungen, Überbrückungsgelder, Altersteilzeit etc.) passiviert.

Die Restrukturierungsrückstellungen umfassen sämtliche Aufwendungen, die aus den Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb des us-Expressbereichs sowie auch aus dem übrigen Konzern resultieren. Diese betreffen Maßnahmen, die im Wesentlichen auf Leistungsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Altersteilzeitprogramme, Überbrückungsgelder) sowie Aufwendungen für die Schließung von z. B. Terminals beruhen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten überwiegend Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen, nähere Angaben finden sich unter [Textziffer 6](#).

Die Rückstellung für Postwertzeichen beinhaltet offene Leistungsverpflichtungen gegenüber den Kunden für Brief- und Paketzustellungen aus verkauften, aber vom Kunden noch vorgehaltenen Postwertzeichen und basiert auf Untersuchungen von Marktforschungsunternehmen. Sie wird zum Nominalwert der ausgegebenen Wertzeichen bewertet.

Die Steuerrückstellungen enthalten mit 28 MIO € (Vorjahr: 264 MIO €) Umsatzsteuer, mit 6 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 93 MIO € (Vorjahr: 116 MIO €) sonstige Steuerrückstellungen.

42.2 Übrige Rückstellungen

MIO €	2011	2012
Prozesskosten	134	115
Risiken aus Geschäftstätigkeit	137	104
Flugzeuginstandhaltung	35	43
Sonstige übrige Rückstellungen	583	415
Übrige Rückstellungen¹	889	677

¹ Die übrigen Rückstellungen wurden neu strukturiert. Personalbezogene Bestandteile wurden aus den übrigen Rückstellungen in die sonstigen Personalleistungen umgegliedert. Die Steuerrückstellungen, die bisher in den übrigen Rückstellungen enthalten waren, wurden separiert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

In den sonstigen übrigen Rückstellungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

42.3 Fälligkeitsstruktur

Die Fälligkeitsstruktur zu den im Geschäftsjahr 2012 bilanzierten Rückstellungen zeigt sich wie folgt:

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt
2012							
Sonstige Personalleistungen	253	291	168	119	81	197	1.109
Restrukturierungsrückstellungen	298	260	16	13	13	81	681
Versicherungstechnische Rückstellungen	194	168	78	48	32	71	591
Postwertzeichen	450	0	0	0	0	0	450
Steuerrückstellungen	127	0	0	0	0	0	127
Übrige Rückstellungen	341	110	63	30	20	113	677
	1.663	829	325	210	146	462	3.635

43 Finanzschulden

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Anleihen	963	4.109	696	0	1.659	4.109
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	2	157	135	163	137
Verbindlichkeiten aus Finance Lease	148	123	27	26	175	149
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	65	65	37	28	102	93
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	11	8	126	109	137	117
Sonstige Finanzschulden	173	106	4.601	105	4.774	211
Finanzschulden	1.366	4.413	5.644	403	7.010	4.816

43.1 Anleihen

Weitere Angaben zu den wesentlichen Anleihen enthält die folgende Tabelle. Die Anleihen der Deutsche Post Finance B. V. sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

Wesentliche Anleihen

	Nominalzins	Nominalvolumen	Emittent	2011		2012	
				Buchwert MIO €	Zeitwert MIO €	Buchwert MIO €	Zeitwert MIO €
Anleihe 2002/2012	5,125 %	679 MIO €	Deutsche Post Finance B. V.	696	698	0	0
Anleihe 2003/2014	4,875 %	926 MIO €	Deutsche Post Finance B. V.	948	984	942	969
Anleihe 2012/2017	1,875 %	750 MIO €	Deutsche Post Finance B. V.	–	–	744	775
Anleihe 2012/2022	2,950 %	500 MIO €	Deutsche Post Finance B. V.	–	–	496	525
Anleihe 2012/2020	1,875 %	300 MIO €	Deutsche Post AG	–	–	296	302
Anleihe 2012/2024	2,875 %	700 MIO €	Deutsche Post AG	–	–	696	711
Wandelanleihe 2012/2019 ¹	0,600 %	1 MRD €	Deutsche Post AG	–	–	920	929

¹ Es handelt sich hierbei um die Fremdkapitalkomponente der Wandelanleihe, die Eigenkapitalkomponente wird unter der Kapitalrücklage ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Wandelanleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.049 MIO €.

Im Juni 2012 wurden zwei neue Anleihen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von nominal 1,25 MRD € im Rahmen des Debt Issuance Programme (DIP) am Markt platziert. Die Anleihen werden am 27. Juni 2017 bzw. 2022 fällig.

Am 11. Dezember 2012 wurden zwei weitere klassische Anleihen emittiert. Beide Anleihen werden am 11. Dezember 2020 bzw. 2024 fällig. Die Anleihen werden zum Fair Value unter Berücksichtigung der Transaktionskosten passiviert. In den Folgejahren sind sie zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Die Anpassungen erfolgen mittels der Effektivzinsmethode.

Die Wandelanleihe mit einem Volumen von 1 MRD € wurde am 6. Dezember 2012 emittiert. Sie ist mit einem Wandlungsrecht ausgestattet, das die Inhaber berechtigt, eine Wandlung der Schuldtitel in eine vorab spezifizierte Anzahl von Aktien der Deutsche Post AG vorzunehmen. Das Wandlungsrecht ist vom 16. Januar 2013 bis 21. November 2019 ausübbar. Der Wandlungspreis beträgt bei Ausgabe 20,74 €. Daneben wurde der Deutsche Post AG eine Call-Option eingeräumt, mit dem Recht, die Anleihe vorzeitig zum Nominalbetrag zuzüglich der aufgelaufenen Stückkosten zu kündigen. Aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung ist die Wandel-

anleihe in eine Fremdkapitalkomponente und eine Eigenkapitalkomponente aufzuteilen. Der gemäß IFRS 32.31 ermittelte Wert der Fremdkapitalkomponente am Ausgabetag, unter Berücksichtigung der Transaktionskosten und der eingeräumten Call-Option, beträgt 920 MIO €. Der Buchwert der Anleihe ist in den Folgejahren erfolgswirksam mittels der Effektivzinsmethode auf den Ausgabebetrag anzupassen.

43.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die angegebenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

MIO €	2011	2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	163	137

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen kurzfristige Kontokorrentkredite gegenüber verschiedenen Banken.

43.3 Verbindlichkeiten aus Finance Lease

Die Verbindlichkeiten aus Finance Lease betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

	Leasingpartner	Zinssatz	Laufzeitende	Objekt	2011 Buchwert MIO €	2012 Buchwert MIO €
DHL Express (US) Inc., USA	Wachovia Financial Services; Wells Fargo	6,74 %	2019/2022	Sortiersystem- Software	36	34
scm Supply Chain Management Inc., Kanada	Bank of Nova Scotia	variabel	2012/2013	Warehouse, Büro- ausstattung	22	12
DHL Express (Austria) GmbH, Österreich	Raiffeisen Impuls Immobilien GmbH	3,62 %	2019	Immobilien	10	11
Deutsche Post AG, Deutschland	r-Systems International GmbH, Deutschland	6,5 %	2015	IT-Ausstattung	10	7
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland	Lorac Investment Management Sarl	6,0 %	2016	Immobilien	9	6

Die Leasinggegenstände sind mit Buchwerten in Höhe von 280 MIO € (Vorjahr: 327 MIO €) in den Sachanlagen ausgewiesen. Die Abweichung zwischen den Buchwerten der Vermögenswerte und den Verbindlichkeiten resultiert aus der längeren wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte gegenüber dem kürzeren Rückzahlungszeitraum der Leasingraten sowie Sonderregelungen von Leasingverpflichtungen. Der Nominalwert der Mindestleasingzahlungen beträgt 165 MIO € (Vorjahr: 198 MIO €).

Fälligkeitsstruktur

MIO €	Barwert (Verbindlichkeiten aus Finance Lease)		Mindestleasingzahlungen Nominalwert	
	2011	2012	2011	2012
Bis 1 Jahr	27	26	35	33
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	70	56	77	62
Über 5 Jahre	78	67	86	70
Gesamt	175	149	198	165

43.4 Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die unter dieser Position ausgewiesenen Beträge betreffen die negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente.

MIO €	2011	2012
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	137	117

43.5 Sonstige Finanzschulden

MIO €		2011	2012
Pflichtumtauschleihe (aufgezinst)	Deutsche Post AG	2.926	0
Sonstige Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Verkauf Deutsche-Postbank-Aktien	Deutsche Post AG	1.418	0
Übrige Finanzschulden	Sonstige Konzerngesellschaften	430	211
Sonstige Finanzschulden		4.774	211

Die Verringerung der sonstigen Finanzschulden steht im Zusammenhang mit der Abwicklung des Verkaufs von Deutsche-Postbank-Aktien. Die aus dem Vertrag resultierenden Verpflichtungen waren im Vorjahr unter den sonstigen Finanzschulden ausgewiesen. Es handelte sich hierbei um eine Pflichtumtauschleihe auf 60 MIO Postbank-Aktien, eine Sicherheitsleistung für den Erwerb weiterer 26 MIO Postbank-Aktien (Cash Collateral) sowie um Ausgleichszahlungen auf abgewickelte Sicherungsgeschäfte, die zur Sicherung der Deutsche-Bank-Aktien abgeschlossen worden waren, [Textziffer 3](#).

44 Sonstige Verbindlichkeiten

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Sonstige Verbindlichkeiten	347	276	4.106	4.004	4.453	4.280

44.1 Gliederung der sonstigen Verbindlichkeiten

MIO €	2011	2012
Steuerverbindlichkeiten	954	884
Leistungszulagen	592	577
Urlaubsansprüche	401	375
Rechnungsabgrenzungsposten, davon langfristig: 71 (Vorjahr: 76)	336	351
Löhne, Gehälter, Abfindungen	292	287
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern und Organmitgliedern	227	177
Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen, davon langfristig: 149 (Vorjahr: 221)	223	153
Kreditorische Debitoren	124	150
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	152	143
Überzeitarbeitsansprüche	102	110
Verbindlichkeiten aus Nachnahme	76	70
Sonstige Freizeitanträge	63	49
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen	9	36
Verbindlichkeiten Ausgangsschecks	21	35
Abgegrenzte Mietzahlungen	27	34
Verbindlichkeiten aus Schadenersatz	17	15
Abgegrenzte Versicherungsbeiträge für Schadenersatz und Ähnliches	16	12
Übrige sonstige Verbindlichkeiten, davon langfristig: 56 (Vorjahr: 50)	821	822
	4.453	4.280

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen mit 502 MIO € (Vorjahr: 523 MIO €) Umsatzsteuer, mit 227 MIO € (Vorjahr: 280 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 155 MIO € (Vorjahr: 151 MIO €) sonstige Steuerverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen betreffen Verpflichtungen der Deutsche Post AG zur Zahlung von Zinssubventionen an Darlehensnehmer zum Ausgleich von Konditionsnachteilen im Zusammenhang mit den in Vorjahren erfolgten Forderungsabtretungen sowie Verpflichtungen aus weiterzuleitenden Tilgungen und Zinsen für verkaufte Wohnungsbaudarlehen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

44.2 Fälligkeitsstruktur

MIO €	2011	2012
Bis 1 Jahr	4.106	4.004
Über 1 Jahr bis 2 Jahre	38	46
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	34	28
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	13	10
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	11	7
Über 5 Jahre	251	185
	4.453	4.280

Für die sonstigen Verbindlichkeiten ergeben sich aufgrund kurzer Laufzeiten bzw. einer marktnahen Verzinsung keine signifikanten Unterschiede zwischen den bilanziellen Buch- und Zeitwerten. Es besteht kein signifikantes Zinsrisiko, da sie größtenteils marktnah variabel verzinslich sind.

45 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 42 MIO € (Vorjahr: 33 MIO €).

MIO €	2011	2012
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.168	5.991

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen mit 832 MIO € (Vorjahr: 955 MIO €) auf die Deutsche Post AG. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben im Wesentlichen eine Fälligkeit von unter einem Jahr. Der ausgewiesene Buchwert entspricht dem Marktwert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

46 Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wird gemäß IAS 7 (Cashflow-Statement) erstellt. Sie legt die Zahlungsströme offen, um Herkunft und Verwendung der flüssigen Mittel aufzuzeigen. Sie unterscheidet dabei zwischen Mittelveränderungen aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die flüssigen Mittel beinhalten Kassenbestand, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten und entsprechen den flüssigen Mitteln laut Bilanz. Effekte der Währungsumrechnung sowie Änderungen des Konsolidierungskreises werden bei der Berechnung bereinigt.

46.1 Mittelabfluss aus operativer Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ermittelt, indem zunächst das Konzernjahresergebnis um den Steueraufwand und das Finanzergebnis sowie nicht zahlungswirksame Größen bereinigt wird, ergänzt um die Steuerzahlungen, die Veränderungen der Rückstellungen sowie die Veränderungen der sonstigen langfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens). Nach Berücksichtigung der Veränderungen der kurzfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Finanzschulden) ergibt sich ein Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit.

Im Geschäftsjahr 2012 sind aus der operativen Geschäftstätigkeit 203 Mio € liquide Mittel abgeflossen. Dem stand im Vorjahr ein Mittelzufluss von 2.371 Mio € gegenüber. Verantwortlich für diese Veränderung ist vor allem der Verbrauch von Rückstellungen: Die zum Jahresende am Kapitalmarkt aufgenommenen Mittel sind zur weiteren Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten verwendet worden und haben zu einer entsprechenden Veränderung bei den Pensionsrückstellungen geführt. Weiterhin sind Rückstellungen für die Umsatzsteuernachzahlung verbraucht worden.

Die im EBIT enthaltenen Abschreibungen sind nicht zahlungswirksam und werden daher wieder korrigiert. Durch die gestiegenen Investitionen in der Vergangenheit haben sie von 1.274 Mio € auf 1.339 Mio € zugenommen. Gleiches gilt für die zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge: Sie haben das EBIT erhöht, aber zu keiner Mittelveränderung geführt. Sie sind von 7 Mio € auf 97 Mio € angestiegen und betreffen mehrheitlich nicht mehr benötigte abgegrenzte Schulden (Accruals), die aufgelöst wurden. Die Gewinne aus dem Abgang langfristiger Vermögenswerte in Höhe von 74 Mio € sind nicht der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen. Sie werden darum in der Zeile „Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten“ wieder korrigiert und stattdessen in den Mittelveränderungen aus der Investitionstätigkeit gezeigt.

Ein gestiegenes Working Capital hat zu einem Mittelabfluss von 422 Mio € geführt, dem ein Mittelzufluss von 137 Mio € im Vorjahr gegenübersteht. Vor allem die Veränderung der Verbindlichkeiten und sonstigen Posten hat zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen.

Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen

MIO €	2011	2012
Aufwendungen aus Neubewertung Vermögenswerte	91	94
Erträge aus Neubewertung Verbindlichkeiten	-108	-203
Erträge aus Abgang Vermögenswerte	-8	-2
Personalaufwand aus Share Matching Scheme	20	19
Sonstiges	-2	-5
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	-7	-97

46.2 Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ergibt sich im Wesentlichen aus dem Mittelzufluss aus den Abgängen langfristiger Vermögenswerte (Desinvestitionen) und dem Mittelabfluss für Investitionen in langfristige Vermögenswerte. Daneben werden in diesem Tätigkeitsbereich erhaltene Zinsen und Dividenden sowie die Mittelzu- bzw. -abflüsse aus der Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte berücksichtigt.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit belief sich im Berichtsjahr auf 1.697 Mio € (Vorjahr: 1.129 Mio €). Der Zufluss an Zahlungsmitteln aus Desinvestitionen langfristiger Vermögenswerte, darunter vor allem Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, betrug 299 Mio € und bewegte sich damit leicht über dem Niveau des Vorjahres (285 Mio €). Vor allem der Verkauf nicht mehr benötigter Grundstücke und Gebäude hat hierzu beigetragen. Die Investitionen in langfristige Vermögenswerte sind von 1.880 Mio € auf 2.032 Mio € angestiegen.

Während die Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen 1.639 Mio € betragen und um 77 Mio € leicht zurückgingen, stiegen vor allem die Auszahlungen für sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte um 256 Mio € auf 336 Mio € im Berichtsjahr: Die bilanzielle Abbildung der Beihilferückforderung in dieser Position reduzierte den Investitions-Cashflow um 298 Mio €. Aus der Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte sind 10 Mio € abgeflossen. Dem steht ein Mittelzufluss von 394 Mio € im Vorjahr gegenüber, der in erster Linie durch die Veräußerung von Geldmarktfonds in Höhe von 403 Mio € bedingt war.

Bei den Akquisitionen von Unternehmen wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen, siehe auch

☉ Textziffer 2:

MIO €	2011	2012
Langfristige Vermögenswerte	92	5
Kurzfristige Vermögenswerte (ohne flüssige Mittel)	79	19
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	22	2
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	142	8

Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des Free Cashflow:

Ermittlung Free Cashflow		
MIO €	2011	2012
Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit	2.371	-203
Verkauf von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	211	225
Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-1.716	-1.639
Zahlungsmittelabfluss aus der Veränderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-1.505	-1.414
Abgänge Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten	58	39
Erwerb von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-84	-57
Zahlungsmittelabfluss aus Akquisitionen/ Desinvestitionen	-26	-18
Erhaltene Zinsen	72	46
Zinszahlungen	-163	-296
Nettozinszahlungen	-91	-250
Free Cashflow	749	-1.885

Der Free Cashflow wird als Indikator dafür angesehen, wie viele Zahlungsmittel dem Unternehmen für Dividendenzahlungen oder für die Rückführung der Verschuldung zur Verfügung stehen. Der Free Cashflow hat sich von 749 MIO € im Vorjahr auf -1.885 MIO € im Berichtsjahr verschlechtert. Dies ist vor allem auf den negativen Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit zurückzuführen, der durch die genannte Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten außergewöhnlich stark belastet war.

46.3 Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit

Aus der Finanzierungstätigkeit sind im Berichtsjahr 1.199 MIO € liquide Mittel zugeflossen, während im Vorjahr 1.547 MIO € abgeflossen sind. Vor allem die Begebung klassischer Unternehmensanleihen sowie die Emission einer Wandelanleihe haben zur Aufnahme langfristiger Finanzschulden in Höhe von 3.176 MIO € geführt. Neben der weiteren Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten ist ein Teil der aufgenommenen Mittel zur Rückzahlung einer im Oktober 2012 fälligen Anleihe verwendet worden und hat maßgeblich zu dem Mittelabfluss aus der Tilgung langfristiger Finanzschulden von 773 MIO € beigetragen.

Größte Auszahlung in dem Bereich der Finanzierungstätigkeit war die Dividendenzahlung an die Aktionäre der Deutsche Post AG, die um 60 MIO € auf 846 MIO € erneut gestiegen ist. Einzahlungen aus der Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten beliefen sich auf 74 MIO €. In dieser Position wurde der auf das Eigenkapital entfallende Anteil der Wandelanleihe abgebildet. Der Anstieg der Zinszahlungen um 133 MIO € auf 296 MIO € ist insbesondere auf die Zinszahlungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachforderung der Finanzverwaltung zurückzuführen.

46.4 Flüssige Mittel

Die dargestellten Mittelzu- und -abflüsse der einzelnen Tätigkeitsbereiche haben zu einem Bestand an flüssigen Mitteln und Zahlungsmitteläquivalenten von 2.400 MIO € geführt, [Textziffer 34](#). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand um 723 MIO € verringert.

SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN

47 Risiken und Finanzinstrumente des Konzerns

47.1 Risikomanagement

Aufgrund seiner operativen Geschäftstätigkeit sieht sich der Konzern mit Finanzrisiken konfrontiert, die aus der Änderung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Zinssätzen entstehen können. Diese Risiken werden bei Deutsche Post DHL zentral gesteuert. Dabei werden originäre und derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Letztere finden lediglich zur Begrenzung originärer Finanzrisiken Verwendung und sollten hinsichtlich ihrer Marktwertschwankungen nicht isoliert vom Grundgeschäft betrachtet werden.

Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten und die notwendigen Kontrollen für den Einsatz von Derivaten sind in der internen Risikorichtlinie des Konzerns geregelt. Die Erfassung, die Bewertung und die Abwicklung der Finanztransaktionen erfolgt mit Hilfe einer geprüften Risikomanagement-Software, mit der auch regelmäßig die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen dokumentiert wird. Um das aus dem Abschluss von Finanztransaktionen potenziell entstehende Kontrahentenrisiko zu begrenzen, dürfen diese Kontrakte nur mit Banken erstklassiger Bonität abgeschlossen werden. Der Rahmen der den Banken individuell zugeordneten Kontrahentenlimits wird täglich überwacht. Der Konzernvorstand wird intern in regelmäßigen Abständen über die existierenden Finanzrisiken und die zur Risikosteuerung eingesetzten Sicherungsgeschäfte informiert. Die Bilanzierung und Bewertung der Finanzinstrumente erfolgt gemäß IAS 39.

Liquiditätsmanagement

Das wichtigste Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Konzerns Deutsche Post DHL und aller Konzerngesellschaften. Deshalb wird die Liquidität im Konzern so weit wie möglich über Cash Pools zentralisiert und im Corporate Center gesteuert.

Die wesentliche Steuerungsgröße sind die zentral verfügbaren Liquiditätsreserven (Funding Availability), die sich aus den zentralen kurzfristigen Geldanlagen und den fest zugesagten Kreditlinien zusammensetzen. Angestrebt wird die Verfügbarkeit einer zentralen Kreditlinie von mindestens 2 MRD €.

Am 31. Dezember 2012 verfügte Deutsche Post DHL über zentrale Liquiditätsreserven von 2,7 MRD € (Vorjahr: 3,8 MRD €), die sich aus zentralen Geldanlagen in Höhe von 0,7 MRD € und einer syndizierten Kreditlinie in Höhe von 2 MRD € zusammensetzen.

Die Fälligkeitsstruktur der originären finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IFRS 7 basierend auf Cash-flows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse: Restlaufzeiten

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2012						
Langfristige Finanzschulden	106	1.031	61	61	811	2.758
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0	4	4	4	3	137
Langfristige Verbindlichkeiten	106	1.035	65	65	814	2.895
Kurzfristige Finanzschulden	297	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.991	0	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	462	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6.750	0	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2011						
Langfristige Finanzschulden	71	184	995	21	34	198
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0	4	4	3	3	207
Langfristige Verbindlichkeiten	71	188	999	24	37	405
Kurzfristige Finanzschulden	5.582	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.168	0	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	317	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	12.067	0	0	0	0	0

Am 25. Juni 2012 hat die Deutsche Post Finance B.V. zwei Anleihen mit festen Zinscoupons am Kapitalmarkt platziert. Eine Anleihe hat ein Nominalvolumen von 750 MIO € mit einer Laufzeit von fünf Jahren. Die andere Anleihe hat ein Nominalvolumen von 500 MIO € mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Ein Teil des Emissionserlöses wurde zur Rückführung der im Oktober 2012 fällig gewordenen Anleihe der Deutsche Post Finance B.V. über 679 MIO € verwendet. Die Anleihen werden unter den langfristigen Finanzschulden ausgewiesen.

Im Dezember 2012 hat die Deutsche Post AG 2 MRD € am Kapitalmarkt aufgenommen, um ihre Pensionsverpflichtungen weiter auszufinanzieren. Neben zwei Festzinsanleihen über 300 MIO € bzw. 700 MIO € (Laufzeit acht bzw. zwölf Jahre) wurde im Dezember eine Wandelanleihe über 1 MRD € mit einem Zinscoupon von 0,60 % und einem Preis von 100 % emittiert, ➔ [Textziffer 43](#). Davon wurden 1.250 MIO € des Emissionserlöses in Geldmarktfonds angelegt und neben weiteren 736 MIO € Barmitteln Ende Dezember auf ein Contractual Trust Arrangement (CTA) übertragen. Das neu generierte Planvermögen, ➔ [Textziffer 41](#), dient ausschließlich der Erfüllung der Versorgungsversprechen der Deutsche Post AG.

Die Pflichtumtauschleihe (Zerobond) in Höhe von 2.568 MIO € zzgl. Zinsen, die im Februar 2009 im Rahmen der Veräußerung der Aktien an der Deutsche Postbank AG ausgegeben und von der Deutschen Bank zu 100 % gezeichnet wurde, ist am 27. Februar 2012 durch die Hingabe von 60 MIO Aktien der Deutsche Postbank AG erfüllt worden. Weitere 26.417.432 Postbank-Aktien wurden von der Deutsche Post AG durch Ausübung der Put-Option am 28. Februar 2012 an die Deutsche Bank AG übertragen. Im Zuge der Transaktionen wurden der Cash Collateral in Höhe von 1.161 MIO € zzgl. Zinsen, der von der Deutsche Bank AG im Februar 2009 als Anzahlung auf die geschriebene Put-Option auf 26.417.432 Postbank-Aktien ausgegeben worden war, und die Ausgleichszahlungen aus den Sicherungstransaktionen verrechnet.

Die Fälligkeitsstruktur der derivativen Finanzinstrumente basierend auf Cashflows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse: Restlaufzeiten

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2012						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-5.210	-616	0	0	0	0
Cash Inflow	5.422	663	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	13	2	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-4.922	-440	0	0	0	0
Cash Inflow	4.803	430	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-22	-3	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2011						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.240	-9	-2	0	0	0
Cash Inflow	1.311	16	14	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	10	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.729	-15	-161	0	0	0
Cash Inflow	1.642	9	165	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-4	-2	0	0	0	0

Aus derivativen Finanzinstrumenten resultieren sowohl Ansprüche als auch Verpflichtungen. Die vertragliche Gestaltung legt fest, ob diese Ansprüche und Verpflichtungen miteinander verrechnet werden und damit zu einem Nettoausgleich führen oder ob beide Vertragsparteien ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen haben (Bruttoausgleich). In den Laufzeitbändern „Über 2 bis 3 Jahre“, „Über 3 bis 4 Jahre“, „Über 4 bis 5 Jahre“ und „Über 5 Jahre“ sind am 31. Dezember 2012 keine Cashflows auszuweisen, da alle Derivate bis zum Jahr 2014 fällig werden.

WÄHRUNGSRISIKO UND WÄHRUNGSMANAGEMENT

Aus den internationalen Geschäftsaktivitäten entstehen für den Konzern Deutsche Post DHL Währungsrisiken, die intern zum Zweck des Risikomanagements in bilanzielle Risiken und Währungsrisiken aus geplanten zukünftigen Transaktionen unterschieden werden:

Bilanzielle Währungsrisiken entstehen aus der Bewertung und der Erfüllung von gebuchten Fremdwährungspositionen, wenn der Kurs am Bewertungsstichtag oder Erfüllungstag vom Einbuchungskurs abweicht. Die daraus resultierenden Fremdwährungsdifferenzen wirken sich unmittelbar auf das Ergebnis aus. Um diese Effekte weitestgehend zu reduzieren, werden alle wesentlichen bilanziellen Fremdwährungsrisiken im Konzern im Rahmen der Inhouse-Bank-Funktion bei der Deutsche Post AG zentralisiert. Die zentralisierten Risiken werden vom Corporate Treasury zu einer Nettoposition je Währung zusammengefasst und auf Basis von Value-at-Risk-Limits extern abgesichert. Der währungsbezogene Value at Risk (95 %/1 Monat Haltedauer) für das betreffende Portfolio betrug zum Stichtag insgesamt 3 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €) bei einem Limit von maximal 5 MIO €.

Der Nominalwert der zur Steuerung bilanzieller Währungsrisiken eingesetzten Devisentermingeschäfte und -Swaps betrug zum Stichtag 4.370 MIO € (Vorjahr: 2.030 MIO €) bei einem Marktwert von 42 MIO € (Vorjahr: -4 MIO €). Die Anpassung der internen Konzernfinanzierung im Dezember 2012 resultierte in einem vorübergehenden Anstieg des nominalen Sicherungsvolumens im Vergleich zum Vorjahr. Auf die Anwendung von Fair Value Hedge Accounting für die Bilanzierung der eingesetzten Derivate wurde aus Vereinfachungsgründen verzichtet. Die Derivate werden als Trading-Derivate ausgewiesen.

Aus geplanten Fremdwährungstransaktionen entstehen Währungsrisiken, wenn die Abwicklung der zukünftigen Fremdwährungstransaktionen zu Kursen erfolgt, die von den ursprünglichen Planungs- oder Kalkulationskursen abweichen. Diese Währungsrisiken werden im Corporate Treasury zentral erfasst und im Rahmen eines Sicherungsprogramms über 24 Monate rollierend gesteuert. Ziel ist es, alle wesentlichen Währungsrisiken über 24 Monate durchschnittlich bis zu 50 % abzusichern. Dies soll Planungssicherheit schaffen und währungskursbedingte Schwankungen des Ergebnisses abmildern. Zum Bilanzstichtag betrug die durchschnittliche Sicherungsquote der betroffenen Währungen für die nächsten 24 Monate rund 35 %. Die betreffenden Absicherungsgeschäfte werden im Rahmen von Cashflow Hedge Accounting abgebildet, ➔ [Textziffer 47.3](#) „Cashflow Hedges“.

Insgesamt waren zum Stichtag Devisentermingeschäfte und -Swaps mit einem Nominalwert von 5.976 MIO € (Vorjahr: 3.317 MIO €) ausstehend. Der entsprechende Marktwert belief sich auf 51 MIO € (Vorjahr: -27 MIO €). Devisenoptionen bestanden wie im Vorjahr zum Jahresende nicht. Zur Absicherung langfristiger Fremdwährungsfinanzierungen bestanden außerdem Cross-Currency Swaps mit einem Nominalwert von 163 MIO € (Vorjahr: 173 MIO €) und einem Marktwert von 2 MIO € (Vorjahr: -6 MIO €).

Fremdwährungsrisiken, die aus der Umrechnung von Vermögenswerten und Schulden ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzernwährung resultieren (Translationsrisiken), waren zum 31. Dezember 2012 nicht gesichert.

Von den zum 31. Dezember 2012 nach IAS 39 im Eigenkapital erfassten unrealisierten Ergebnissen aus währungsbezogenen Derivaten werden voraussichtlich 3 MIO € (Vorjahr: -22 MIO €) im Verlauf des Jahres 2013 ergebniswirksam.

IFRS 7 fordert eine quantitative Risikoindikation, die die Auswirkungen von Wechselkursänderungen am Bilanzstichtag auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung und das Eigenkapital analysiert. Dazu werden die im Bestand befindlichen Finanzinstrumente in fremder Währung im Rahmen einer Value-at-Risk-Berechnung (95 % Konfidenz/1 Monat Haltedauer) auf die Auswirkungen dieser Wechselkursänderungen untersucht. Es wird unterstellt, dass der Bestand am Bilanzstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist. Die Auswirkungen hypothetischer Wechselkursänderungen auf das Translationsrisiko fallen nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7. Folgende Annahmen werden der Sensitivitätsanalyse zugrunde gelegt:

Originäre Finanzinstrumente von Konzerngesellschaften in fremder Währung werden über die Inhouse-Bank der Deutsche Post AG gesichert, indem die Deutsche Post AG monatliche Währungskurse fixiert und garantiert. Änderungen der Währungskurse haben daher keinen Einfluss auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung und das Eigenkapital der Konzerngesellschaften. Da vereinzelt Konzerngesellschaften aus rechtlichen Gründen nicht am Inhouse Banking teilnehmen können, werden deren Währungsrisiken aus originären Finanzinstrumenten durch den Einsatz von Derivaten zu 100 % lokal abgesichert. Sie haben somit keine Auswirkung auf die Risikoposition des Konzerns.

Hypothetische Wechselkursänderungen haben einen erfolgswirksamen Einfluss auf die Marktwerte der externen Derivate der Deutsche Post AG und auf die Fremdwährungsergebnisse aus der Stichtagsbewertung der Inhouse-Bank-Salden, Salden von externen Bankkonten und internen und externen Darlehen der Deutsche Post AG. Der währungsbezogene Value at Risk der betreffenden Fremdwährungspositionen betrug zum Stichtag 3 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €). Weiterhin haben hypothetische Wechselkursänderungen Auswirkungen auf das Eigenkapital und auf die Marktwerte der Derivate, die zur Sicherung von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Fremdwährungstransaktionen – Cashflow Hedges – abgeschlossen worden sind. Der währungsbezogene Value at Risk dieser Risikoposition lag zum 31. Dezember 2012 bei 32 MIO € (Vorjahr: 21 MIO €). Der gesamte währungsbezogene Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 35 MIO € (Vorjahr: 23 MIO €). Aufgrund gegenseitiger Abhängigkeiten ist der Gesamtwert geringer als die Summe der oben genannten Einzelwerte.

ZINSRISIKO UND ZINSMANAGEMENT

Die Marktwerte der Zinssicherungsgeschäfte wurden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt, dafür wird das im Corporate Treasury eingesetzte Risikomanagementsystem verwendet.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden Zins-Swaps mit einem Nominalvolumen von 326 MIO € (Vorjahr: 1.005 MIO €). Der Marktwert dieser Zins-Swap-Position betrug 23 MIO € (Vorjahr: 48 MIO €). Wie im Vorjahr existierten zum Stichtag keine Zinsoptionsgeschäfte.

Im Geschäftsjahr 2012 hat der Konzern weitere festverzinsliche Anleihen am Kapitalmarkt emittiert. Damit hat sich der Anteil von Instrumenten mit kurzfristiger Zinsbindung gegenüber dem Vorjahr stark verringert. Der Anteil der Finanzschulden mit kurzfristiger Zinsbindung, [Textziffer 43](#), beträgt zum Bilanzstichtag 8 % (Vorjahr: 55 %). Damit ist der Einfluss einer möglichen Zinsänderung auf die Finanzlage des Konzerns weiterhin unbedeutend.

Die von IFRS 7 geforderte Darstellung der quantitativen Risikoindikation bezogen auf das Zinsänderungsrisiko erfolgt mittels einer Sensitivitätsanalyse. Mit dieser Methode werden die Effekte aus hypothetischen Marktzensänderungen auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen und auf das Eigenkapital zum Stichtag ermittelt. Folgende Annahmen liegen der Sensitivitätsanalyse zugrunde:

Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente unterliegen einem Zinsänderungsrisiko und sind deshalb in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen. Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente, die mittels Cashflow Hedging in festverzinsliche Finanzinstrumente transformiert wurden, werden nicht einbezogen. Marktzensänderungen wirken sich bei derivativen Finanzinstrumenten, die zur Sicherung von zinsbedingten Zahlungsschwankungen abgeschlossen wurden (Cashflow Hedging), durch Marktwertänderungen auf das Eigenkapital aus und sind deshalb im Rahmen der Sensitivitätsanalyse zu berücksichtigen. Alle festverzinslichen und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente unterliegen keinem Zinsänderungsrisiko.

Designierte Fair Value Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken werden in die Analyse nicht einbezogen, da sich die zinsbedingten Wertänderungen des Grundgeschäfts und des Sicherungsgeschäfts nahezu vollständig für die Periode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgleichen. Lediglich der variable Teil des Sicherungsinstruments hat Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ist in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen.

Wenn das Marktzensniveau zum 31. Dezember 2012 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, hätte sich das Finanzergebnis um 2 MIO € verbessert (Vorjahr: um 8 MIO € verschlechtert). Eine Absenkung des Marktzensniveaus um 100 Basispunkte hätte den gegenläufigen Effekt zur Folge gehabt. Eine Veränderung des Marktzensniveaus um 100 Basispunkte hätte Auswirkungen auf die im Eigenkapital bilanzierten Marktwerte der Zinsderivate. Eine Zinserhöhung in diesem Geschäftsjahr hätte wie im Vorjahr zu keiner Erhöhung des Eigenkapitals geführt und eine Absenkung hätte wie im Vorjahr keine Verringerung des Eigenkapitals zur Folge gehabt.

MARKTPREISRISIKO

Risiken aus Rohstoffpreisschwankungen wurden wie im Vorjahr weitgehend über operative Maßnahmen an die Kunden weitergegeben, insbesondere für Preisschwankungen von Kerosin und Schiffsdiesel. Allerdings wirken die entsprechenden Treibstoffzuschläge (Fuel Surcharges) erst mit einer Zeitverzögerung von ein bis zwei Monaten, sodass bei starken kurzfristigen Treibstoffpreisveränderungen vorübergehende Ergebniseffekte entstehen können.

Darüber hinaus wurden in geringem Umfang aber auch Rohstoffpreis-Swaps für Diesel und Schiffsdiesel zur Steuerung der verbliebenen Risiken genutzt. Der Nominalwert dieser Commodity-Swaps betrug 8 MIO € (Vorjahr: 6 MIO €) bei einem Marktwert von 0 MIO € (Vorjahr: 1 MIO €).

IFRS 7 fordert eine Sensitivitätsanalyse, die die Effekte hypothetischer Rohstoffpreisänderungen auf Gewinn- und Verlustrechnung und Eigenkapital darstellt.

Rohstoffpreisänderungen hätten einerseits Auswirkungen auf den Marktwert der zur Absicherung zukünftiger hochwahrscheinlicher Rohstoffeinkäufe abgeschlossenen Derivate (Cashflow Hedges) und die Hedge-Reserve im Eigenkapital. Wären die den Derivaten zugrunde liegenden Rohstoffpreise zum Bilanzstichtag 10 % höher gewesen, hätte dies wie im Vorjahr zu keiner Erhöhung der Marktwerte und des Eigenkapitals geführt. Ein entsprechender Rückgang der Rohstoffpreise hätte ebenfalls keine Auswirkung gehabt.

Weiterhin wird aus Vereinfachungsgründen ein Teil der Rohstoffpreissicherungsgeschäfte nicht unter Cashflow Hedge Accounting bilanziert. Für die betreffenden Derivate würden sich Rohstoffpreisänderungen sowohl auf die Marktwerte als auch auf die Gewinn- und Verlustrechnung auswirken. Wären die zugrunde liegenden Rohstoffpreise zum Bilanzstichtag 10 % höher gewesen, hätte dies zu einer Erhöhung der betreffenden Marktwerte und damit des operativen Ergebnisses um 0 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €) geführt. Ein entsprechender Rückgang der Rohstoffpreise hätte ebenfalls keine Auswirkung gehabt.

KREDITRISIKO

Ein Kreditrisiko besteht für den Konzern aufgrund der Tatsache, dass Vertragspartner ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen. Um das Kreditrisiko aus Finanztransaktionen zu minimieren, werden nur Geschäfte mit Vertragspartnern erstklassiger Bonität abgeschlossen. Aufgrund der heterogenen Kundenstruktur besteht keine Risikokonzentration. Jedem Vertragspartner wird ein individuelles Limit zugewiesen, dessen Ausschöpfung regelmäßig überwacht wird. An den Bilanzstichtagen wird geprüft, ob aufgrund der Bonität der einzelnen Kontrahenten eine Wertminderung auf die positiven Marktwerte notwendig ist. Zum 31. Dezember 2012 war dies bei keinem Kontrahenten der Fall.

Im operativen Geschäft werden die Ausfallrisiken fortlaufend überwacht. Der Gesamtbetrag der Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte stellt das maximale Ausfallrisiko dar. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 6.418 MIO € (Vorjahr: 6.426 MIO €) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Überfälligkeiten bei Forderungen:

MIO €	Zum Abschlussstichtag überfällig und nicht wertgemindert								
	Buchwert vor Wertminderung	Zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch fällig	Weniger als 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	91–120 Tage	121–150 Tage	151–180 Tage	> 180 Tage
Zum 31. Dezember 2012									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.634	4.497	764	647	258	103	44	26	23
Zum 31. Dezember 2011									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.655	4.509	746	680	261	114	50	38	28

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	2011	2012
Bruttoforderungen		
Anfangsstand 1. Januar	6.242	6.655
Veränderungen	413	-21
Endstand 31. Dezember	6.655	6.634
Wertberichtigungen		
Anfangsstand 1. Januar	-231	-229
Veränderungen	2	13
Endstand 31. Dezember	-229	-216
Bilanzwert 31. Dezember	6.426	6.418

Alle übrigen Finanzinstrumente sind weder überfällig noch wertgemindert. Die heterogene Struktur der Vertragspartner schließt eine Risikokonzentration aus.

Auf die übrigen Vermögenswerte wurden Wertberichtigungen in Höhe von 45 MIO € (Vorjahr: 44 MIO €) vorgenommen.

47.2 Sicherheiten

Unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten werden zum Bilanzstichtag 549 MIO € (Vorjahr: 189 MIO €) gestellte Sicherheiten ausgewiesen. Davon betreffen 298 MIO € Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung, die auf einem Sperrkonto der Commerzbank AG für eventuelle Zahlungen aufgrund des EU-Beihilfverfahrens, [Textziffer 3](#), hinterlegt worden sind. Weitere 120 MIO € beziehen sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten im Rahmen der Abwicklung der Wohnungsbaudarlehen der Deutsche Post AG und 67 MIO € betreffen gezahlte Kautionen.

Unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten werden 49 MIO € (Vorjahr: 170 MIO €) gestellte Sicherheiten ausgewiesen. Der wesentliche Teil betrifft Sicherheiten, die für QTE-Leasing-Transaktionen angelegt worden sind.

Die ausgewiesenen Sicherheiten für das Vorjahr betrafen neben den Sicherheiten für QTE-Leasing-Transaktionen im Wesentlichen Sicherheiten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung der im Besitz befindlichen Aktien der Deutsche Postbank AG standen. Die Deutsche Post AG hatte sich verpflichtet, Zahlungen aus bereits abgewickelten Sicherungstransaktionen als Sicherheit bei der Deutsche Bank AG zu hinterlegen. Die Freigabe der hinterlegten Sicherheiten erfolgte mit Ausübung der Pflichtumtauschleihe im Februar 2012.

47.3 Derivative Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Konzern eingesetzten bilanzierten derivativen Finanzinstrumente und ihre Marktwerte. Derivate mit amortisierendem Nominalvolumen werden mit voller Höhe bei Endfälligkeit gezeigt.

Derivative Finanzinstrumente

		MIO €																
		2011		2012				Marktwerte 2012 nach Fälligkeit										
								Vermögen					Schulden					
Nominalwert	Marktwert	Nominalwert	Marktwert Vermögen	Marktwert Schulden	Marktwert Gesamt	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre	
Zinsbezogene Produkte																		
Zins-Swaps	1.005	48	326	23	0	23	0	23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	163	16	163	13	0	13	0	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Fair Value Hedges	842	32	163	10	0	10	0	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	1.005	48	326	23	0	23	0	23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte																		
Devisentermingeschäfte	1.483	-24	2.918	47	-43	4	36	11	0	0	0	0	-38	-5	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	1.045	-22	1.442	32	-23	9	21	11	0	0	0	0	-18	-5	0	0	0	0
davon Net Invest. Hedges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	438	-2	1.476	15	-20	-5	15	0	0	0	0	0	-20	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Devisen-Swaps	1.834	-3	3.058	72	-25	47	72	0	0	0	0	0	-25	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	242	-1	164	3	-3	0	3	0	0	0	0	0	-3	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	1.592	-2	2.894	69	-22	47	69	0	0	0	0	0	-22	0	0	0	0	0
Cross-Currency Swaps	173	-6	163	2	0	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	163	-4	163	2	0	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Fair Value Hedges	10	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	3.490	-33	6.139	121	-68	53	108	13	0	0	0	0	-63	-5	0	0	0	0
Rohstoffpreisbezogene Geschäfte																		
Rohstoffpreis-Swaps	6	1	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	6	1	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienpreisbezogene Geschäfte																		
Aktientermingeschäfte	2.946	1.493	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	2.946	1.493	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktioptionen	2.596	665	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	2.596	665	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	5.542	2.158	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter der Position „Aktienbezogene Geschäfte“ wurden im Vorjahr der Forward und die Put- und Call-Optionen auf Aktien der Deutsche Postbank AG ausgewiesen. Die betreffenden Kontrakte wurden im Februar 2012 abgewickelt.

Neben den in der Tabelle aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten bestehen weitere Derivate mit einem Marktwert in Höhe von –49 MIO € (Vorjahr: –50 MIO €), die aus M & A-(Merger-&-Acquisition-)Transaktionen resultieren.

FAIR VALUE HEDGES

Zur Absicherung des Fair-Value-Risikos von festverzinslichen Euroverbindlichkeiten wurden Zins-Swaps als Fair Value Hedges eingesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Zins-Swaps betragen 10 MIO € (Vorjahr: 32 MIO €). Zum 31. Dezember 2012 bestand außerdem eine Buchwertanpassung auf das Grundgeschäft aus einem in der Vergangenheit aufgelösten Zins-Swap von 7 MIO € (Vorjahr: 13 MIO €). Die Buchwertanpassung wird über die Restlaufzeit der Verbindlichkeit anhand der Effektivzinsmethode erfolgswirksam aufgelöst und reduziert den künftigen Zinsaufwand.

Die zum 31. Dezember 2011 bestehenden Zins-Währungsswaps (Marktwert Vorjahr: –2 MIO €) sind im Verlauf des Jahres 2012 planmäßig ausgelaufen.

Eine Übersicht über die aus den gesicherten Grundgeschäften und den entsprechenden Sicherungsgeschäften entstandenen Gewinne und Verluste gibt die folgende Tabelle:

Ineffektivitäten Fair Value Hedges

MIO €	2011	2012
Gewinne (+) aus den gesicherten Grundgeschäften	19	1
Verluste (-) aus den Sicherungsgeschäften	-21	-1
Saldo (Ineffektivitäten)	-2	0

CASHFLOW HEDGES

Cashflow-Risiken aus zukünftigen operativen Fremdwährungsumsätzen und -aufwendungen werden im Konzern mit Devisentermingeschäften und -Swaps abgesichert. Die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte und -Swaps lagen zum Stichtag bei –10 MIO € (Vorjahr: –26 MIO €). Die gesicherten Grundgeschäfte werden bis 2014 Cashflow-wirksam.

Zur Absicherung von Währungsrisiken aus zukünftigen Leasingzahlungen in fremder Währung wurden Devisentermingeschäfte abgeschlossen, deren Zeitwert zum Bilanzstichtag 0 MIO € (Vorjahr: –3 MIO €) betrug. Die Zahlungen aus den gesicherten Grundgeschäften erfolgen ratierlich und laufen 2013 planmäßig aus.

Risiken aus festverzinslichen Fremdwährungsanlagen wurden mit synthetischen Zins-Währungs-Swaps gesichert und in festverzinsliche Euroanlagen transformiert. Diese synthetischen Zins-Währungs-Swaps mit einem Zeitwert zum Stichtag von 15 MIO € (Vorjahr: 12 MIO €) sichern das Währungsrisiko.

Risiken aus dem Einkauf von Diesel und Schiffsdiesel, die nicht an Kunden weitergereicht werden können, wurden mit Rohstoffpreis-Swaps abgesichert, die im Jahr 2013 Cashflow-wirksam werden. Der Zeitwert dieser Cashflow Hedges betrug zum Jahresende 0 MIO € (Vorjahr: 1 MIO €).

47.4 Zusätzliche Angaben zu den im Konzern eingesetzten

Finanzinstrumenten

Im Konzern werden Finanzinstrumente analog zu den jeweiligen Bilanzposten klassifiziert. Die folgende Übersicht zeigt eine Überleitung der Klassen auf die Kategorien des IAS 39 und die jeweiligen Marktwerte:

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2012

MIO €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
		Trading	Fair Value Option	
AKTIVA				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.039			
at cost	866	0	0	104
at Fair Value	173	0	79	58
Sonstige langfristige Vermögenswerte	633			
nicht IFRS 7	633	0	0	0
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	9.112			
at cost	7.852	0	0	0
nicht IFRS 7	1.260	0	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	252			
at cost	119	0	0	0
at Fair Value	133	85	0	24
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.400	0	0	0
Summe AKTIVA	13.436	85	79	186
PASSIVA				
Langfristige Finanzschulden ¹	4.413			
at cost	4.405	0	0	0
at Fair Value	8	3	0	0
Langfristige sonstige Verbindlichkeiten	276			
at cost	149	0	0	0
nicht IFRS 7	127	0	0	0
Kurzfristige Finanzschulden	403			
at cost	294	0	0	0
at Fair Value	109	88	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.991	0	0	0
Kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	4.004			
at cost	398	0	0	0
nicht IFRS 7	3.606	0	0	0
Summe PASSIVA	15.087	91	0	0

¹ Die in den langfristigen Finanzschulden enthaltene Anleihe der Deutsche Post Finance b.v. mit einem Nominalvolumen von 926 MIO € wurde teilweise als Grundgeschäft zum Fair Value Hedge designiert und unterliegt damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt damit weder vollständig zum Zeitwert noch zu fortgeführten Anschaffungskosten. Daneben wird in den langfristigen Finanzschulden die Wandelanleihe der Deutsche Post AG, die im Dezember 2012 emittiert wurde, ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Anleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.049 MIO €. Der Zeitwert der Fremdkapitalkomponente ist am Bilanzstichtag mit 929 MIO € auszuweisen.

Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39		Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
			Forderungen aus Leasing/ Verbindlichkeiten aus Finance Lease		
737	0	0	25		866
0	0	36	0		173
0	0	0	0		0
7.852	0	0	0		7.852
0	0	0	0		0
77	0	0	42		119
0	0	24	0		133
2.400	0	0	0		2.400
11.066	0	60	67		–
4.282	0	0	123		4.405
0	0	5	0		8
149	0	0	0		149
0	0	0	0		0
268	0	0	26		294
0	0	21	0		109
5.991	0	0	0		5.991
398	0	0	0		398
0	0	0	0		0
11.088	0	26	149		–

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2011

MIO €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
		Trading	Fair Value Option	
AKTIVA				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	729			
at cost	566	0	0	103
at Fair Value	163	0	68	69
Sonstige langfristige Vermögenswerte	570			
nicht IFRS 7	570	0	0	0
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	9.089			
at cost	7.685	0	0	0
nicht IFRS 7	1.404	0	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	2.498			
at cost	256	0	0	0
at Fair Value	2.242	2.191	0	8
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.123	0	0	0
Summe AKTIVA	16.009	2.191	68	180
PASSIVA				
Langfristige Finanzschulden ¹	1.366			
at cost	1.355	0	0	0
at Fair Value	11	6	0	0
Langfristige sonstige Verbindlichkeiten	347			
at cost	221	0	0	0
nicht IFRS 7	126	0	0	0
Kurzfristige Finanzschulden	5.644			
at cost	5.518	0	0	0
at Fair Value	126	82	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.168	0	0	0
Kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	4.106			
at cost	317	0	0	0
nicht IFRS 7	3.789	0	0	0
Summe PASSIVA	17.631	88	0	0

¹ Die in den Finanzschulden enthaltenen Anleihen wurden teilweise als Grundgeschäft zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt deshalb weder vollständig zum Fair Value noch zu fortgeführten Anschaffungskosten.

In den Geschäftsjahren 2012 und 2011 wurden keine Vermögenswerte reklassifiziert.

			Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39	Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Forderungen aus Leasing/ Verbindlichkeiten aus Finance Lease	
428	0	0	35	566
0	0	26	0	163
0	0	0	0	0
7.685	0	0	0	7.685
0	0	0	0	0
215	0	0	41	256
0	0	43	0	2.242
3.123	0	0	0	3.123
11.451	0	69	76	-
1.207	0	0	148	1.355
0	0	5	0	11
221	0	0	0	221
0	0	0	0	0
5.491	0	0	27	5.518
0	0	44	0	126
6.168	0	0	0	6.168
317	0	0	0	317
0	0	0	0	0
13.404	0	49	175	-

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. eine Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag bestimmt. Soweit sich kein Fair Value am aktiven Markt ablesen lässt, werden zur Bewertung notierte Marktpreise am aktiven Markt für ähnliche Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle zur Ermittlung der Marktwerte verwendet. Die Modelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente. Die verwendeten Bewertungsparameter werden aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag abgeleitet. Das Kontrahentenrisiko wird auf Basis der aktuellen Credit Default Swaps der Vertragspartner analysiert. Die beizulegenden Zeitwerte von sonstigen langfristigen Forderungen sowie von bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr entsprechen den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

In den als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifizierten Finanzanlagen sind in Höhe von 104 MIO € (Vorjahr: 103 MIO €) Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften enthalten. Für diese Instrumente besteht kein aktiver Markt. Da die zukünftigen Cashflows nicht zuverlässig ermittelt werden können, kann kein Marktwert mit Bewertungsmodellen ermittelt werden. Die Anteile dieser Gesellschaften werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Es ist nicht geplant, von den zum 31. Dezember 2012 ausgewiesenen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wesentliche Anteile in naher Zukunft zu veräußern oder auszubuchen. Im Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr wurden keine wesentlichen zu Anschaffungskosten bewerteten Anteile veräußert. Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zum Fair Value bewertet werden, betreffen Eigenkapital- und Schuldinstrumente.

Unter den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten werden Wertpapiere ausgewiesen, für die die Fair Value Option in Anspruch genommen worden ist, um bilanzielle Inkongruenzen zu vermeiden. Für die Vermögenswerte existiert ein aktiver Markt. Die Bilanzierung erfolgt zu Marktwerten.

In der folgenden Tabelle sind die angewandten Methoden der Marktwertermittlung je Klasse dokumentiert:

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten: 2012

MIO €			
Level	1	2	3
		Bewertung anhand wesentlicher Inputfaktoren, die auf beobachtbaren Marktdaten beruhen	Bewertung anhand wesentlicher Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen
Klasse	Notierte Preise am Markt		
Langfristige finanzielle Vermögenswerte at Fair Value	137	36	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte at Fair Value	24	109	0
Langfristige Finanzschulden at Fair Value	0	5	3
Kurzfristige Finanzschulden at Fair Value	0	63	46

Die Bestimmung der Marktwerte für Devisentermingeschäfte erfolgt auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung von Terminkursen auf dem Devisenmarkt. Die Devisenoptionen wurden mittels des Optionspreismodells von Black-Scholes bewertet.

Unter Level 2 fallen die Rohstoff-, Zins- und Fremdwährungsderivate. Level 3 enthält im Wesentlichen Optionen, die im Zusammenhang mit Unternehmenstransaktionen abgeschlossen worden sind. Die Bewertung erfolgt mittels anerkannter Bewertungsmodelle unter Berücksichtigung plausibler Annahmen und hängt maßgeblich von Finanzkennzahlen ab. Gewinne aus der Fair-Value-Änderung in Höhe von 5 MIO € wirkten sich im Jahr 2012 im Finanzergebnis aus, → [Textziffer 17](#).

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten: 2011

MIO €			
Level	1	2	3
		Bewertung anhand wesentlicher Inputfaktoren, die auf beobachtbaren Marktdaten beruhen	Bewertung anhand wesentlicher Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen
Klasse	Notierte Preise am Markt		
Langfristige finanzielle Vermögenswerte at Fair Value	137	26	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte at Fair Value	8	2.234	0
Langfristige Finanzschulden at Fair Value	0	5	6
Kurzfristige Finanzschulden at Fair Value	0	82	44

Die Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten, gegliedert nach den einzelnen Bewertungskategorien des IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

Nettoergebnisse der Bewertungskategorien

MIO €	2011	2012
Ausleihungen und Forderungen	-94	-111
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		
Trading	231	-337
Fair Value Option	-1	0
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	1	2

Die Nettoergebnisse berücksichtigen im Wesentlichen Effekte aus der Fair-Value-Bewertung, der Wertberichtigung und aus der Veräußerung (Veräußerungsgewinne/-verluste) der Finanzinstrumente. Im Geschäftsjahr und im Vorjahr wirkten sich die Bewertung des Forward und der Optionen, die abgeschlossen wurden, um die verbleibenden Aktien der Postbank zu übertragen, maßgeblich auf das Nettoergebnis aus. Bei den erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten wurden keine Dividenden und Zinsen berücksichtigt. Angaben zum Nettoergebnis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgen unter [Textziffer 37](#). Erträge und Aufwendungen aus Zinsen und Provisionsvereinbarungen der nicht erfolgswirksam zum Marktwert bewerteten Finanzinstrumente werden in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt.

48 Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten des Konzerns belaufen sich auf insgesamt 1.135 MIO € (Vorjahr: 2.767 MIO €). Von den Eventualverbindlichkeiten betreffen 22 MIO € Bürgschaftsverpflichtungen (Vorjahr: 24 MIO €), 103 MIO € Gewährleistungsverpflichtungen (Vorjahr: 119 MIO €) sowie 130 MIO € Verpflichtungen aus Prozessrisiken (Vorjahr: 125 MIO €). Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr von 2.499 MIO € um 1.619 MIO € auf 880 MIO € gesunken. Aufgrund der Umsatzsteuernachzahlung, [Textziffer 3](#), in Höhe von 482 MIO € wird dieser steuerliche Sachverhalt in den Eventualverbindlichkeiten nicht weiter berücksichtigt. Weiterhin wurde die bestehende Verpflichtung aus einem formalen Beihilfeverfahren aufgrund besserer Kenntnisse neu geschätzt und der Verpflichtungsbetrag reduziert.

49 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 6.325 MIO € (Vorjahr: 6.625 MIO €) aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.

Die künftigen unkündbaren Leasingverpflichtungen des Konzerns entfallen auf folgende Anlageklassen:

Leasingverpflichtungen

MIO €	2011	2012
Grundstücke und Bauten	5.294	5.100
Flugzeuge	765	647
Transportmittel	443	450
Technische Anlagen und Maschinen	80	65
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31	48
IT-Ausstattung	12	15
Leasingverpflichtungen	6.625	6.325

Die Verringerung der Leasingverpflichtungen um 300 MIO € auf 6.325 MIO € resultiert aus der Reduzierung der Restlaufzeiten der Altverträge, insbesondere bei Immobilien und Flugzeugen, denen im Wesentlichen keine neuen Leasingverträge im gleichen Umfang gegenüberstehen.

Fälligkeitsstruktur der Mindestleasingzahlungen

MIO €	2011	2012
Bis 1 Jahr	1.479	1.504
Über 1 Jahr bis 2 Jahre	1.100	1.107
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	867	837
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	668	642
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	526	500
Über 5 Jahre	1.985	1.735
	6.625	6.325

Der Barwert der abgezinsten Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 5.156 MIO € (Vorjahr: 5.003 MIO €). Dabei wurde ein Abzinsungsfaktor von 4,75 % (Vorjahr: 6,50 %) zugrunde gelegt. Insgesamt sind Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 2.529 MIO € (Vorjahr: 2.364 MIO €) entstanden, davon entfallen 1.730 MIO € (Vorjahr: 1.640 MIO €) auf unkündbare Miet- und Leasingverträge. Die künftigen Leasingverpflichtungen aus unkündbaren Verträgen entfallen im Wesentlichen auf die Deutsche Post Immobilien GmbH mit 2.255 MIO € (Vorjahr: 2.526 MIO €).

Das Bestellobligo für Investitionen in langfristige Vermögenswerte beträgt 125 MIO € (Vorjahr: 90 MIO €).

50 Rechtsverfahren

Viele Dienstleistungen der Deutsche Post AG und ihrer Tochtergesellschaften unterliegen der sektorspezifischen Regulierung nach dem Postgesetz durch die Bundesnetzagentur. Sie genehmigt oder überprüft Entgelte, gestaltet Bedingungen des Zugangs zu Teilleistungen und übt die besondere Missbrauchsaufsicht aus. Aus diesem allgemeinen Regulierungsrisiko können sich im Falle negativer Entscheidungen Umsatz- und Ergebnis einbußen ergeben.

Rechtliche Risiken resultieren unter anderem aus den Klagen eines Verbandes sowie eines Wettbewerbers gegen die Preisgenehmigungsentscheidungen im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für die Jahre 2003, 2004 und 2005 sowie des Verbandes gegen die Preisenehmigungsentscheidung im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für das Jahr 2008. Die Klagen des Verbandes gegen die Preisenehmigungen für die Jahre 2003 bis 2005 waren zwar rechtskräftig vom OVG Münster zurückgewiesen worden, werden nun allerdings aufgrund einer erfolgreichen Verfassungsbeschwerde des Verbandes beim OVG in zweiter Instanz fortgeführt.

Rechtliche Risiken resultieren ebenso aus Klagen der Deutsche Post AG gegen weitere Entgeltenehmigungsentscheidungen der Regulierungsbehörde.

Die Deutsche Post AG hat zum 1. Juli 2010 die Teilleistungsrabatte erhöht. Gegen diese Rabatterhöhungen haben Wettbewerber der Deutsche Post AG und deren Verbände Beschwerden bei der Bundesnetzagentur erhoben. Nach Ansicht der Beschwerdeführer widersprechen die Rabatterhöhungen insbesondere den regulatorischen Vorgaben. Die Bundesnetzagentur hat jedoch in ihrem Überprüfungsverfahren keinen Verstoß gegen die einschlägigen Vorgaben festgestellt und das Verfahren durch Mitteilung vom 15. September 2010 eingestellt. Mehrere Wettbewerber der Deutsche Post AG haben im Oktober 2011 Klage beim VG Köln gegen die Bundesnetzagentur erhoben mit dem Ziel, die Rabatt-erhöhung rückgängig zu machen. Nach Ansicht der Deutsche Post AG entsprechen die Teilleistungsentgelte und die Rabatt-erhöhungen den regulatorischen und den sonstigen rechtlichen Vorgaben. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gerichte zu einer anderen Einschätzung kommen und hieraus negative Wirkungen auf Umsatz und Ergebnis der Deutsche Post AG entstehen.

Die Bundesnetzagentur hat mit Beschluss vom 14. Juni 2011 festgestellt, dass die First Mail Düsseldorf GmbH, eine Tochtergesellschaft der Deutsche Post AG, und die Deutsche Post AG gegen das Abschlags- und Diskriminierungsverbot nach dem Postgesetz verstoßen. Den Gesellschaften wurde auferlegt, die festgestellten Verstöße abzustellen. Beide Gesellschaften haben gegen den Beschluss vor dem Verwaltungsgericht Köln geklagt. Außerdem hat die First Mail Düsseldorf GmbH die Aussetzung der Vollziehung des Beschlusses bis zur Entscheidung des Hauptsacheverfahrens beantragt. Das Verwaltungsgericht Köln und das Oberverwaltungsgericht Münster haben diesen Antrag jeweils abgelehnt. Die First Mail Düsseldorf GmbH hat die Beförderung von Briefsendungen zum Ende des Jahres 2011 eingestellt und die Klage am 19. Dezember 2011 zurückgenommen. Die Deutsche Post AG verfolgt die Klage gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur weiter.

Die Bundesnetzagentur hat mit Beschluss vom 30. April 2012 festgestellt, dass die Deutsche Post AG gegen das Diskriminierungsverbot des Postgesetzes verstoße, indem sie inhaltsgleiche Rechnungen zu anderen Entgelten befördert als Rechnungen mit unterschiedlichen Rechnungsbeträgen. Die Deutsche Post AG wurde aufgefordert, die festgestellte Diskriminierung unverzüglich, spätestens zum 31. Dezember 2012, abzustellen. Die Deutsche Post teilt die Rechtsauffassung der Bundesnetzagentur nicht und hat gegen den Beschluss vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage erhoben.

Durch ihre Beihilfeentscheidung vom 25. Januar 2012 hat die EU-Kommission das förmliche Prüfverfahren abgeschlossen, das sie am 12. September 2007 eröffnet hatte. In dem Verfahren wurde untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutsche Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung wollte die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden sollten zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutsche Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst. Den Vorwurf, dass die Deutsche Post AG der Deutsche Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfeverbot des EG-Vertrags verstoße, hatte zuvor auch schon die Monopolkommission erhoben. Am 10. Mai 2011 weitete die EU-Kommission das förmliche Beihilfeprüfverfahren aus. Die Ausweitung betraf die Regelungen zur Finanzierung der Beamtenpensionen, die unter Einbeziehung der Anerkennung von Pensionslasten in den Preisenehmigungsentscheidungen näher überprüft werden sollten.

In ihrer Beihilfeentscheidung vom 25. Januar 2012 ist die EU-Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die Deutsche Post AG bzw. ihre Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST für die in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen nicht durch staatliche Mittel überkompensiert wurden und insofern keine rechtswidrige Beihilfe vorliegt. Auch hinsichtlich der vom Staat übernommenen Bürgschaften hat die EU-Kommission keine rechtswidrige Beihilfe festgestellt. Ebenso hat sie die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie Deutsche Post AG und DHL Vertriebs GmbH nicht beanstandet. Den 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG hat die EU-Kommission in der Entscheidung nicht wieder aufgegriffen. Bei der Prüfung der Finanzierung der Beamtenpensionen ist die EU-Kommission jedoch zu dem Ergebnis gelangt, dass der Deutsche Post AG eine rechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Die Berücksichtigung von Pensionslasten bei den behördlichen

Preisgenehmigungen der Bundesnetzagentur habe dazu geführt, dass die Deutsche Post AG geringere Sozialbeiträge für Beamte zu tragen gehabt habe als Wettbewerber für Angestellte. Dieser Vorteil stelle eine rechtswidrige Beihilfe dar, die von der Deutsche Post AG an die Bundesrepublik zurückzuzahlen sei. Die exakte Summe des zurückzuzahlenden Betrags müsse noch von der Bundesrepublik berechnet werden. In einer Pressemitteilung hatte die EU-Kommission einen Betrag von 500 MIO € bis 1 MRD € genannt. Die Deutsche Post AG ist der Auffassung, dass die Beihilfeentscheidung der Kommission rechtswidrig ist, und hat dagegen Klage beim Europäischen Gericht in Luxemburg erhoben. Die Bundesrepublik Deutschland hat ebenfalls Klage eingereicht.

Um die Beihilfeentscheidung umzusetzen, hat die Bundesregierung die Deutsche Post AG am 29. Mai 2012 aufgefordert, 298 MIO € inklusive Zinsen zu zahlen. Die Deutsche Post AG hat den Betrag am 1. Juni 2012 an einen Treuhänder bezahlt und gegen den Rückforderungsbescheid Klage erhoben. Die geleistete Zahlung wurde nur in der Bilanz in den langfristigen Vermögenswerten erfasst, die Ertragslage blieb davon unberührt.

Die EU-Kommission hat die Berechnung der Beihilferückforderung bislang noch nicht abschließend akzeptiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass von der Deutsche Post AG eine höhere Zahlung verlangt wird.

Am 5. November 2012 hat das Bundeskartellamt ein Verfahren gegen die Deutsche Post AG wegen des Verdachts missbräuchlichen Verhaltens bei Verträgen über die Briefbeförderung mit Großkunden eingeleitet. Die Behörde hat aufgrund von Eingaben von Wettbewerbern der Deutsche Post AG den Anfangsverdacht, dass die Gesellschaft gegen Vorgaben des deutschen und europäischen Kartellrechts verstoßen hat. Diese Auffassung teilt die Deutsche Post AG nicht. Sollte die Behörde den Verdacht jedoch bestätigt sehen, kann sie gegenüber der Deutsche Post AG bestimmte Unterlassungen anordnen und auch Bußgelder verhängen.

Im Zusammenhang mit einer offiziellen Untersuchung der Festlegung von Zuschlägen und Entgelten in der internationalen Speditionsbranche gingen bei DHL Global Forwarding, wie auch bei allen anderen großen Unternehmen im Speditions-gewerbe, im Oktober 2007 ein Auskunftersuchen der Wettbewerbsdirektion der Europäischen Kommission, eine Vorladung der Kartellabteilung des US-Justizministeriums sowie Auskunftersuchen von Wettbewerbsbehörden anderer Jurisdiktionen ein. In der US-amerikanischen und der europäischen Untersuchung haben die Behörden den Straferlass für DHL aufgrund der frühen Zusammenarbeit mit den Behörden bestätigt; gegen Deutsche Post DHL wurde kein Bußgeld verhängt. Im Januar 2008 wurde im Namen von Käufern von Speditionsleistungen eine Kartellsammelklage gegen die Deutsche Post AG und DHL am Bezirksgericht von New York (New York District Court) angestrengt. Der Konzern Deutsche Post DHL kann das Ergebnis der übrigen Untersuchungen in anderen Jurisdiktionen oder die Chancen der Sammelklage nicht kommentieren, ist jedoch der Auffassung, dass das damit verbundene finanzielle Risiko begrenzt ist.

51 Aktienbasierte Vergütung

Aktienorientiertes Vergütungssystem für Führungskräfte (Share Matching Scheme)

Das im Jahr 2009 für einen Teil der Konzernführungskräfte eingeführte neue System zur Gewährung variabler Gehaltsbestandteile, das als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente gemäß IFRS 2 bilanziert wird, wurde im Jahr 2010 auf weitere Gruppen der Konzernführungskräfte ausgeweitet. Dieses Vergütungssystem sieht vor, dass bestimmte Konzernführungskräfte einen Teil ihres variablen Gehalts für das Geschäftsjahr im Folgejahr in Aktien der Deutsche Post AG erhalten (sogenannte Incentive Shares); alle Konzernführungskräfte können individuell einen erhöhten Aktienanteil durch Umwandlung eines weiteren Teils des variablen Gehalts für das Geschäftsjahr bestimmen (sogenannte Investment Shares). Bei Erfüllung bestimmter Bedingungen erhält die Führungskraft vier Jahre später nochmals die gleiche Anzahl an Aktien der Deutsche Post AG (sogenannte Matching Shares).

Share Matching Scheme

		Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012
Gewährungstag		1. Nov. 2009	1. Jan. 2010	1. Jan. 2011	1. Jan. 2012
Laufzeit	Monate	53	63	63	63
Laufzeitende		März 2014	März 2015	März 2016	März 2017
Aktienkurs am Gewährungstag	€	11,48	13,98	12,90	12,13
Anzahl der Incentive Shares	in Tausend	430	638	659	549
Anzahl der erwarteten Matching Shares	in Tausend	762	1.674	1.704	1.503

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 ist aus diesem System zur Gewährung variabler Gehaltsbestandteile insgesamt ein Betrag in Höhe von 34 MIO € (Vorjahr: 33 MIO €) im Eigenkapital erfasst, [Textziffer 37.1](#).

SAR-(Stock-Appreciation-Rights)-Plan für Führungskräfte

Seit dem 3. Juli 2006 erhalten ausgewählte Führungskräfte in jährlichen Tranchen SAR aus dem Long-Term-Incentive-Plan. Danach haben die Führungskräfte die Möglichkeit, nach Erfüllung von anspruchsvollen Erfolgszielen innerhalb eines festgelegten Zeitraumes eine Barzahlung in Höhe der Differenz zwischen dem jeweiligen Kurs der Deutsche-Post-Aktie und dem jeweils festgelegten Ausgabepreis zu erhalten. Nach Ablauf der jeweiligen Wartezeit sind alle im Rahmen der Tranchen 2006 und 2007 gewährten SAR verfallen, da die daran geknüpften Erfolgsziele nicht erreicht wurden. Nach Ablauf der Wartezeit der Tranche 2008 am 30. Juni 2011 wurden zwei Sechstel der gewährten SAR ausübbar. Sie konnten jedoch bisher nicht ausgeübt werden, da der Aktienkurs den Ausgabepreis von 18,40 € noch nicht übertroffen hat. Die Ausübungsperiode für diese SAR endet am 30. Juni 2013. Da die Wartezeit im Jahr 2009 von drei auf vier Jahre verlängert worden ist, endete für keine Tranche die Wartezeit in 2012.

Long-Term-Incentive-Plan (LTIP 2006) für Vorstandsmitglieder

Seit dem 1. Juli 2006 erhalten die Mitglieder des Vorstands Stock Appreciation Rights (SAR) aus dem Long-Term-Incentive-Plan 2006. Jedes SAR aus dem LTIP 2006 berechtigt zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche-Post-Aktie während der letzten fünf Handelstage vor dem Ausübungstag und dem Ausgabepreis des SAR.

Die Mitglieder des Vorstands haben im Jahr 2012 ein Eigeninvestment in Höhe von 10 % ihres Jahresfestgehalts geleistet. Die Anzahl der an die Vorstandsmitglieder auszugebenden SAR wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Die gewährten SAR können frühestens nach Ablauf einer vierjährigen Wartezeit nach dem Ausgabetag innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren ganz oder teilweise ausgeübt werden, wenn am Ende der Wartezeit ein absolutes bzw. ein relatives Erfolgsziel erreicht wird. Nach Ablauf des Ausübungszeitraums verfallen nicht ausgeübte SAR. Um zu ermitteln, ob und wie viele der gewährten SAR ausübbar sind, werden der Durchschnittskurs bzw. der Durchschnittsindex während des Referenz- und Performancezeitraums miteinander verglichen. Beim

Referenzzeitraum handelt es sich um die letzten 20 aufeinanderfolgenden Handelstage vor dem Ausgabetag. Der Performancezeitraum betrifft die letzten 60 Handelstage vor Ablauf der Wartezeit. Der Durchschnittskurs (Endkurs) wird aus dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche-Post-Aktie im Xetra-Handel der Deutsche Börse AG ermittelt.

Das absolute Erfolgsziel ist erreicht, wenn der Endkurs der Deutsche-Post-Aktie mindestens 10, 15, 20 oder 25 % über dem Ausgabepreis liegt. Das relative Erfolgsziel ist an die Performance der Aktie im Verhältnis zur Performance des STOXX Europe 600 Index (SXXP; ISIN EU0009658202) gekoppelt. Es ist erreicht, wenn die Wertentwicklung der Aktie der des Indexes entspricht oder die Outperformance mindestens 10 % beträgt.

Von je sechs SAR können maximal vier über das absolute Erfolgsziel und maximal zwei über das relative Erfolgsziel „erdient“ werden. Wird zum Ablauf der Wartezeit kein absolutes oder relatives Erfolgsziel erreicht, verfallen die darauf entfallenden SAR der entsprechenden Tranche ersatz- und entschädigungslos. Weitere Details zu den Tranchen des LTIP 2006 zeigt die folgende Tabelle:

LTIP 2006

SAR	Tranche 2008	Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012
Ausgabetag	1. Juli 2008	1. Juli 2009	1. Juli 2010	1. Juli 2011	1. Juli 2012
Ausgabepreis in €	18,40	9,52	12,27	12,67	13,26
Ablauf der Wartezeit	30. Juni 2011	30. Juni 2013	30. Juni 2014	30. Juni 2015	30. Juni 2016

Für die SAR aus dem SAR-Plan und dem Long-Term-Incentive-Plan (LTIP 2006) wurde mit einem stochastischen Simulationsmodell ein Zeitwert ermittelt. Daraus ergab sich, dass für das Geschäftsjahr 2012 ein Aufwand in Höhe von 143 MIO € zu buchen war (Vorjahr: 24 MIO €).

Weitere Angaben zur aktienbasierten Vergütung der Vorstandsmitglieder finden sich unter [Textziffer 52.2](#). Für den LTIP 2006 und den SAR-Plan ergab sich zum Bilanzstichtag eine Rückstellung in Höhe von 203 MIO € (Vorjahr: 61 MIO €), davon entfielen auf die Vorstände 25 MIO €.

52 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

52.1 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und der Bundesrepublik Deutschland

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die vom Konzern beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste, abrufbar auf der Internetseite www.dp-dhl.com/de/investoren.html, mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – geordnet nach geografischen Bereichen – verzeichnet.

Die Deutsche Post AG unterhält vielfältige Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und anderen von der Bundesrepublik Deutschland kontrollierten Unternehmen.

Der Bund ist Kunde der Deutsche Post AG und nimmt als solcher Dienste des Unternehmens in Anspruch. Die Geschäftsbeziehungen der Deutsche Post AG bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Einzelkunden; die diesen gegenüber erbrachten Leistungen sind jeweils nicht erheblich für die Gesamteinnahmen der Deutsche Post AG.

BEZIEHUNGEN ZUR KfW BANKENGRUPPE

Die KfW Bankengruppe (KfW) unterstützt den Bund bei der Fortsetzung der Privatisierung von Unternehmen wie Deutsche Post AG oder Deutsche Telekom AG. Im Jahre 1997 entwickelte die KfW zusammen mit dem Bund das sogenannte Platzhaltermodell als Instrumentarium für Privatisierungen des Bundes. Nach diesem Modell verkauft der Bund ganz oder teilweise seine Beteiligungen an die KfW mit dem Ziel der vollständigen Privatisierung dieser staatlichen Unternehmen. Seit 1997 hat die KfW auf dieser Grundlage in mehreren Schritten Aktien der Deutsche Post AG vom Bund gekauft und verschiedene Kapitalmarkttransaktionen mit diesen Aktien durchgeführt. Anfang September 2012 hat die KfW ein Aktienpaket von 5 % an der Deutsche Post AG am Markt platziert. Mit der Platzierung verringerte sich der von der KfW gehaltene Anteil am Grundkapital der Deutsche Post AG. Der Anteil der KfW am Grundkapital der Deutsche Post AG beträgt aktuell 25,5 %. Damit gilt die Deutsche Post AG als assoziiertes Unternehmen des Bundes.

BEZIEHUNGEN ZUR BUNDESANSTALT FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION (BANSTPT)

Die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BANSTPT) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und steht unter Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Durch das zum 1. Dezember 2005 in Kraft getretene Bundesanstalt-Reorganisationsgesetz nimmt der Bund durch das Bundesministerium der Finanzen die Aufgaben bezüglich der Anteile an den Postnachfolgeunternehmen unmittelbar wahr. Die Wahrnehmung der „Eigentümeraufgaben“ bei der BANSTPT ist damit entfallen. Die Bundesanstalt führt die Sozialeinrichtungen wie die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, Deutsche Telekom AG sowie die Erstellung von Grundsätzen der Wohnungsfürsorge weiter. Die Aufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Im Jahr 2012 wurden der Deutsche Post AG für Leistungen der Bundesanstalt Abschlusszahlungen in Höhe von 70 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) in Rechnung gestellt.

BEZIEHUNGEN ZUM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

Zwischen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Deutsche Post AG wurde im Geschäftsjahr 2001 eine Vereinbarung getroffen, die die Modalitäten der Abführung der Einnahmen der Deutsche Post AG aus der Erhebung der Ausgleichszahlung nach den Gesetzen über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen der Postwohnungsfürsorge regelt. Die Deutsche Post AG führt die Beträge monatlich an den Bund ab.

Mit Vertrag vom 30. Januar 2004 hat die Deutsche Post AG mit dem BMF eine Vereinbarung bezüglich der Überleitung von Beamten zu Bundesbehörden getroffen. Danach werden Beamte mit dem Ziel der Versetzung für sechs Monate abgeordnet und bei Bewährung anschließend versetzt. Die Deutsche Post AG beteiligt sich nach vollzogener Versetzung durch Zahlung eines Pauschalbetrages an der Kostenbelastung des Bundes. Für das Jahr 2012 ergaben sich hieraus elf Versetzungen (Vorjahr: 15) und 16 Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung im Jahr 2013 (Vorjahr: zehn).

BEZIEHUNGEN ZUR BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Mit Vertrag vom 12. Oktober 2009 hat die Deutsche Post AG mit der Bundesagentur für Arbeit einen Vertrag über die Versetzung von Beamtinnen und Beamten der Deutsche Post AG zur Bundesagentur für Arbeit geschlossen. Für das Jahr 2012 ergaben sich hieraus keine Versetzungen.

BEZIEHUNGEN ZUR DEUTSCHE TELEKOM AG UND DEREN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Der Bund ist direkt und indirekt (über die KfW Bankengruppe) mit rund 32 % an der Deutsche Telekom AG beteiligt. Da der Bund trotz seiner Minderheitsbeteiligung aufgrund der durchschnittlichen Hauptversammlungspräsenz eine sichere Hauptversammlungsmehrheit besitzt, ist ein Beherrschungsverhältnis der Deutschen Telekom vom Bund begründet. Daher gilt die Deutsche Telekom als nahestehendes Unternehmen der Deutsche Post AG. Im Geschäftsjahr 2012 erbrachte Deutsche Post DHL für die Deutsche Telekom AG im Wesentlichen Beförderungsleistungen für Briefe und Paketsendungen bzw. erwarb von der Deutschen Telekom Waren und Dienstleistungen, wie z. B. IT-Produkte.

BEZIEHUNGEN ZUR DEUTSCHE BAHN AG UND DEREN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Deutsche Bahn AG ist ein 100%iges Tochterunternehmen des Bundes. Durch dieses Beherrschungsverhältnis gilt die Deutsche Bahn AG als nahestehendes Unternehmen der Deutsche Post AG. Deutsche Post DHL unterhält mit dem Deutsche-Bahn-Konzern verschiedene Geschäftsbeziehungen, im Wesentlichen handelt es sich dabei um Transportleistungsverträge.

BUNDES-PENSIONS-SERVICE FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION E. V.

Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT) finden sich unter [↪ Textziffer 6](#).

BEZIEHUNGEN ZU PENSIONS-FONDS

Die Immobilien im rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentum des Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. (DPRS) bzw. der Deutsche Post Pensions-Treuhand GmbH & Co. KG, der Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. & Co. Objekt Gronau KG sowie der Deutsche Post Grundstücks-Vermietungsgesellschaft beta mbH Objekt Leipzig KG mit einem Zeitwert von 995 Mio € (Vorjahr: 1.011 Mio €) werden ausschließlich an die Deutsche Post Immobilien GmbH vermietet. Der Mietaufwand der Deutsche Post Immobilien GmbH beträgt 65 Mio € für das Jahr 2012 (Vorjahr: 64 Mio €). Die Mieten wurden termingerecht bezahlt. Die Deutsche Post Pensions-Treuhand GmbH & Co. KG ist zu 100 % Eigentümerin der Ende 2009 gegründeten Deutsche Post Pensionsfonds AG. Zum 31. Dezember 2012 bestanden keine Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Weiterhin gab es keine Verkaufsbeziehungen zwischen den externen Trägern und einem Konzernunternehmen der Deutsche Post AG.

BEZIEHUNGEN ZU NICHT EINBEZOGENEN UNTERNEHMEN, ASSOZIIERTEN UND GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht der Konzern unmittelbar oder mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit nicht einbezogenen Unternehmen, assoziierten und Gemeinschaftsunternehmen, die als nahestehende Unternehmen des Konzerns gelten, in Beziehung. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit den nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt, wie sie auch mit konzernfremden Dritten üblich sind. Im Geschäftsjahr 2012 wurden mit wesentlichen nahestehenden Unternehmen Geschäfte getätigt, die zu folgenden Posten im Konzernabschluss geführt haben:

MIO €	2011	2012
Forderungen	27	7
gegenüber assoziierten Unternehmen	18	1
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	5	3
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	4	3
Ausleihungen	33	11
gegenüber assoziierten Unternehmen	0	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	20	0
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	13	11
Forderungen aus dem Inhouse Banking	3	2
gegenüber assoziierten Unternehmen	0	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	3	2
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	0	0
Finanzschulden	102	93
gegenüber assoziierten Unternehmen	28	2
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	5	7
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	69	84
Verbindlichkeiten	33	35
gegenüber assoziierten Unternehmen	10	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	22	35
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	1	0
Umsatzerlöse	290	80
mit assoziierten Unternehmen ¹	269	46
mit Gemeinschaftsunternehmen	20	33
mit nicht einbezogenen Unternehmen	1	1
Aufwendungen²	629	264
gegenüber assoziierten Unternehmen ¹	445	66
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	163	176
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	21	22

¹ In den Umsatzerlösen und Aufwendungen ist die Deutsche Postbank AG mit Werten bis einschließlich Februar 2012 enthalten.

² Betreffen Material- und Personalaufwand

Die Deutsche Post AG hat Verpflichtungserklärungen für diese Gesellschaften in Höhe von 101 MIO € (Vorjahr: 140 MIO €) übernommen. Davon entfielen 94 MIO € (Vorjahr: 109 MIO €) auf assoziierte Unternehmen, 3 MIO € (Vorjahr: 26 MIO €) auf Gemeinschaftsunternehmen sowie 4 MIO € (Vorjahr: 5 MIO €) auf nicht einbezogene Unternehmen.

52.2 Beziehungen zu nahestehenden Personen

Gemäß IAS 24 berichtet der Konzern auch über Geschäftsvorfälle zwischen ihm und seinen nahestehenden Personen bzw. deren Familienangehörigen. Als nahestehende Personen wurden Vorstand, Aufsichtsrat und deren Familienangehörige definiert.

Im Geschäftsjahr 2012 lagen für diesen Personenkreis keine berichtspflichtigen Geschäftsvorfälle und Rechtsgeschäfte vor.

Die gemäß IAS 24 angabepflichtige Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen des Konzerns umfasst die Vergütung des aktiven Vorstands und des Aufsichtsrats.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden wie folgt vergütet:

MIO €	2011	2012
Kurzfristige fällige Leistungen (ohne aktienbasierte Vergütung)	13	15
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	0
Aktienbasierte Vergütungen	1	18
Gesamt	21	36

Die beim Konzern beschäftigten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhalten außer den vorgenannten Leistungen für ihre Aufsichtsrats Tätigkeit noch reguläre Gehälter für ihre Tätigkeit im Unternehmen. Diese Gehälter richten sich nach der ausgeübten Funktion bzw. Tätigkeit im Unternehmen und sind ihrer Höhe nach angemessen.

Als Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird der aus den Pensionsrückstellungen für die aktiven Vorstandsmitglieder resultierende Dienstzeitaufwand (Service Cost) ausgewiesen.

Die Angabe der aktienbasierten Vergütung bezieht sich auf den für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 erfassten Aufwand für die aktienbasierte Vergütung. Er wird in der folgenden Tabelle individualisiert dargestellt:

Aktienbasierte Vergütung

T €	2011	2012
	SAR	SAR
Dr. Frank Appel, Vorstandsvorsitzender	199	3.951
Ken Allen	111	2.409
Roger Crook ¹	58	576
Bruce Edwards	114	2.452
Jürgen Gerdes	114	2.452
Lawrence Rosen	111	2.398
Walter Scheurle ²	114	3.994
Hermann Ude ³	438	–
Angela Titzrath ⁴	–	119
Aktienbasierte Vergütung	1.259	18.351

¹ Seit 9. März 2011

² Bis 30. April 2012

³ Bis 8. März 2011

⁴ Seit 1. Mai 2012

VERGÜTUNG DES VORSTANDS

Die Gesamtvergütung der aktiven Mitglieder des Vorstands inklusive der Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung belief sich im Geschäftsjahr 2012 insgesamt auf 20,3 MIO € (Vorjahr: 19,0 MIO €). Davon entfielen 7,6 MIO € (Vorjahr: 7,4 MIO €) auf erfolgsunabhängige Komponenten (Fixum und Nebenleistung), 5,7 MIO € (Vorjahr: 4,6 MIO €) auf erfolgsbezogene Komponenten (Variable) sowie 7,0 MIO € (Vorjahr: 7,0 MIO €) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung (SAR). Die Anzahl der SAR betrug 2.108.466 Stück (Vorjahr: 2.771.178 Stück).

EHEMALIGE MITGLIEDER DES VORSTANDS

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,6 MIO € (Vorjahr: 7,4 MIO €). Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 78 MIO € (Vorjahr: 57,0 MIO €). Die Veränderung resultiert in Höhe von 20,9 MIO € aus einer deutlichen Absenkung des IAS-Rechnungszinssatzes im Vergleich zum Vorjahr sowie aus einer Erweiterung des Kreises der Pensionäre wegen Eintritts des Versorgungsfalls; zusätzliche Verpflichtungen sind dadurch nicht aufgebaut worden.

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2012 betrug die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats rund 1,9 MIO € (Vorjahr: 1,4 MIO €), davon entfielen 1,2 MIO € auf das Fixum (Vorjahr: 1,2 MIO €), 0,2 MIO € auf Sitzungsgelder (Vorjahr: 0,2 MIO €) sowie 0,4 MIO € auf die erfolgsabhängige Vergütung des Geschäftsjahres 2010 (Vorjahr: 0 MIO €).

EHEMALIGE MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS

Die Bedingungen für den Eintritt der erfolgsabhängigen Vergütung des Jahres 2010 waren zum 31. Dezember 2012 erfüllt. Dies führte zu einer Auszahlung an ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 42 T €.

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht gleichzeitig Bestandteil des Konzernlageberichts ist.

AKTIENBESITZ DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Post AG halten am 31. Dezember 2012 Aktien der Gesellschaft im Umfang von weniger als 1 % des Grundkapitals der Gesellschaft.

MELDEPFLICHTIGE TRANSAKTIONEN

Die der Deutsche Post AG gem. § 15 a Wertpapierhandelsgesetz gemeldeten Transaktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Wertpapieren der Gesellschaft sind auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.dp-dhl.com/de/investoren.html einsehbar.

53 Honorare des Abschlussprüfers

Für die im Geschäftsjahr 2012 und im Vorjahr erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers des Konzernabschlusses, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sind folgende Honorare als Aufwand erfasst worden:

MIO €	2011	2012
Abschlussprüfungen	5	5
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	2	3
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	2	2
Honorare des Abschlussprüfers	9	10

54 Befreiungsvorschriften nach HGB und ausländischer lokaler Gesetzgebung

Die Deutsche Post AG nimmt für das Geschäftsjahr 2012 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB bzw. § 264 b HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

- Adcloud GmbH
- Agheera GmbH
- Albert Scheid GmbH
- csg GmbH
(vormals: Deutsche Post Real Estate Germany GmbH)
- csg.ts GmbH
(vormals: Deutsche Post Technischer Service GmbH)
- Danzas Deutschland Holding GmbH
- Danzas Grundstücksverwaltung Groß-Gerau GmbH
- Deutsche Post Adress Beteiligungsgesellschaft mbH
- Deutsche Post Assekuranz Vermittlungs GmbH
- Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH
- Deutsche Post Com GmbH
- Deutsche Post Consult GmbH
- Deutsche Post Customer Service Center GmbH
- Deutsche Post DHL Beteiligungen GmbH
- Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH
- Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG
- Deutsche Post DHL Inhouse Consulting GmbH
- Deutsche Post DHL Research and Innovation GmbH
- Deutsche Post Direkt GmbH
- Deutsche Post E-Post Development GmbH
- Deutsche Post E-POST Solutions GmbH
(vormals: Williams Lea Deutschland GmbH)
- Deutsche Post Fleet GmbH
- Deutsche Post Grundstücks-Vermietungsgesellschaft beta mbH
- Deutsche Post Immobilien GmbH
- Deutsche Post InHaus Services GmbH
(vormals: Williams Lea Inhouse Solutions GmbH)
- Deutsche Post Investments GmbH
- Deutsche Post IT BRIEF GmbH
- Deutsche Post IT Services GmbH
- Deutsche Post Shop Essen GmbH
- Deutsche Post Shop Hannover GmbH
- Deutsche Post Shop München GmbH

- Deutsche Post Signtrust und DMDA GmbH
- Deutsche Post Zahlungsdienste GmbH
- DHL Airways GmbH
- DHL Automotive GmbH
- DHL Automotive Offenau GmbH
- DHL Express Germany GmbH
- DHL Fashion Retail Operation GmbH
(vormals DHL BwLog GmbH)
- DHL Foodservices GmbH
- DHL Freight Germany Holding GmbH
- DHL Freight GmbH
- DHL Global Forwarding GmbH
- DHL Global Forwarding Management GmbH
- DHL Global Management GmbH
- DHL Home Delivery GmbH
- DHL Hub Leipzig GmbH
- DHL International GmbH
- DHL Logistics GmbH
- DHL Solutions Fashion GmbH
- DHL Solutions GmbH
- DHL Solutions Großgut GmbH
- DHL Solutions Retail GmbH
- DHL Supply Chain (Leipzig) GmbH
- DHL Supply Chain Management GmbH
- DHL Supply Chain vAS GmbH
- DHL Trade Fairs & Events GmbH
- DHL Vertriebs GmbH
(vormals: DHL Vertriebs GmbH & Co. oHG)
- DHL Verwaltungs GmbH
- Erste End of Runway Development Leipzig GmbH
- Erste Logistik Entwicklungsgesellschaft MG GmbH
- European Air Transport Leipzig GmbH
- FIRST MAIL Düsseldorf GmbH
- forum gelb GmbH
- Gerlach Zolldienste GmbH
- interServ Gesellschaft für Personal- und Beraterdienstleistungen mbH
- ITG GmbH Internationale Spedition und Logistik
- SGB Speditionsgesellschaft mbH
- Siegfried Vögele Institut (SVI) –
Internationale Gesellschaft für Dialogmarketing mbH
- Werbeagentur Janssen GmbH
- Williams Lea GmbH
- Zweite Logistik Entwicklungsgesellschaft MG GmbH

Folgende Gesellschaften aus Großbritannien nehmen die Regelung zur Prüfungsbefreiung nach 479A Companies Act (Aktiengesetz) in Anspruch:

- Applied Distribution Group Ltd.
- DHL Exel Supply Chain Ltd.
- Exel Overseas Ltd.
- Freight Indemnity & Guarantee Company Ltd.
- Ocean Group Investments Ltd.
- Ocean Overseas Holdings Ltd.
- Power Europe Development Ltd.
- Power Europe Operating Ltd.
- RDC Properties Ltd.
- T & B Applied Ltd.
- Tibbett & Britten Group Ltd.
- Trucks and Child Safety Ltd.

55 Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG haben gemeinsam die nach §161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2012 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet unter www.corporate-governance-code.de und auf der Internetseite unter www.dhl.com/de/investoren.html im Wortlaut abrufbar.

56 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Berichtspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 18. Februar 2013

Deutsche Post AG
Der Vorstand



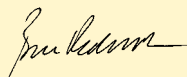
Dr. Frank Appel



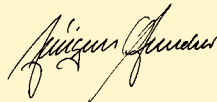
Ken Allen




Roger Crook



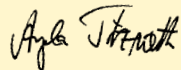
Bruce Edwards



Jürgen Gerdes



Lawrence Rosen



Angela Titzrath

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Post AG

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Post AG, Bonn, und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Gewinn- und Verlust-Rechnung und Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 – geprüft.

VERANTWORTUNG DES VORSTANDS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS

Der Vorstand der Deutsche Post AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

PRÜFUNGSURTEIL

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den Konzernlagebericht der Deutsche Post AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Der Vorstand der Deutsche Post AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 18. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gerd Eggemann Dietmar Prümm
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer